



Landtag von Baden-Württemberg

105. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 23. Juli 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 10:00 Uhr

Mittagspause: 11:49 bis 13:16 Uhr

Schluss: 15:58 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6243	4. Regierungsbefragung	
Absetzung von Tagesordnungspunkt 9	6286	4.1 Gewalt auf Sportplätzen	6265
1. Aktuelle Debatte – Konjunkturprogramm für Bürokratie statt für effektiven Straßenbau: Do-brindt-Maut mit Risiken und Nebenwirkungen für Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP.	6243	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	6265, 6268
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	6243	Minister Reinhold Gall	6266, 6267, 6768
Abg. Nicole Razavi CDU	6245	Abg. Viktoria Schmid CDU	6267
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	6247, 6253	4.2 Rechtlicher Umgang mit neuen Formen von Drogen, die nach der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs außerhalb der Strafbarkeit liegen	6269
Abg. Hans-Martin Haller SPD	6249, 6253	Abg. Florian Wahl SPD	6269
Minister Winfried Hermann	6250	Minister Rainer Stickelberger	6269, 6270
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	6252	Abg. Dr. Marianne Engeser CDU	6270
2. Aktuelle Debatte – Grün-rote Doppelmoral – die Landesregierung in der Glaubwürdigkeitskrise – beantragt von der Fraktion der CDU	6253	4.3 Hochschulpolitik	6270
Abg. Peter Hauk CDU	6253, 6261	Abg. Sabine Kurtz CDU	6270, 6273
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	6255, 6262	Ministerin Theresia Bauer	6271, 6272, 6273, 6274
Abg. Claus Schmiedel SPD	6257, 6263	Abg. Georg Wacker CDU	6272, 6273
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	6258	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht – Drucksache 15/5445	
Minister Peter Friedrich	6259	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/5486	6264
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht – Drucksache 15/5443		Beschluss	6264
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/5504	6264	6. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Zukunft des Haupt- und Land-	
Beschluss	6264		

gestüts Marbach und seiner Service- und Deckstationen im Jahr des 500-jährigen Bestehens – Drucksache 15/4946 (Geänderte Fassung)	6274	8. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Förderung des Schienengüterverkehrs – Drucksache 15/4772 (Geänderte Fassung).	6287
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	6274	Abg. Thaddäus Kunzmann CDU	6287
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	6275	Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE	6288
Abg. Klaus Käppeler SPD	6276	Abg. Hans-Martin Haller SPD	6289
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	6278	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	6290
Minister Alexander Bonde	6279	Minister Winfried Hermann	6290
Beschluss	6279	Beschluss	6292
7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – Drucksache 15/4749	6280	9. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“ – Drucksache 15/4803 (Geänderte Fassung	abgesetzt (6286)
Abg. Christoph Bayer SPD	6280, 6286	Nächste Sitzung	6292
Abg. Dr. Marianne Engeser CDU	6281		
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	6282		
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	6283		
Minister Andreas Stoch	6284		
Beschluss	6286		

Protokoll

über die 105. Sitzung vom 23. Juli 2014

Beginn: 10:00 Uhr

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 105. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Staatsrätin Gisela Erler erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Ministerin Öney, Herr Abg. Rech und Herr Abg. Schwehr.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Herr Minister Peter Friedrich ab 14:00 Uhr.

Im **E i n g a n g** befindet sich das Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Juni 2014, Az.: 1 BvL 5/13, 1 BvL 3/14, 1 BvL 4/14 und 1 BvL 5/14 – Normenkontrollverfahren gegen die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes und die einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften über die zentrale Vergabe von Studienplätzen im Auswahlverfahren. Ich schlage vor, dieses Schreiben an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Konjunkturprogramm für Bürokratie statt für effektiven Straßenbau: Dobrindt-Maut mit Risiken und Nebenwirkungen für Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen sowie für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgesehenen Zeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich noch auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erhält Herr Abg. Haußmann.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Freie Rede!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die schönen Bilder der Weltmeisterschaft in Brasilien noch im Kopf.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat für Deutschland als ein offenes und freundliches Land mit einer Willkommenskultur geworben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sind wir auch!)

In der letzten Woche tagte der Europaausschuss. Zu Besuch war die Schweizer Generalkonsulin Flückiger Sutter. Es ging um die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“. Ich zitiere aus der Pressemitteilung:

In einem konstruktiven Dialog sollten wir gemeinsam Lösungen entwickeln, die die Interessen der Grenzgänger und der Anbieter von Dienstleistungen in der Grenzregion zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz wahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Mautpläne der Großen Koalition stehen dazu in völligem Widerspruch.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Hans-Martin Haller SPD und Klaus Burger CDU – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Die Maut für alle Straßen ist als EU-rechtlich bedenklich zu betrachten. Ausländer werden bewusst diskriminiert. Dies ist an bürokratischer Kleingeisterei und bürokratischem Irrsinn nicht zu überbieten.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Burger CDU)

Diese bayerische Bierzelt-Schnapsidee ist ein Rückfall ins Mittelalter

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

und ein Konjunkturprogramm für Bürokratie.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: Jawohl!)

Man muss es sich einmal vorstellen: Dann werden Jahr für Jahr 43 Millionen Inländervignetten verschickt.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Jochen Haußmann)

Es erfolgt eine komplizierte Verrechnung mit der Kfz-Steuer, bei der in ein paar Jahren kein Mensch mehr versteht, ob er tatsächlich mehr, weniger oder gleich viel bezahlt.

Die Ausländer müssen sich dann im Internet darüber informieren, welche Art der Vignette – je nach Umweltfreundlichkeit und Hubraum – sie bestellen können. Oder sie beziehen einfach die teure Vignette online bzw. kaufen sie an der Tankstelle, weil ihnen nichts anderes übrig bleibt.

Wir hatten heute Morgen schon ein Informationsgespräch mit dem Apothekerverband.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Da haben wir eine Idee entwickelt: Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn die Apotheken – die einen Apothekennotdienst haben – auch Vignetten verkaufen; sie könnten ja gleichzeitig auch die Verbandskästen kontrollieren. Diese Idee könnte man Herrn Dobrindt vielleicht noch unterbreiten.

So heißt Deutschland seine ausländischen Gäste in Zukunft in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland willkommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf der Landtag von Baden-Württemberg nicht unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Verkehrsexperten haben erhebliche Zweifel, ob sich die Einnahmen tatsächlich auf die 600 Millionen €, die Verkehrsminister Dobrindt ermittelt hat, belaufen werden. Verkehrsexperten – auch aus Baden-Württemberg – rechnen damit, dass es maximal 100 Millionen € sein dürften. Man rechnet hier mit einem enormen Verwaltungsaufwand von über 30 %.

Eine Studie berechnet den Landesanteil für Nordrhein-Westfalen auf optimistischer Basis und beziffert ihn mit 12,5 Millionen €. Wenn wir das auf Baden-Württemberg umrechnen und dann wiederum ermitteln, welche Verluste insbesondere in den Grenzregionen des Landes entstehen, dann erkennen wir, dass diese Form der Maut Handwerk, Mittelstand und Dienstleistern in Baden-Württemberg schadet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ministerpräsident Kretschmann hat den Umsatz, der durch Schweizer Grenzgänger – Dienstleister, Mittelständler – in den baden-württembergischen Grenzregionen zur Schweiz generiert wird, vor Kurzem auf 2 Milliarden € beziffert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt bricht bei der CSU und auch bei der CDU im eigenen Lager Panik aus. Der bayerische Verkehrsminister fordert jetzt, die Grenzlandkreise auszunehmen. Herr Strobl hat sich auch zu Wort gemeldet und geäußert, dass man die Grenzlandkreise ausnehmen sollte. Ich habe das einmal aufgezeichnet.

(Der Redner hält eine Landkarte von Baden-Württemberg hoch.)

Das Blaue ist sozusagen das Strobl-Land, das Weiße ist das Dobrindt-Land.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Rastatt, Donaueschingen, Villingen-Schwenningen und Singen sind hui. Wangen im Allgäu, Baden-Baden oder Freiburg sind pfui; sie haben bei diesem Vorschlag Pech gehabt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich glaube, komplizierter geht es nicht. Das Chaos bei der Maut wird nicht besser, wenn man neue Ungerechtigkeiten und noch mehr Bürokratie darüberstülpt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Jetzt müssen wir auch dem vorbeugen, was unser baden-württembergischer Verkehrsminister vorhat. Denn auch eine satellitengestützte Maut sollte keine Lösung für Baden-Württemberg oder für Deutschland sein. Es darf nicht sein, dass man bei jedem Bürger nachvollziehen kann, wann, mit wem und wie lange er wohin gefahren ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist eine Überwachung, die wir Liberalen ablehnen. Man könnte ja gleich die NSA heranziehen, um die Abrechnung der Gebühren vornehmen zu lassen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Als Dienstleister einspannen!)

Warum müssen wir es denn überhaupt so kompliziert machen? Die FDP/DVP-Landtagsfraktion tritt seit Langem dafür ein, dass wir wie in Österreich eine Autobahnvignette einführen,

(Zuruf von der SPD: Oh!)

dass wir eine eigene Infrastrukturgesellschaft gestalten, damit diese Mittel zweckgebunden eingesetzt werden, und dass wir durchaus längerfristig in mehreren Schritten auch an die Kfz-Steuer gehen. Damit hätten wir eine einfache Lösung, die schnell umzusetzen wäre. In der baden-württembergischen Bevölkerung würde es eine hohe Akzeptanz geben, wenn die Mittel zweckgebunden in die Infrastruktur fließen. Das ist eine Forderung, die wir seit Langem erheben.

Wir empfehlen Verkehrsminister Dobrindt, seinen Sommerurlaub in Österreich zu machen, vielleicht zusätzlich noch in der Schweiz. Wir empfehlen ihm, „Asterix erobert Rom“ zu lesen oder sich anzuschauen. Daran lässt sich erkennen, wie es früher zugegangen ist. Wenn er zurückkommt, könnte er noch das Valentin Musäum in München besuchen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Denn dort feiert die Bürokratie fröhliche Urständ.

Auf jeden Fall hoffen wir hier auf die Fraktionen der SPD und der CDU und auf die Bundestagsabgeordneten, dass diese Mautpläne im Bundesrat in der Verantwortung für eine gute Nachbarschaft mit Frankreich, der Schweiz und Österreich abgelehnt werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beginne mit zwei Zitaten aus der FDP/DVP-Fraktion. Herr Haußmann sagte am 18. April 2012:

Wir plädieren ... für die Einführung einer Autobahnvigilante bei gleichzeitiger Reform der Kfz-Steuer.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht auf Landesstraßen!)

Und Herr Bullinger sagte 2007:

Es darf allerdings – das ist klar – nicht zu einer Mehrbelastung der Autofahrer kommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dazu stehen wir auch!)

Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass die Debatte, die wir führen, zeigen soll, dass die FDP, der „alte Holzmichl“, irgendwie noch lebt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

Klar ist, dass wir eine leistungsfähige Infrastruktur brauchen, denn sie ist der Lebensnerv unseres Landes, und ihr Stellenwert in Politik und Gesellschaft muss deutlich angehoben werden.

Die Bundesregierung hat das erkannt. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag:

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum.

Das haben SPD, CDU und CSU unterschrieben.

Das gilt für Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, noch viel mehr als für andere Bundesländer. Wir alle sind uns einig, dass wir mehr Geld für den Erhalt brauchen. Aber wo es notwendig ist, müssen eben auch neue Straßen gebaut werden. Das haben zumindest drei von vier Fraktionen hier im Saal verstanden.

Die Problemlage ist also klar: Wir brauchen insgesamt und vor allem dauerhaft mehr Geld für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere für Baden-Württemberg. Dort, wo das Geld verdient wird, und dort, wo die Menschen im Stau stehen, muss es auch mehr Geld geben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist also höchste Zeit zum Handeln, und es ist höchste Zeit für Taten statt Worte.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Lieber Spaten statt Saaten“!)

Was tut die Bundesregierung? Sie handelt. Sie hat die Lkw-Maut ausgeweitet und hat sie, dem Ansinnen der Wirtschaft nachkommend, auch angepasst. Sie hat die Bundesmittel für die Verkehrsinfrastruktur substanziell erhöht: 5 Milliarden €

in der Legislaturperiode. Nicht verbrauchte Investitionsmittel können überjährig übertragen werden, und zwar ungekürzt. Die wechselseitige Deckungsfähigkeit zwischen den Verkehrsträgern ist gewährleistet. Trotzdem – das sage ich ganz deutlich – hätten wir uns mehr gewünscht. Das war aber leider mit der SPD nicht zu machen,

(Lachen der Abg. Wolfgang Raufelder und Andreas Schwarz GRÜNE)

Denn sie musste sich das Ja ihrer Mitglieder zum Koalitionsvertrag mit CDU und CSU mit hohen zusätzlichen Sozialausgaben erkaufen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da regieren wir mit euch, und dann das!)

Was tut die Landesregierung? Grün und Rot tun angesichts ihrer Möglichkeiten viel zu wenig. Dafür kritisieren sie zu viel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir haben doch schon Angebote vom Ministerpräsidenten!)

Trotz Rekordsteuereinnahmen wird aus Landesmitteln nicht mehr für die Verkehrsinfrastruktur getan. Viel zu viel Zeit und Energie wird vergeudet für irrelevante Prioritäten und Priorisierungslisten. Gelder, die uns zustehen, werden aus Berlin nicht abgerufen. Statt ein eigenes Konzept vorzulegen, sind Grüne und SPD auch beim Thema Infrastrukturfinanzierung völlig uneins.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Grünen träumen von der Weltraumaut, und die SPD gefällt sich in der Rolle des trotzigsten Totalverweigerers, und zwar sogar gegen die eigene Fraktion im Bund.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD zur CDU: Dass ihr den Quatsch verteidigt! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Zuhören!)

Der Bundesverkehrsminister hat jetzt das getan, was CDU, CSU und SPD ihm aufgetragen haben: Er hat ein Konzept für die Pkw-Maut vorgelegt.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir sagen ganz klar: Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, weil mehr Geld zur Verfügung steht. Wir sagen aber ebenso offen: Der Weg, den die CSU hier vorgeschlagen hat, ist für die CDU-Fraktion in Baden-Württemberg problematisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was gilt denn jetzt eigentlich? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da hat der „Holzmichl“ doch recht! – Heiterkeit – Abg. Claus Schmiedel SPD: Der „Holzmichl“ lebt in der CDU! – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Er ist problematisch, weil er europarechtlich unklar ist. Die Ausweitung auf kommunale Straßen und Landesstraßen ist gerade aus baden-württembergischer Sicht problematisch – das steht übrigens auch nicht im Koalitionsvertrag –, weil die

(Nicole Razavi)

Länder und Kommunen zu Recht einen Anspruch auf einen Anteil der Einnahmen stellen, weil unklar ist, wie die Entlastung der Autofahrer umgesetzt werden soll, und weil jetzt schon über so viele Ausnahmen diskutiert wird, dass das Ganze eigentlich zum Scheitern verurteilt ist.

Wir sind also alles andere als glücklich damit, und wir fürchten, dass die CSU damit eine große und wichtige Chance veran hat, den Systemwechsel bei der Infrastrukturfinanzierung durchzusetzen.

Die Haltung der CDU in Baden-Württemberg und dieser Fraktion war dagegen immer klar: Wir müssen weg von der Finanzierung nach Kassenlage. Deswegen waren wir immer grundsätzlich für die Einführung einer Pkw-Maut für alle, und zwar ausschließlich auf Autobahnen und einigen Bundesstraßen. Sie muss zweckgebunden sein – das haben wir immer gesagt –, sie muss über eine eigene Finanzierungsgesellschaft laufen, und wir plädieren weiterhin für den Einstieg über die Vignette, weil sie schnell umzusetzen ist, weil sie günstig ist,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dagegen ist doch Frau Merkel!)

und vor allem, weil sie Ausweichverkehr verhindert, auch wenn sie nicht in allen Punkten hundertprozentig gerecht sein mag.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber die Frau Merkel ist dagegen!)

Ich sage Ihnen auch: Mir ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach – und da sitzt sie eben schon seit Jahrzehnten.

Wir könnten übrigens, Herr Schmiedel – das sage ich, da Sie sich gerade so aufregen –, schon viel weiter sein. Denn 2005 hat das Land Baden-Württemberg in der Verkehrsministerkonferenz

(Abg. Claus Schmiedel SPD unterhält sich mit anderen SPD-Abgeordneten.)

– jetzt dreht er mir den Rücken zu – den Antrag auf Einführung einer Probephase gestellt. Diese wurde von SPD und Grünen abgelehnt.

Warum sind wir für die Maut? Weil wir gelernt haben, dass eine dauerhafte Erhöhung der Haushaltsmittel nicht möglich ist. Daran glauben wir nicht mehr. Die SPD hat es in Berlin jetzt gerade verhindert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Seit wann ist Frau Merkel bei der SPD?)

Aber die SPD, Herr Schmiedel, trägt auch die Verantwortung dafür, dass die Einnahmen über viele, viele Jahre immer wieder zweckentfremdet wurden.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Schon lange!)

Es ist richtig, dass, wie Sie sagen und wie auch wir sagen, der Autofahrer schon relativ viel Geld zahlt. Aber wenn die SPD damit ihre Ablehnung der Maut begründet, Herr Schmiedel, dann ist das wirklich ein Witz.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ist Frau Merkel Mitglied in der SPD? – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch nicht!)

Schauen wir doch einmal genau hin. Es war doch die rot-grüne Bundesregierung, Herr Schmiedel, und es waren die früheren SPD-Verkehrsminister, die in die Verkehrskasse gegriffen und Geld aus dem System zweckentfremdet haben. Ich nenne nur zwei Stichworte: „Ökosteuer für die Pflege“ und „Rasen für die Rente“. Es war ebenfalls die rot-grüne Bundesregierung, die mit der Einführung der Lkw-Maut den Verkehrshaushalt genau um diese Summe der Einnahmen abgesenkt hat. Das war ein übler Taschenspielertrick, und erst Schwarz-Gelb hat dies wieder geheilt.

Jetzt tragen Sie im Bund Mitverantwortung. Im Bund trägt die SPD die Pkw-Maut mit – und hier im Land herrscht Totalverweigerung.

Und die Grünen? Die widersprechen sich gegenseitig. Hier fordern Sie vom Bund mehr Geld,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig!)

und im Bundestag lehnten die grünen Schwestern und Brüder in der letzten Legislaturperiode 1 Milliarde € zusätzlich ab.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, Frau Abg. Razavi, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Nicole Razavi CDU: Im Anschluss.

Hier im Land fordern der Ministerpräsident und sein Verkehrsminister mehrfach die Satellitenmaut, sogar europaweit; dabei soll der Datenschutz gewährleistet sein. Wie das geht, sagen sie nicht. Aber interessant ist der Rüffel aus Berlin. Der kommt sofort, denn die Grünen im Bund lehnen die Pkw-Maut ab. Jürgen Trittin sagte im August 2013, Grüne seien gegen eine Pkw-Maut. Ich zitiere:

Nur weil der baden-württembergische Verkehrsminister meint, Geld zu brauchen, zocken wir nicht die Autofahrer ab.

Also, meine Damen und Herren, Wertschätzung für unseren Verkehrsminister sieht wirklich anders aus.

Dieses grüne Wolkenkuckucksheim ist eh ein bisschen wie in Schönheit sterben, etwas für echte Weltverbesserer, aber halt ziemlich wirklichkeitsfremd. Es ist so kompliziert und aufwendig, dass die Umsetzung noch viele Jahre dauern würde. Wir würden also wieder auf mehrere Hundert Millionen Euro verzichten – vom Problem des Datenschutzes in Zeiten der NSA-Skandale ganz zu schweigen.

Was sagt uns der Verkehrsminister Hermann am 14. Juli 2014 auf der Homepage www.winnehermann.de? Ich zitiere:

Selbst wenn am Ende 600 Millionen € mehr in die Kassen kämen, stünde diesen Einnahmen die Summe von 7,2 Milliarden € für die erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen gegenüber.

Herr Minister, was soll das denn heißen?

(Nicole Razavi)

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Dass die Maut nichts nützt!)

Soll das etwa heißen: „Auf das bisschen können wir dann auch noch voll verzichten“? Ich sage Ihnen klar: Das passt zu Ihnen. Dass Sie auf ein paar Milliönchen gern verzichten, das haben wir ja jetzt schon ein paarmal erlebt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Mit den trotzig Totalverweigerern der SPD und den grünen Weltverbesserern kommen wir wirklich nicht weiter.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sie kritisieren alles, aber Sie liefern keine eigenen realistischen Konzepte. Das reicht nicht.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Helmut Kohl hat einmal gesagt:

Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.

Hier im Land versteht kein Mensch, warum das, was in anderen Ländern funktioniert, bei uns nicht funktionieren soll. Kein Mensch versteht, warum eine so große Volkswirtschaft wie die deutsche nicht in der Lage ist, ihre Infrastruktur in Schuss zu halten. Stattdessen führen wir über Jahrzehnte eine typisch deutsche Diskussion, mit allen Bedenken, über den gerechtesten Weg und nehmen dabei in Kauf, dass die Infrastruktur verrottet. Das ist unverantwortlich.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Ich appelliere an die SPD, die mit uns in Berlin eine Koalition eingegangen ist: Geben Sie sich einen Ruck, sodass wir bei diesem Thema endlich weiterkommen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Schmiedel, die Redezeit der Kollegin Razavi ist abgelaufen. Nach Ablauf der Redezeit darf keine Zwischenfrage mehr gestellt werden. Das steht in der Geschäftsordnung.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir können aber gern einen Kaffee trinken gehen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Vielleicht hätte er seine Frage gesungen! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das weiß in der Zwischenzeit jeder hier im Saal.

(Unruhe)

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Schwarz das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der zweite Innenverteidiger! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Mertesacker!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle sind auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Ein intaktes Verkehrs-

netz, funktionierende Straßen und Brücken, gute Schienenwege, ein guter öffentlicher Verkehr, das sind wichtige Beiträge zur Förderung von Wohlstand und Prosperität in unserem Land.

Gleichwohl ist spätestens seit der Verkehrsministerkonferenz im letzten Jahr klar: Die Verkehrsinfrastruktur ist erheblich unterfinanziert. Wir reden über 7 Milliarden €, wenn wir alle politischen Ebenen – vom Bund über die Länder bis hin zu den Kommunen – betrachten, wenn wir alle Verkehrswege – Straßen, Schienen, Wasserstraßen – betrachten.

Die Koalition aus Grünen und SPD ist sich der Aufgabe hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur bewusst. Schritt für Schritt beseitigen wir in Baden-Württemberg den Sanierungsstau und bauen die Verkehrswege aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Man kann es nicht oft genug sagen: In diesem Jahr stehen für den Erhalt der Landesstraßen im Staatshaushaltsplan 125 Millionen € zur Verfügung. Als Sie regiert haben waren es zwischen 8 Millionen € und 50 Millionen €. Das macht den Unterschied aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe der Abg. Nicole Razavi CDU und Claus Schmiedel SPD)

Für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs stehen 450 Millionen € zur Förderung von Stadtbahn- und S-Bahn-Projekten zur Verfügung. Daran sehen Sie: Wir sind uns unserer Aufgabe bei der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung bewusst.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Was macht jetzt die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag? Sie plant die Einführung einer Pkw-Maut.

(Unruhe)

Sie plant ein bürokratisches Monstrum, das europarechtlich bedenklich ist,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir nicht!)

das zu einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand führt, das die benachbarten Länder abschreckt.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Was machen Sie?)

Es ist ein bürokratisches Monstrum. Ich kann Ihnen nur raten: Nehmen Sie davon Abstand, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Herr Fraktionsvorsitzender Hauk hat sich zusammen mit Ihrem Landesvorsitzenden am 26. August 2011 klar für eine Pkw-Maut ausgesprochen. Damit ist klar: Die CDU-Fraktion in Baden-Württemberg möchte Bürgerinnen und Bürger, die Autofahrerinnen und Autofahrer, zusätzlich belasten.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie doch auch!)

Das haben wir hiermit schwarz auf weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Andreas Schwarz)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Was ist denn mit Ihrer Satellitenmaut? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Baden-Württemberg hat traditionell

(Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Zwischenfrage zum Schluss zulassen!)

– lassen Sie mich das Argument zu Ende führen – gute Beziehungen zu seinen Nachbarn. Durch die Urlaube, durch die Einkäufe von Bürgern aus der Schweiz, Frankreich, Österreich wird hier im Land Kaufkraft generiert.

Wenn jetzt die Pkw-Maut von Minister Dobrindt kommt, dann werden vermutlich wieder Schlagbäume errichtet. Dann werden die Abgeordneten der CDU-Fraktion an der Grenze zu Frankreich und der Schweiz an den Schlagbäumen die Vignette verkaufen. So muss man sich das vorstellen, wenn es nach Ihnen geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So etwas Komisches habe ich selten gehört!)

Jetzt nehme ich heute von Frau Razavi, aber auch letzte Woche in der Presse Widerspruch aus Ihren Reihen wahr. Verschiedene Kollegen äußern sich. Herr Schebesta, dessen Wahlkreis in der Nähe von Frankreich ist, sagt plötzlich: „Oje! Wir müssen das nachgeordnete Straßennetz ausnehmen.“

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie haben eine ganz komische Rede geschrieben!)

Auch Ihr Landesvorsitzender Strobl äußert jetzt Bedenken. Mit Strobl hat sich einer der beiden CDU-Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten gemeldet und gesagt:

(Abg. Nicole Razavi CDU: Haben Sie mir gar nicht zugehört?)

„Oje, bedenklich! Schwierig, schwierig!“

Jetzt warte ich darauf, dass sich auch der andere CDU-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Herr Wolf, meldet und ebenfalls Bedenken vorträgt.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Oi, oi, oi!)

Herr Wolf macht sich hier immer zum Fürsprecher der Landräte. Der Landrat aus Konstanz, Herr Hämmerle, äußert Bedenken. Er sagt: „Oje, die Pkw-Maut belastet unseren Landkreis. Die Bürger aus der Schweiz kommen dann nicht mehr.“

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie haben vorhin nicht zugehört!)

Ich warte darauf, dass Kollege Wolf hier ebenfalls Bedenken vorträgt.

Ich warte auch darauf, Frau Razavi, dass Sie diese Bedenken ernst nehmen.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU – Unruhe)

Ich warte darauf, dass Sie gemeinsam mit uns dafür sorgen, dass dieses bürokratische Monstrum nicht kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Es ist immer blöd, wenn man eine Rede schreibt, ohne dass man weiß, was der andere sagt!)

Ich will es an der Sache festmachen. Ihre Vorstellungen von der Pkw-Maut, wie sie Herr Minister Dobrindt vorträgt, führen zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand:

(Abg. Felix Schreiner CDU: Was meinen Sie denn jetzt? – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Jedem muss die Vignette zugeschickt werden. Die Pkw-Maut muss erhoben werden. Dies muss kontrolliert werden, und es muss eine Verrechnung mit der Kfz-Steuer erfolgen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und wie machen Sie es bei Ihrer Satellitenmaut?)

Ein solch hoher Verwaltungsaufwand, eine solche Bürokratie, die Sie damit schaffen, stehen doch in keinem Verhältnis zu den zusätzlichen Einnahmen. Allein um jedem Bürger die Vignette zuzuschicken, brauchen Sie 25 Millionen € pro Jahr. Das ist Wirtschaftsförderung für die Post, aber keine Straßenbauförderung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Razavi?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Nicole Razavi CDU: Es ist problematisch, wenn man seine Rede schreibt, bevor man weiß, was der Vorredner sagt. Punkt 1.

Punkt 2: Was ist mit Ihrer Satellitenmaut? Würde diese nichts kosten? Würde diese keinen Verwaltungsaufwand bereiten? Würde diese keinen technischen Aufwand bereiten? Sagen Sie einmal etwas dazu. Ich möchte die Konzepte der Grünen hören; von Ihnen gab es dazu kein Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Totale Überwachung!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Kollegin, ich glaube, dass man sich auf der Verkehrsministerkonferenz im letzten Jahr auf einen guten Weg geeinigt hat. Diesen Weg tragen wir mit.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Welchen? – Unruhe)

Der Weg sieht so aus, dass von den Einnahmen der verschiedenen Steuern im Verkehrsbereich – ich nenne die Kfz-Steuer, ich nenne die Mineralölsteuer – deutlich mehr Gelder für Verkehr und Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden müssen. Es wäre schon ein großer Schritt, wenn von den Steuereinnahmen, die aus dem Verkehrsbereich resultieren, tatsäch-

(Andreas Schwarz)

lich mehr für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt würde, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Zweitens hat die Verkehrsministerkonferenz die Ausweitung der Lkw-Maut einstimmig beschlossen. Hier redet man dann von 2 Milliarden €. Bei der Pkw-Maut von Herrn Minister Dobrindt reden wir von über 600 Millionen € und von einem bürokratischen Monstrum.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Bundesweit!)

Daran sehen wir, wie sich die Wertigkeit unterscheidet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zum Schluss: Sie haben unter Tagesordnungspunkt 2 eine Aktuelle Debatte zum Thema Glaubwürdigkeit beantragt. Ich will Ihnen dazu mit einem Zitat den Spiegel vorhalten. Das Zitat lautet:

Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben.

Das hat Bundeskanzlerin Merkel im letzten Sommer in einem Interview gesagt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Der Satz geht noch weiter! Ganz zitieren! – Unruhe)

Jetzt führt die CDU die Maut ein. Damit ist Ihre Glaubwürdigkeit passé, Frau Kollegin.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Ihre Glaubwürdigkeit ist passé!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt sind wir aber gespannt! Er nimmt das locker! Unser großer Koalitionspartner!)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Maut ist – das zeigt sich einmal mehr – das Dauerthema in Aktuellen Debatten. Seit über zehn Jahren unterhält sich dieser Landtag über die Forderung der CDU-Landtagsfraktion nach einer Maut. Die FDP/DVP-Fraktion hat dieses Thema heute dankenswerterweise aufgegriffen. Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die FDP lebt. Sie ist heute analytisch sauber unterwegs, therapeutisch etwas weniger.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben heute erkannt, dass man das Thema Maut wie eine Monstranz vor sich hertragen und wolkige Forderungen dazu stellen kann. Wenn es aber nur ein bisschen konkret wird, taugt alles nichts.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber was taugt denn was?)

Das erleben wir seit zehn Jahren. Seit zehn Jahren fordert die CDU-Landtagsfraktion in irgendwelchen Varianten die Maut,

die Lkw-Maut, die Pkw-Maut. Gleichzeitig fordern Sie, die Kfz-Steuer abzusenken. Das ist also ein Nullsummenspiel.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was taugt denn was?)

Eines muss man Ihnen einmal deutlich sagen: Sie sind Mautversager. Teufel, Oettinger, Mappus, sie alle konnten sich gegen die Mauttotalverweigerer Merkel und Schäuble nie durchsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist doch der Sachverhalt. Sie kommen doch in Ihrem eigenen Klub mit Ihren abstrusen Forderungen hinten und vorn nicht durch. Das ist der Knackpunkt. Das muss man Ihnen einmal deutlich sagen. Es ist skurril, was Sie da vortragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Nachdem Frau Razavi den Blick zurückgewandt hat, möchte ich den Blick ebenfalls zurückwenden. Im Jahr 2007 hat ein Abgeordneter, der heute stellvertretender Parteivorsitzender und zugleich Fraktionsvorsitzender ist – ich nenne jetzt keinen Namen –, gefordert: „Wir brauchen eine Maut nur für Baden-Württemberg.“ Die CDU hat also eine Schwabenmaut gefordert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer war das? – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Weiter hat er behauptet, wenn wir diese Maut nur in Baden-Württemberg einführen, bringe uns das 400 Millionen €. Das war ein Adlatus von Ministerpräsident Teufel, wie die „Süddeutsche Zeitung“ vorgestern geschrieben hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

Ich dachte, dass das bei der CDU nicht mehr steigerbar ist, aber das, was Dobrindt mit seiner Maut vorschlägt, ist an Skurrilität nicht zu überbieten. Die FDP/DVP hat es gesagt; auch Herr Schwarz hat Bedenken und hat gesagt, dass diese Maut nichts taugt. Mit dieser Maut soll viel zu viel auf einmal erreicht werden. Sie soll europatauglich sein. Sie soll mit Bundesrecht kompatibel sein.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

– Liebe Frau Razavi, in diesem Parlament müssen Sie lernen, geduldig zu sein, insbesondere dann, wenn ich rede.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben wir schon gemerkt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie in der Schule, Herr Haller!)

Die Maut soll kostenneutral sein. Sie ist jedoch ein bürokratisches Monstrum, eine tolle Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahme, eine eierlegende Wollmilchsau, die natürlich nichts taugt zur Lösung des Problems der Verkehrsfinanzierung.

Klar ist – das zeigt sich aufgrund der vielen negativen Auswirkungen sehr deutlich –: Sollte diese Maut, sollte dieser Blödsinn je kommen – Herr Haußmann hat es ja angesprochen; Sie haben also auch Zweifel, was das alles bedeuten

(Hans-Martin Haller)

würde –, müsste das für Baden-Württemberg bedeuten, dass grenznahe Regionen auszuklammern sind.

Dann brauchen Sie aber wieder Bürokratie. Wo ziehen Sie die Grenze? In der Kaiser-Joseph-Straße? Auf dem Schwarzwald-Höhenweg? Auf der Europäischen Wasserscheide? Wenn ich es richtig verstanden habe, will Herr Strobl die Grenze exakt da ziehen, wo der Wahlkreis beginnt, den Herr Wolf vertritt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten aller Fraktionen – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Das geht doch einfach nicht. Auf bereits vorhandene Bürokratie noch mehr Bürokratie aufzusetzen, das ist nicht das, was wir in dieser Republik brauchen.

(Zurufe der Abg. Nicole Razavi und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Vielmehr brauchen wir mehr Geld sowie ein steuerfinanziertes Verkehrssystem, das für alle diskriminierungsfrei zugänglich ist. Wir sind Exportweltmeister und Fußballweltmeister. Außerdem wollen wir in dieser Republik Weltmeister hinsichtlich eines freien Nutzungssystems bleiben.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

– Frau Razavi, ich habe Ihnen doch gesagt, dass man als Politiker Geduld braucht.

Das Kernproblem ist doch, dass wir zwar auf der einen Seite steuerfinanziert aus dem Verkehrssektor 50 Milliarden € schöpfen – 50 Milliarden € zahlen die Autofahrer –,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Rasen für die Rente!)

auf der anderen Seite aber nur etwa 30 Milliarden € zurückfließen. Das ist zu wenig. Darüber sind wir uns einig. Genau das ist das Problem: Wie schaffen wir es, durch politischen Druck mehr Geld in den Verkehrssektor zu verlagern? Selbst dann, wenn es eine Maut gibt – siehe Lkw-Maut –, besteht keine Gewähr, dass der steuerfinanzierte Anteil auf seinem Level bleibt. Dann haben wir auch keinen Cent mehr. Das Ganze ist eine Frage des politischen Willens.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, das sagt der Richtige!)

Die grün-rote Koalition – Herr Schwarz hat es auch gesagt – leistet hierbei eindeutig Schrittmacherdienste auch für andere. Der Bund will auch 1 Milliarde €. Das ist natürlich immer noch zu wenig. Es sind aber klar und deutlich Perspektiven zu definieren, und es ist zu sagen, wie mehr Geld aus dem Steuersystem in den Verkehr fließen kann. Baden-Württemberg kann es sich als Industrieland nicht leisten, die Verkehrsinfrastruktur weiter verlottern zu lassen.

Später noch etwas mehr. Besten Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von Bundesminister Dobrindt im Auftrag von Minis-

terpräsident Seehofer vorgelegte Pkw-Maut oder Infrastrukturabgabe

(Zurufe von der CDU)

ist und bleibt ein verqueres bürokratisches Konstrukt. Die Idee ist als „Ausländervignette“ in bayerischen Bierzelten entstanden. Was nun vorliegt, ist die Ausländervignette für alle – auch für die Deutschen – und für alle Straßen. Es ist schon eine verrückte Entwicklung, die diese völlig falsche Idee genommen hat. Mein Kollege Dobrindt muss diese merkwürdige Auflage ausbaden, dass eine Vignette eingeführt werden soll, mit der Ausländer belastet und gleichzeitig Pkw-Fahrer aus Deutschland nicht belastet werden sollen, und dass diese Regelung dabei außerdem europarechtskonform ausgestaltet werden soll.

Dabei kommen solche bürokratischen Monster heraus. Wenn man auf der einen Seite von allen etwas einnimmt und auf der anderen Seite vielen das allermeiste wieder zurückgibt, dann hilft das nicht weiter.

Liebe Frau Razavi, gar nicht weiter hilft es, wenn man so selbstgefällig und selbstgerecht daherredet, wie Sie das gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Das sagt der Richtige!)

Die CDU führt jetzt zum dritten Mal in Folge die Bundesregierung an. Insofern hätten Sie reichlich Zeit gehabt, eine ordentliche Regelung zu erarbeiten und auf den Entscheidungsweg zu bringen. Das haben Sie aber nicht getan. Stattdessen reden Sie nur im Land. Offenbar haben Sie in Berlin keinerlei Einfluss. All das, was hier diskutiert wird, spielt auf Bundesebene offenbar keine Rolle.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Ich sage das jetzt an verschiedene Adressen gerichtet: Ich glaube – das ist meine Erfahrung –, die Debatte über eine Nutzerfinanzierung – um es einmal allgemein zu fassen – ist und bleibt eine schwierige Debatte. In jeder Partei gibt es Leute, die nah an der Verkehrspolitik sind und wissen, wie groß die Finanzierungsprobleme sind, und die der Auffassung sind, dass wir auch eine Nutzerfinanzierung brauchen.

Auf der anderen Seite gibt es die Leute, die dem Autofahrer oder dem ADAC nahestehen und die den deutschen Autofahrer nicht belasten wollen. Davon gibt es in der CDU jede Menge Leute. Schauen Sie sich einmal an, welche Position die Union jenseits von Dobrindt vertritt. Schauen Sie sich einmal die Politik hier im Land an. Das geht doch quer durch die Fraktionen.

Die Frage ist, ob wir den Mut haben, zu sagen, dass wir in Zukunft auf der einen Seite mehr Haushaltsmittel und auf der anderen Seite zusätzliche, nutzerfinanzierte Einnahmen haben wollen.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Dazu muss man stehen. Dann kann man nicht sagen, dass niemand dadurch belastet wird. Ich bin dafür, ehrlich zu sagen: Wenn wir eine nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung wollen, brauchen wir beides, nämlich mehr Haushaltsmittel und mehr Nutzerfinanzierung.

(Minister Winfried Hermann)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Da stimme ich Ihnen sogar zu!)

Ich will mich außerdem mit der neuen Konstruktion der Ausländermaut für alle befassen. Einige Punkte sind schon genannt worden, die ich deshalb nicht wiederholen möchte. Interessant an der Geschichte ist aber – das ist das Verquere daran –, dass das eine Maut für die Pkw-Fahrer ist, die auf allen Straßen erhoben wird. Es ist aber nicht der Kleinwagen aus Frankreich, der die Landesstraße oder die Kreisstraße kaputt macht, sondern das ist der Lkw – von woher auch immer.

Dieses Projekt nimmt aber gerade die Lkws aus. Diese müssen zukünftig weiterhin nur auf der Autobahn bezahlen, aber nicht auf den anderen Straßen. Das ist doch völlig verrückt. Wenn man sich schon für eine Nutzerfinanzierung entscheidet, dann müssen doch die bezahlen, die die Infrastruktur kaputt fahren. Das ist doch Sinn und Zweck von Infrastrukturfinanzierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen gibt es eine weitere Besonderheit. Wie kann es eigentlich sein, dass der Bund eine Abgabe oder eine Gebühr für die Nutzung von Landes- und Kreisstraßen beschließt? Wie kann der Bund das eigentlich machen? Das sind doch unsere Straßen. Wenn der Bund das beschließt, dann sind das doch unsere Einnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wie kann der Bund diese Einnahmen bitte schön mit den Einnahmen aus der Kfz-Steuer verrechnen? An dieser Stelle nehmen wir 3 Milliarden € ein, und der Bund will dieses Geld wieder zurückgeben. Dann können wir das Geld auch behalten. Das wäre doch eine vernünftige Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das sind nur zwei Aspekte, die deutlich machen, dass dieses Konstrukt nicht nur verquer, sondern auch rechtlich und politisch unausgegoren ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rapp?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Bitte schön.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielen Dank. – Herr Minister, Sie haben jetzt wortreich erklärt – vielleicht stimme ich sogar in großen Teilen mit Ihnen überein –, was alles nicht geht und was alles aus Ihrer Sicht ein bisschen hinterfragenswert ist.

Sie haben vor geraumer Zeit auch einen Mautvorschlag gemacht und gesagt, die Maut müsse strecken-, verbrauchs-, tageszeit- und hubraumabhängig sein und letztlich auch noch in der Mischform vorkommen. Ich frage Sie, ob dieses Modell dann sinnvoller und weniger bürokratisch wäre.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich bedanke mich für Ihre Frage. Sie ist sozusagen die Einleitung für den zweiten Teil meiner Rede.

Kommen wir in der Tat zu der Überlegung: Was macht Sinn? Sinn macht aus meiner Sicht ganz klar eine Regelung, die dazu beiträgt, dass wir Verkehrsströme sinnvoll verändern, lenken, und zwar hin zu einer nachhaltigen Transport- und Mobilitätspolitik.

Das heißt aber auch, dass wir uns dort, wo Infrastruktur am meisten genutzt und beansprucht wird, um eine Reduzierung bemühen müssen. Deswegen macht die Lkw-Maut Sinn, weil die Lkws die Infrastruktur am stärksten beanspruchen.

Wir brauchen übrigens gerade aus der Lkw-Maut auch Mittel, um die Verkehrsinfrastruktur insgesamt, also auch Schiene und Wasserstraße, zu modernisieren – es geht nicht nur um die Straße, sondern auch um die anderen Bereiche. Denn nur so kann es uns gelingen, im Sinne einer nachhaltigen Politik auch eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Schiene und Wasserstraße zustande zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Hauptkritik der allermeisten an der Ausländervignette ist ja, dass es sich nicht um eine lenkungswirksame Maut handelt. Vielmehr ist ihre Wirkung absolut neutral.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Sie ist ein Instrument, um Einnahmen zu erzielen, aber sie hat keinerlei differenzierende, lenkende Wirkung.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Genau das, Herr Rapp, ist auch in Ihrer Frage intoniert gewesen: Wenn man eine Abgabe einführt, dann muss diese eine verkehrliche Lenkungswirkung haben, dann muss sie eine ökologische Lenkungswirkung haben. Deswegen haben wir auch in der Bundesverkehrsministerkonferenz beschlossen – übrigens einstimmig –: Wir brauchen erstens eine stärkere Finanzierung über den Haushalt und zweitens eine stärkere Nutzerfinanzierung. Aber all das nützt nichts, wenn man nicht zugleich eine andere, eine an der Nachhaltigkeit orientierte Verkehrspolitik macht. Das muss man zusammen denken.

Jetzt komme ich auch zu dem Vorschlag: Ich habe mich auf der Verkehrsministerkonferenz sehr dafür eingesetzt, dass wir einen konkreten eigenen Vorschlag machen, wie wir die große Finanzierungslücke von allein 7,2 Milliarden € pro Jahr – bei Erhalt und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur – schließen können. Da gibt es eine klare Priorität.

Sie heißt erstens: Wir brauchen einen Sanierungsfonds, 2,8 Milliarden € jährlich aus Haushaltsmitteln zusätzlich, weil in den letzten 20 Jahren genau in diesem Bereich Geld gespart worden ist und wir einen höheren Anteil in die Verkehrsinfrastruktur investieren müssen.

Zweitens haben wir gesagt: Wir müssen die Lkw-Maut ausweiten, und zwar erst auf alle autobahnähnlichen Bundesstraßen, dann auf alle Bundesstraßen, dann auf das nachgelagerte Netz und auf kleine Lkws. Über all dies besteht Konsens. Zusammengerechnet macht das gut 4 Milliarden € Einnahmen aus.

Würde dieses System in den nächsten drei, vier Jahren aufgebaut, würde es die Finanzierungsprobleme in erheblicher Weise lindern. Da hätte die Landesverwaltung schon fast Schwie-

(Minister Winfried Hermann)

rigkeiten, dies umzusetzen. Aber dieses System wäre eine Grundlage für eine deutlich bessere Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.

Jetzt komme ich noch zu der mehrfach angesprochenen Pkw-Maut. Der Ministerpräsident und ich haben es auch öffentlich gesagt – Sie wissen das –: Wenn schon eine Pkw-Vignette oder eine Pkw-Maut, dann wenigstens eine intelligente – unter Nutzung der neuesten Technologien. Ich muss schon sagen: Heute mit einem Bäbber aus dem letzten Jahrhundert zu kommen – dieser wäre ohne jeden Lenkungseffekt – ist wirklich hintergestrig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Es gibt sehr viel bessere Lösungen.

Ich werde mich in den nächsten Wochen und Monaten auf das konzentrieren, was Konsens ist. Ich sage Ihnen ganz offen: In der Verkehrsministerkonferenz war dieser Vorschlag nicht mehrheitsfähig. Deswegen vertrete ich ihn jetzt auch nicht offensiv. Denn es ist mir lieber, eine Ausweitung und eine Verbesserung der Lkw-Maut im Konsens hinzubekommen, weil sie ein substanzielles Instrument ist, weil sie eine Lenkungswirkung hat und weil die Lkws die Infrastruktur am meisten nutzen. Wenn wir dies in den nächsten drei, vier Jahren zusammen schaffen würden, wären wir wirklich weitergekommen.

Aber jetzt diskutieren wir über eine absurde Vignette. Am Ende wird das Ganze wahrscheinlich ausgehen wie das Hornberger Schießen. Ich hoffe jedenfalls, dass die Vernunft siegt und die Länder, die da ja mitstimmen müssen, diese Vignette mehrheitlich ablehnen. Zu guter Letzt hoffe ich auch, dass die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion im Bundestag aufwachen und sagen: „Dieses Konstrukt machen wir nicht mit.“

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aufwachen, Herr Schmiedel!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte war bisher durchaus munter und interessant. Ich darf bei den Ausführungen des Kollegen Haller anfangen.

Herr Haller, Sie haben dargelegt, für welche Quatsch Sie jede Form von Maut halten. Ich darf Sie zitieren: „Blödsinn“. Ja, Herr Kollege Haller, dann stellt sich aber schon die Frage, warum die SPD den Koalitionsvertrag, in dem dieser Blödsinn steht, unterschrieben hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jeder muss einmal Kröten schlucken!)

Meine Damen und Herren, warum haben Sie den Koalitionsvertrag unterschrieben, in dem dieser Blödsinn steht?

Frau Kollegin Razavi, ich habe festgestellt: Zwischen unseren Positionen bestehen gar keine großen Differenzen. Die bestanden in der Vergangenheit eigentlich nicht, und wenn ich

Sie richtig verstanden habe, bestehen sie auch in dieser Debatte nicht. Denn wir haben in der Vergangenheit erklärt, wir hätten gern eine Pkw-Maut auf Autobahnen – möglichst mit einer Vignette – und im Gegenzug eine Rückführung der Kfz-Steuer.

Das ist die Position, die die FDP/DVP-Fraktion immer vertreten hat. Ich habe es so in Erinnerung, dass diese Position der CDU-Fraktion im Landtag auch ein Stück weit eingeleuchtet hat. Das haben wir damals gemeinsam vertreten. Wir konnten diese Position nicht durchsetzen. Das stimmt. Aber es ist eine, wie ich finde, vernünftige und nachvollziehbare Position.

Am Anfang haben Sie erklärt: Das vertritt der „alte Holzmichl“.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Zwei, drei Minuten später in Ihrer Rede habe ich dann festgestellt, dass der „Holzmichl“ doch nicht – auch in Ihren Augen – so unrecht hat. So haben Sie selbst festgestellt, dass Sie diese Dobrindt-Maut nicht wollen. Denn der entscheidende Unterschied ist der: Dobrindt will diese Maut auch für Landstraßen, für grenznahe Gebiete. Mittlerweile leuchtet es auch einer ganzen Reihe von Unionspolitikern ein – angefangen vom bayerischen Verkehrsminister Herrmann bis zu Ihrem Landesvorsitzenden Strobl haben es alle erklärt –: So kann das nicht bleiben.

Nur stellt sich die Frage, ob die Alternative, die Strobl jetzt aufgezeigt hat, wirklich Sinn macht. Die Dobrindt-Maut ist ein bürokratisches Monstrum. Aber wenn man dieses bürokratische Monstrum jetzt noch ausweitet, indem man anfängt, sich zu überlegen: „Wo machen wir noch zusätzliche Ausnahmen, etwa in grenznahen Gebieten, und wo vielleicht nicht?“, dann wird aus dem, was Dobrindt da in irgendeinem bayerischen Oktoberfestzelt ausbaldowert hat, ein Hypermonstrum, eine Art verkehrspolitischer Godzilla.

Auf diese Art und Weise macht das also alles keinen Sinn. Wir brauchen eine einfache, eine nachvollziehbare Regelung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Verkehrsminister Hermann, wir brauchen mit Sicherheit auch nicht Ihre Weltraummaut, die Sie sich vorstellen, wonach dann von jedem Autofahrer Bewegungsprofile nachvollziehbar werden, egal, wo er fährt, egal, wie lange er fährt, egal, wie er sich bewegt. In Zeiten von NSA sollte man so einen Blödsinn nicht ernsthaft in die Welt setzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb bleiben wir bei dieser Position. Das ist auch der Grund für die heutige Debatte. Die Dobrindt-Maut ist Unfug. Sie belastet den Einzelhandel in Baden-Württemberg, sie belastet den Tourismus, sie belastet das Hotel- und Gaststättengewerbe. Das kann auf gar keinen Fall infrage kommen.

(Glocke des Präsidenten)

Der Ministerpräsident hat vorgerechnet: Wenn man so etwas einführen würde, läge der volkswirtschaftliche Schaden für

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Baden-Württemberg auf den ersten Blick bei 2 Milliarden €. Das Ganze ist bürokratischer Unfug.

Ich kann nur ganz herzlich an Sie von CDU und SPD appellieren: Machen Sie Ihren Einfluss geltend, verhindern Sie diesen Dobrindt-Unfug auf Bundesebene.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Debatte stelle ich fest: Der Entwurf aus dem Bundesverkehrsministerium zur Dobrindt-Maut ist durchgefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

Keine Fraktion hier im Landtag, auch nicht die CDU-Fraktion, hat sich für den Entwurf des Bundesverkehrsministers ausgesprochen. Wir können Herrn Dobrindt heute nur raten: Ziehen Sie Ihren Referentenentwurf zurück. Er ist europarechtlich bedenklich, er führt zu einer Mehrbelastung, und das Konzept ist unausgereift, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt bin ich gespannt, welchen Einfluss die CDU-Fraktion des Landtags von Baden-Württemberg auf den Bundesverkehrsminister hat.

(Zurufe von der CDU)

Die SPD-Fraktion, insbesondere vertreten durch Kollegen Haller, hat seit Jahr und Tag gesagt, dass sie dieses Modell der Pkw-Maut nicht will. Jetzt liegt es an Ihnen, Frau Razavi, Herr Hauk, Herr Wolf – er ist auch im Saal –, alles einflussreiche Menschen bei der CDU, inwiefern Sie Ihren Einfluss auf den Bundesverkehrsminister geltend machen können, sodass er seinen Referentenentwurf zurückzieht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Wo war denn da Ihr Einfluss?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Richtig ist: Die SPD hat in Berlin den Koalitionsvertrag mit diesem Passus unterschrieben.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

So sind nun einmal Koalitionsverhandlungen. Wenn die FDP nicht da ist, muss jemand dafür geradestehen, dass in dieser Republik noch regiert wird.

Wir sind eine staatstragende Partei

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall)

und müssen in diesem Fall eine Kröte schlucken. Dazu haben wir uns immer bekannt, und das haben wir immer so formuliert.

Ich wiederhole: Die Dobrindt-Maut – da sind wir uns wohl einig; Herr Schwarz hat es gesagt – taugt nichts. Die Dobrindt/Strobl-Maut –

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sie haben es gesagt –, ein Monstrum mit Sahnehäubchen, wollen wir gleich zweimal nicht. Ich hoffe, die CDU im Land auch nicht. Sie sollten Ihrem Landesvorsitzenden einmal erklären, was Sache ist und dass es so nicht geht. Das muss einfach deutlich werden.

Die streckenabhängige Maut mag zwar intelligent sein,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

aber nicht alles, was intelligent ist, ist sinnvoll, rechtsfähig und realistisch. Schon viele intelligente Menschen sind im Leben gescheitert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei der FDP/DVP)

So wird es auch dieser Position gehen.

Deswegen ist der einzig gute, sinnvolle Ansatz, den wir seit Jahren konsequent, geradlinig, verlässlich vertreten, eine Nutzerfinanzierung. Die Nutzer zahlen über ein enorm hohes Steueraufkommen – ich wiederhole: 50 Milliarden € – ausreichend Geld für den Verkehrssektor in den Haushalt ein. Wir müssen politisch dafür kämpfen, dass die Lkw-Maut ausgeweitet wird – der Minister hat es gesagt – und dass aus den Steuereinnahmen mehr Geld für den Verkehrssektor zur Verfügung gestellt wird. Dafür steht die SPD in Baden-Württemberg gerade.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Grün-rote Doppelmoral – die Landesregierung in der Glaubwürdigkeitskrise – beantragt von der Fraktion der CDU

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen sowie die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit drei Jahren regieren Grün und Rot in Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Peter Hauk)

Seit drei Jahren haben wir eine Regierung, die ihre eigenen Ansprüche setzt. – Das mag Ihnen gefallen, und es scheint Ihnen ja auch zu gefallen. Aber seit drei Jahren hat diese Regierung die Mehrheit und damit auch die demokratische Legitimation und die Kompetenz, ihre eigenen Ansprüche auch gestalterisch in Wirklichkeit umzusetzen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was sie nicht tut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt ganz aktuell: Es gab wie jedes Jahr eine Stallwächterparty.

(Zuruf: Schön war's!)

– Schön war's, stimmt. – Wie jedes Jahr wurde diese Party von Unternehmen gesponsert. Wir haben überhaupt nichts gegen das Sponsoring einzuwenden. Nein, wir begrüßen es außerordentlich,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist das Problem?)

wenn die Wirtschaft des Landes, wenn die Bürgerinnen und Bürger des Landes Landesprojekte und Landesveranstaltungen auch finanziell unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir glauben auch nicht, dass die Landesregierung dadurch in ihrer Entscheidungsfindung beeinflussbar wäre, weil manchmal von Dritten von einem gewissen „Geruch“ die Rede ist.

Zu diesen Unternehmen gehören auch namhafte Familienunternehmen, u. a. ein Unternehmen, das Teile seines wirtschaftlichen Erfolgs mit der Herstellung von Waffen und Rüstungsgütern in Bayern und Baden-Württemberg erzielt.

Wir kritisieren das ausdrücklich nicht, um das klar zu sagen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja was denn dann? – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hört doch zu!)

Wir sind der Überzeugung, dass auch Waffen in der Gewalt eines demokratischen Staates zum Frieden und zur Friedenssicherung beitragen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind aus der eigenen Geschichte heraus der festen Überzeugung, dass eine wehrlose Demokratie die kommunistischen Diktaturen in der DDR und in der Sowjetunion niemals hätte überwinden können. Aber Sie und Ihre Anhänger lehnen doch jeglichen Handel mit und vor allem die Produktion von Waffen ab. Sie sind doch mit Ihren Ansprüchen bei Ihren eigenen Anhängern gescheitert.

Ich zitiere die Sprecherin der Grünen Jugend Baden-Württemberg:

(Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Entweder übersieht die grün-rote Landesregierung den Widerspruch zwischen grün-roten Grundwerten und der Rüstungsindustrie oder – noch schlimmer – es gibt in ihren Augen gar keinen Widerspruch.

Sie, Herr Ministerpräsident, sagen, es sei eine Veranstaltung des Landes und nicht der grünen Partei gewesen. Das stimmt.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wir hätten aber erwartet, dass Sie auch andere Projekte dieser Landesregierung so behandelt und z. B. das Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen nicht als Projekt der Partei zu verhindern gewusst, sondern als Projekt des Landes umgesetzt hätten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein anderes aktuelles Beispiel für die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Vor zwei Wochen hat der Ministerpräsident die Landräte Baden-Württembergs getroffen; er hatte ein offenes Ohr für die Sorgen der Kommunen im Zusammenhang mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das ist wahr.

Zwei Tage später wird ein vom Deutschen Bundestag verabschiedeter Gesetzentwurf erst gar nicht im Bundesrat behandelt, weil die Grünen in Deutschland blockieren

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das haben wir doch letzte Woche besprochen!)

und damit die Verbesserungen beim Thema „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ nicht wirksam werden können. Meine Damen und Herren, Anspruch und Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen)

Ein Dauerthema ist auch „Der Ministerpräsident und das liebe Geld“. Die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Thema verfehlt!)

Der Ministerpräsident hat im Leben noch nie gespart. Er hat in früheren Zeiten nicht mit Vorwürfen und Vorhaltungen gespart, man würde zu wenig einsparen und das Land nicht konsolidieren. Jetzt spart er nicht an Steuergeldern und versucht sogar, seinen Finanzminister vom Sparen abzuhalten. Meine Damen und Herren, Anspruch und Wirklichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Bereich der Schulen sind Sie angetreten, für die Freiheit der Schulen, für die Freiheit der Schulträger zu sorgen.

(Zurufe von den Grünen, u. a.: Denken Sie doch mal ans Sponsoring!)

Sie haben den Menschen und Kommunen suggeriert, diese Landesregierung würde Schulentwicklung von unten betreiben.

(Zuruf von der CDU: Genau das Thema!)

In Baden-Württemberg haben wir aber keine Schulentwicklung von unten, sondern eine von oben, weil nur ein Modell überhaupt die Chance hat, sich Gehör zu verschaffen, nämlich die Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Das ist Doppelmoral!)

(Peter Hauk)

Ist das Schulentwicklung von unten? Ich sage nur: Anspruch und Wirklichkeit.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Machen Sie denn vier oder sechs Jahre Grundschule? – Zurufe von der CDU)

Zum Thema Ganztagsbetreuung: mehr Freiheit für die Eltern – keine Frage –, mehr Flexibilität – keine Frage. Das ist Ihr Anspruch.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Abg. Hauk. Sie sollten ihm zuhören und nachher die Gegenargumente vorbringen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das fällt den Grünen halt schwer!)

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Peter Hauk CDU: Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Fehlanzeige. Es ist keine Wahlfreiheit mehr gegeben. Es ist eine Zwangsbeglückung. Ganztagsangebote gibt es, und zwar gebundene und sonst überhaupt keine.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Ist das Freiheit? Ist das Freiheit für die Eltern? Ist das Freiheit für die Schüler? Meine Damen und Herren, Anspruch und Wirklichkeit.

Ihr Anspruch: Sie wollen die Umweltpolitik verbessern. Sie wollen die Landwirtschaftspolitik verbessern. Sie setzen Vertrauen in die Menschen. In Ihrem Koalitionsvertrag steht: Sie wollen im Dialog mit den Bürgern regieren.

Wie das in der Praxis aussieht, ist bekannt. Der Dialog mit den Jägern findet nicht statt. Der Dialog mit den Naturschützern findet nicht statt. Der Dialog mit den Landwirten findet nicht statt. Dort herrschen bei Ihnen Gebote und Verbote.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Anspruch und Wirklichkeit.

Sie betreiben kalte Enteignungen im Zusammenhang mit den Gewässerrandstreifen. Sie betreiben kalte Enteignungen mit dem Grünlandumbruchverbot. Sie drängen die Menschen in eine Verbotskultur, in eine Bevormundungskultur sondergleichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da kann man nur sagen: Anspruch und Wirklichkeit.

Anspruch und Wirklichkeit beim Thema Bürgerbeteiligung: Der Anspruch, mit den Bürgern im Dialog zu regieren, ist hier schon oft genannt worden.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Aber sie werden ja nicht erhört. Zumindest ist das nicht zwangsläufig. Es werden wie beim Filderdialog offene Prozesse an-

geboten, es werden vom Landwirtschaftsminister persönlich offene Prozesse zum Nationalpark angeboten, es wurde damals wörtlich gesagt, man werde auf die Bürger hören und ihre Entscheidung respektieren. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Die Wirklichkeit heißt: durchregieren von oben. Das zum Thema „Anspruch und Wirklichkeit“.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich: Sie fallen hinter Ihre eigenen Ansprüche zurück,

(Beifall bei der CDU)

hinter die Ansprüche, die Ihre eigenen Anhänger an Sie stellen, und auch hinter die Ansprüche, die die Menschen an Sie stellen. Weil Sie dahinter zurückfallen, befinden Sie sich in einer echten Glaubwürdigkeitskrise. Erwin Teufel hat einmal gesagt: „Vertrauen verloren, alles verloren.“ Sie sind auf dem besten Weg, alles zu verlieren,

(Lachen bei den Grünen)

weil Sie Ihre eigenen Ansprüche, die Sie an sich gestellt haben, nicht realisieren können.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn in diesem Haus jemand nicht zuhören kann, geschweige denn Gesetze, die hier verabschiedet wurden, lesen kann, dann ist es Kollege Hauk. Das haben wir gerade gesehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie geben hier pauschale Aussagen von sich, die Sie immer wieder wiederholen. Sie sind wie eine leerlaufende Schallplatte, die aber nur noch ein Wort kennt. Die Fakten dahinter stimmen einfach alle nicht.

Nehmen wir einmal das Thema Ganztagschule. Wir haben hier ein Gesetz verabschiedet. Sie haben es wahrscheinlich nicht gelesen. Sie wussten schon vorher, dass Sie dagegen sind, und haben es abgelehnt. In dieser Woche sind Ganztagsgrundschulen im Land genehmigt worden. Nie zuvor gab es so viele Möglichkeiten für die Schulträger, für die Schulen und damit auch für die Eltern und Kinder, aus dem vorhandenen Grundschulangebot das Angebot, das sie haben wollen, zu wählen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es gibt weiterhin Halbtagsgrundschulen, wie sie waren. Es gibt – auf der Grundlage des neuen Gesetzes genehmigt – seit dieser Woche die ersten neuen Schulen als gebundene Ganztagsgrundschulen, es gibt auch Ganztagsgrundschulen in Wahlform.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Es gibt sie für sieben oder für acht Zeitstunden. Die Kommunen, die Schulträger wissen es, auch die Eltern wissen es und die Schulleitungen erst recht: Nie gab es so viele Möglichkei-

(Andrea Lindlohr)

ten für die Schulträger, ihre Grundschullandschaft weiterzuentwickeln, wie mit dem, was wir hier beschlossen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was fällt uns hier im Haus eigentlich spontan zum Thema Doppelmoral ein? Vielleicht ist es die Haltung der CDU-Landtagsfraktion zu den Castorbehältern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Verantwortungsbewusstsein für die Pro-Atomenergie-Position von gestern ist nicht vorhanden, auch die Bereitschaft, Verantwortung hier im Land für das zu übernehmen, was produziert wurde, und die Bereitschaft zu einer dezentralen Zwischenlagerung von Castorbehältern auch im Land Baden-Württemberg sind nicht vorhanden. Sie schieben das alles anderswohin und sagen: „Der nationale Konsens interessiert mich nicht; den sprengte ich doch glatt. Was interessiert mich das Atommüll-Problem? Es gibt Gorleben. Ich bin da fein raus.“ Das sind Ihr Populismus und Ihre Doppelmoral.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Kommen wir jetzt einmal zum Sponsoring. In diesem Jahr gab es „50 Jahre Stallwächterparty“ zu feiern. Aber es war erst das dritte Mal, dass die Öffentlichkeit erfahren hat, welche Unternehmen dieses Fest mit welchen Beträgen gesponsert haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die grün-rote Landesregierung hat hier Transparenz geschaffen, und das ist gut so. Warum ist das gut so? Weil die Bürgerinnen und Bürger zu Recht den Anspruch an die Politik stellen, dass Politik und Verwaltung ihre Entscheidungen nach dem Gemeinwohl treffen. Die Bürgerinnen und Bürger haben den Anspruch, dass Politik und Verwaltung sich nicht von wirtschaftlichen Interessen abhängig machen. Die Transparenz dient dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger sich selbst ein Bild darüber machen können.

Meine Fraktion hat keinen Zweifel daran, dass die Landesregierung ihre Entscheidungen nach dem Gemeinwohl und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen trifft. Das ist die wichtigste Frage bezüglich des Sponsorings in der Politik, worüber sich die Öffentlichkeit ein eigenes Bild machen will.

Wir schaffen diese Transparenz bezüglich der Stallwächterparty jetzt schon das dritte Jahr, und Anfang 2015 wird es den ersten Sponsoringbericht des Landes Baden-Württemberg für die Ebene der Ministerien, aber auch für die ganze Landesverwaltung geben. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein großer Fortschritt, und den hat es unter CDU und FDP/DVP nie gegeben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nun gibt es kritische Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern, auch von Grünen, zum Sponsoringbeitrag eines Unternehmens. Auch bei den kritischen Stimmen habe ich keine gehört, die gemeint hätte, die Unabhängigkeit der Entscheidungen der Landesregierung sei gefährdet. Da geht es um etwas anderes, nämlich darum, dass dieses Unternehmen u. a. Waffen herstellt.

Nun gibt es keine Welt ohne Waffen, und natürlich brauchen die Bundeswehr und die anderen demokratischen Armeen ei-

ne gute Ausrüstung. Dass ein solches Sponsoring zum einen die echten Pazifisten stört, die grundsätzlich jeden Einsatz von Gewalt ablehnen, ist überhaupt nicht überraschend. Diese Menschen haben natürlich das Recht, dies zu äußern. Dass zum anderen auch Grüne oder andere Bürgerinnen und Bürger sagen, sie fänden es nicht so passend, ein Fest mit diesem Thema zu verbinden, ist ebenfalls eine Meinung, die man haben kann. Ich finde es absolut in Ordnung, dass es diese Stimmen gibt.

Diese Debatten kann man in einer kritischen Gesellschaft ganz berechtigt führen, und diese Landesregierung hat es durch ihre Transparenz überhaupt erst ermöglicht, dass ihr Handeln hinterfragt wird. Sie stellt sich dieser Diskussion. Ich rechne damit, dass die Landesregierung diese Diskussion auch wägt und dann für das nächste Jahr in Verbindung mit dem Sponsoringbericht überlegt, wie sie hier weiter vorgehen will.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was heißt das? Was heißt das konkret? Was sagen Sie dazu? Haben Sie keine Meinung dazu? – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Das ist exekutives Handeln, das ist Handeln der Landesregierung. Es liegt nicht an mir, die einzelnen Unternehmen durchzugehen und über jedes einzelne Unternehmen einen Stab zu brechen. Das wäre nicht in Ordnung. Aber allein der Sponsoringbericht, den es Anfang 2015 geben wird, wird der Öffentlichkeit ein klares Bild darüber geben, wie die Beziehungen hier sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Bei Ihnen war das ganz anders. Sie wollten sich nie in die Karten schauen lassen. Ihr Sponsoring war immer Hinterzimmerpolitik. Sie haben sich der kritischen Öffentlichkeit gar nie gestellt, und das war der Fehler.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Herr Hauk hat am Montag laut dpa gesagt, es sei doppelzünftig, wenn eine Partei sich als Partei des Friedens darstelle und dann die Regierung im Bund angreife, wenn es um Rüstungsfragen gehe. Dieses Argument von Ihnen geht völlig fehl.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es trifft voll zu!)

Wenn die Grünen im Deutschen Bundestag eine konkrete Entscheidung der Bundesregierung bezüglich der neu genehmigten Waffenexporte nach Kolumbien kritisieren und sagen, die Menschenrechtslage in Kolumbien sei ihrer Meinung nach nicht dazu geeignet, dass Waffenexporte in dieses Land genehmigt werden, steht diese außenpolitische Meinung in keinerlei Widerspruch zu der Frage, wie die Stallwächterparty des Landes Baden-Württemberg gesponsert wird. Sie können niemandem in Abrede stellen, diese außenpolitische Meinung zu haben. Ihr Vorwurf der Doppelmoral hat keinerlei Logik. Wo liegt die Logik darin, zu sagen, man dürfe wegen der Stallwächterparty nicht gegen Waffenexporte nach Kolumbien sein? Ihr Argument ist nur vordergründig. Es hat keinerlei Logik. Es geht völlig fehl.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Andrea Lindlohr)

Deshalb ist es weiterhin so: Die grün-rote Landesregierung hat Transparenz bezüglich der Stallwächterparty hergestellt. Sie geht viel weiter, als Sie es je gemacht hätten und gemacht haben. Mit der Offenlegung der wirtschaftlichen Beziehungen, des Sponsorings, gegenüber dem Land in Form der ganzen Landesverwaltung wird sie sich der Öffentlichkeit stellen. Bei Ihnen konnte man das nie machen, weil niemand wusste, wer die Sponsoren waren.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das ist die Doppelmoral der CDU.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Januar 2013 hat die CDU im Kloster Schöntal die Schöntaler Erklärung beschlossen. Wenn man nachschaut, was darin steht, dann liest man den Aufruf, sich für eine verstärkte Beteiligung von Frauen in der CDU Baden-Württemberg einzusetzen. Drei Monate später, am 27. April, hat die CDU die Europaliste beschlossen, und unter den ersten zehn Kandidaten befand sich nur eine Frau.

(Zuruf von der SPD: Boah!)

Was verstehen Sie eigentlich unter „verstärkter Beteiligung“? Anspruch trifft Wirklichkeit, Herr Hauk.

(Beifall bei der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wo ist eine Polizeipräsidentin? Wo ist eine Ministerialdirektorin?)

Sie haben von der Bildungspolitik gesprochen. Schauen wir einmal, wie glaubwürdig die CDU in der Bildungspolitik dasteht. Die einen sagen G 9, die anderen sagen G 8. Einmal ist die Grundschulempfehlung verbindlich, dann soll sie wieder unverbindlich sein. Den Vogel hat gestern Herr Strobl abgeschlossen. Er hat – es dauerte allerdings nur wenige Stunden, bis er es selbst dementiert hat, sich von sich selbst distanziert hat – nämlich einen Paradigmenwechsel angekündigt:

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

sechsjährige Grundschule. Wo man hinschaut: Es gibt ein Durcheinander und überhaupt keine glaubwürdige Linie.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nun haben Sie noch den Nationalpark angesprochen. Das ist eine ganz tolle Nummer. Dazu haben Sie von hier aus erklärt, Sie wollten einen Bürgernationalpark schaffen. Ja wo ist der denn?

(Heiterkeit der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wo ist denn der Bürgernationalpark?

(Abg. Peter Hauk CDU: Der kommt noch! – Zuruf von der CDU: Ab 2016! So lange müssen Sie leider noch warten!)

Auch keine klare Linie.

Das ganz Tolle ist ja jetzt – jetzt kommen wir einmal zu dem Sponsoring –: Seit 2006 gibt es Regeln für das Sponsoring bei Landesveranstaltungen. Die haben Sie beschlossen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

Diese Regeln sind nach wie vor in Kraft.

(Abg. Peter Hauk CDU: Gott sei Dank gibt es sie!)

In diesen Regeln steht nicht, dass sich Unternehmen, die die Bundeswehr ausrüsten, die die NATO-Partner ausrüsten, nicht am Sponsoring beteiligen dürften.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dagegen haben wir doch gar nichts!)

Jetzt haben wir das. Jetzt haben wir uns an diese Regeln gehalten, jetzt ist es wieder ein Skandal.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Furchtbar!)

Wenn man etwas verändert, ist es ein Skandal, und wenn man etwas beibehält, ist es ein Skandal. Ich sage Ihnen: Es ist ganz richtig, dass in den Regeln nicht steht, dass man Unternehmen, die Waffen für die Bundeswehr und für die NATO-Partner produzieren, ausschließen müsste. Hätte denn Herr Friedrich Ihrer Meinung nach willkürlich handeln und sagen sollen: „Die kommen nicht infrage“? Was haben Sie denn eigentlich erwartet?

(Zuruf von der CDU)

Dass hinter diesem Vorgang wieder ein Skandal gewittert wird, liegt an Ihrer Oppositionspolitik.

Ich habe mir einmal die Titel der von Ihnen beantragten Aktuellen Debatten aus den letzten Monaten daraufhin angeschaut, wie Sie sich geäußert haben: „grün-rote Machtspiele“, „Not-Vergaben“, „letzter Zug nach Nirgendwo“,

(Zuruf von der CDU: Alles richtig!)

„ideologischer Bildungsplan“, „Schmid in Bedrängnis“, „Grüne sind sich nicht mehr grün“,

(Zuruf von der CDU: Ja, richtig!)

„Bildungschaos“, „ideologische Gängelung“.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wissen Sie, was Ihr Problem ist? Ihr Problem ist, dass Sie hinter jedem Busch eine Katastrophe sehen. Hinter jedem Busch lauert die Katastrophe,

(Zuruf: Wilhelm Busch!)

ein schwarzes Loch. Sie sind Oppositionsparteien der Finsternis. Rot und Grün sind die Parteien des Lichts.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und Sie sind der Erleuchtete!)

– Ja, ja. Irgendjemand hat ausgeplaudert, dass Sie sich gestern Nachmittag um 16:00 Uhr hämisch gefreut haben, als es

(Claus Schmiedel)

gegossen hat. Aber abends zum SPD-Fest hat die Sonne geschienen.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schuld war nur die SPD! – Zuruf von der CDU)

Ein Blick auf die Wirklichkeit in Baden-Württemberg zeigt, dass Sie mit Ihren Katastrophengemälden nicht landen können.

Ich empfehle Ihnen, einen Blick auf die Ergebnisse der Studie „Wirtschafts- und Sozialentwicklung 2013/2014 in Baden-Württemberg“ des Statistischen Landesamts zu werfen. Im Kapitel „Auf einen Blick“ – das ist leicht verständlich; es sind groß gedruckte Buchstaben – steht:

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, höchster Pro-Kopf-Ausfuhrwert der Flächenländer,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Trotz euch!)

stärkste Zunahme des industriellen Auslandsumsatzes,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das sind alles „Erblasten“!)

höchste Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in den Flächenländern, niedrigste Jugendarbeitslosigkeit,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Alles „Erblasten“!)

geringstes Insolvenzrisiko, größte Anzahl von Patenten, höchste Forschungsintensität.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da sieht man, wie stabil wir das gemacht haben!)

Und das im dritten Jahr nach der Regierungsübernahme von Grün-Rot. Mitnichten Katastrophe!

Besinnen Sie sich endlich darauf, dass Sie einmal praktikable, vernünftige Alternativvorschläge vorlegen, die man wirklich diskutieren kann. Diese Katastrophengemälde helfen nicht weiter, denn Baden-Württemberg steht im Licht und nicht im Schatten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In ganz Baden-Württemberg wurde bei der Rede meines Vorredners geschmunzelt. Schmiedel redet von den Mächten der Finsternis. Der „Darth Vader der Landespolitik“

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

redet von den Mächten der Finsternis, meine Damen und Herren. Das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Behauptung, Herr Kollege Schmiedel, der ganze Skandal sei ein Skandal der Opposition, ist schon bemerkenswert. Ich darf mit der freundlichen Genehmigung des Präsidenten zitieren; sämtliche Zitate kommen nicht von CDU und FDP/DVP, sondern von Grünen. Ich zitiere beispielsweise Herrn Rasmus Andresen, Mitglied im Parteirat der Grünen:

Das Sponsoring durch die Firma Diehl ist wenig geschmackvoll und passt nicht zu der Rüstungspolitik der Grünen, ...

Das sagt nicht die Opposition, sondern ein Grüner.

Oder – Kollege Hauk hat es schon erwähnt – die Landessprecherin der Grünen Jugend Baden-Württemberg:

Entweder übersieht die ... Landesregierung den Widerspruch zwischen grün-roten Grundwerten und der Rüstungsindustrie oder – noch schlimmer – es gibt in ihren Augen gar keinen Widerspruch.

Das sagt niemand von CDU und FDP/DVP, sondern eine Grüne.

Oder Frau Kottling-Uhl, bekanntermaßen auch kein Mitglied bei der CDU oder der FDP/DVP, sagte, die grüne Bundestagsfraktion trete dafür ein, Rüstungsexporte einzuschränken. Dazu passe das Engagement von Diehl für die Stallwächterparty überhaupt nicht. So sagt es Frau Kottling-Uhl, grüne Bundestagsabgeordnete.

Oder es heißt – auch das sagen nicht FDP/DVP oder CDU, sondern die „Stuttgarter Zeitung“ –:

So verliert man Glaubwürdigkeit und Wähler. Es verwundert nicht, dass der verheerende Befund mit dem Hinweis relativiert wird, Diehl sei auch in Fotovoltaik engagiert. Der Merksatz für die Grünen lautet: Steckt Solarenergie drin, ist das mit dem Töten nicht mehr so schlimm.

So die „Stuttgarter Zeitung“, meine Damen und Herren.

Es ist also nicht die Opposition, Herr Kollege Schmiedel, die diesen Skandal macht, sondern offensichtlich gibt es in den Medien und insbesondere in der Partei der Grünen selbst eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die einen Skandal sehen.

Jetzt muss man sich die Frage stellen: Woher kommt dieser Skandal? Er kommt nicht daher, dass die Sponsoringregeln falsch wären. Diese Sponsoringregeln sind in Ordnung. Auch wir haben uns an diese Sponsoringregeln gehalten. Der Unterschied ist nur der, dass die Grünen keine Gelegenheit auslassen, Unternehmen, die in der Rüstungswirtschaft tätig sind, zu diskreditieren, und deshalb einen Widerspruch darin erkennen, von diesen Unternehmen dann auch Geld anzunehmen. Das ist das Problem, und das sehen die Grünen ja offensichtlich selbst.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da hilft auch nicht, Herr Ministerpräsident, Ihre feinsinnige Unterscheidung, als Grüner darf man sozusagen das Geld nicht annehmen, aber wenn man grüner Ministerpräsident ist, dann kann man es annehmen,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

denn als grüner Ministerpräsident ist man ja eigentlich gar kein Grüner mehr.

(Heiterkeit der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

So ungefähr.

Das ist ähnlich feinsinnig wie Ihre Unterscheidung zwischen dem Gehörtwerden und dem Erhörtwerden. Sie machen eine Politik des Gehörtwerdens, solange die Leute das sagen, was Sie hören wollen, und wenn etwas anderes kommt, dann sagen Sie plötzlich: „Auf das Erhörtwerden hat man keinen Anspruch.“ Das ist die grüne Doppelmoral.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Doppelmoral!)

Das erleben wir häufig. Wenn Sie zum Parteitag der Grünen gehen, dann legen Sie die Krawatte ab, dann sind Sie einer von denen, aber als Ministerpräsident haben Sie dann die Krawatte plötzlich wieder um

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Eine schöne grüne Krawatte!)

und sagen, wenn es unangenehm wird: „Ich habe eigentlich mit der grünen Partei nichts zu tun.“ Herr Ministerpräsident, das ist das Problem.

Diese Doppelmoral haben wir im letzten Jahr auch erlebt, als es um die grüne Steuerpolitik gegangen ist. Da haben Sie zunächst einmal in Interviews erklärt, Trittins Vorschläge zur Steuererhöhung seien mittelstandsfeindlich. Dann kam der Grünen-Parteitag, da waren Sie so groß mit Hut und haben mitgestimmt. Anschließend sind Sie zum Mittelstand gegangen und haben erklärt, das wäre schlecht. Dann hat man eine Weile nichts gehört, und nach der Bundestagswahl waren Sie plötzlich schon immer dagegen. Das ist Doppelmoral, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir erleben das in vielen Bereichen der Landespolitik. Herr Kollege Hauk hat den Haushalt schon angesprochen. Als Oppositionspolitiker haben Sie immer gefordert, die Schuldenbremse müsse möglichst rasch in die Landesverfassung. Im vergangenen Jahr haben Sie, als wir dafür 2016 vorgeschlagen haben, dies mit der Begründung abgelehnt, dass Sie dies erst 2020 schaffen. Jetzt hat Ihr Finanzminister erklärt: Wir schaffen das auch bis 2016 und auch nach 2016 – das war Ihre Bedingung, Herr Ministerpräsident.

Jetzt werden Sie die Gelegenheit erhalten, sich erneut mit diesem Gesetzentwurf – Nullneverschuldung ab 2016, Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung – auseinanderzusetzen. Entweder Sie stimmen zu. Dann meinen Sie es ernst. Oder Sie haben vor, nach einer eventuell gewonnenen Landtagswahl wieder neue Schulden zu machen. Dann lehnen Sie es ab. Sie werden Gelegenheit bekommen, deutlich zu machen, ob wir auch hier wieder mit Ihrer Doppelmoral zu rechnen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nationalpark und Bürgerbeteiligung: Doppelmoral.

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Herr Minister Bonde erklärt, der Nationalpark komme nur, wenn die Leute vor Ort dafür seien. Dann haben die Leute vor Ort sich eindeutig gegen den Nationalpark entschieden.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nein, haben sie nicht!)

Was war Ihr Beschluss? „Wir machen es trotzdem.“ Das ist grüne Doppelmoral, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Praktika im Bereich der Landesregierung: Wortreich werden Mindestlöhne gefordert. Zu Tränen gerührt sind die Menschen, wenn sie Ihre Reden über Ausbeutung und davon, dass man von seiner Hände Arbeit auch leben können muss, hören. Was macht das Kultusministerium? Man beutet über Monate Praktikanten aus, die unentgeltlich arbeiten müssen.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Als es dann kurz vor einer Wahl herauskommt, wird schnell gegengesteuert. Das ist Doppelmoral, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir stellen dies in dieser Regierung an allen Ecken und Enden fest. Deshalb war diese Aktuelle Debatte und war dieses Thema in den letzten Tagen durchaus hilfreich. Denn die Menschen in Baden-Württemberg kommen Ihrer Doppelmoral zunehmend auf die Spur.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Friedrich das Wort.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahr 2013 kam die Firma Diehl Stiftung & Co. KG auf die Landesvertretung Baden-Württembergs in Berlin zu mit dem Angebot, sich durch Sponsoring an der Stallwächterparty zu beteiligen. Wir haben dieses Angebot nach den Regularien des Landes, die dafür vorgesehen sind, nach der Sponsoringanordnung, geprüft, die Folgendes vorsieht – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Folgende Kriterien sind bei Sponsoring und Werbung in der öffentlichen Verwaltung zu berücksichtigen:

- *Wahrung der Integrität und des Ansehens der öffentlichen Verwaltung,*
- *Vermeidung eines bösen Anscheins fremder Einflussnahme bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben*

und im Weiteren

- *vollständige Transparenz bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben ...*

(Minister Peter Friedrich)

Wir haben das Angebot nach diesen Kriterien geprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass das Sponsoring statthaft ist. Daraufhin haben wir den Sponsoringvertrag geschlossen.

Meine Damen und Herren, die Stallwächterparty ist in 50 Jahren zum wichtigsten Schaufenster des Landes in der Bundeshauptstadt geworden. Sie zeigt die Breite und Vielfalt des Landes aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Wir sind auf diese Veranstaltung, die eine 50-jährige Tradition hat, sehr stolz.

Dies ist eine Veranstaltung der Landesregierung. Es ist keine Party der Grünen, kein rot-grünes Fest oder sonst etwas. Es ist eine Veranstaltung der Landesregierung. Deswegen sind für Sponsoringentscheidungen nicht innerparteiliche Diskussionen oder Wünsche aus Parteien maßgeblich,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

sondern die Regularien des Landes.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Nach diesen habe ich entschieden. Es mag Ihrem Regierungsverständnis entsprechen, dass oberste Landesbehörden ausführende Organe von Regierungsparteien sind. Bei uns ist das definitiv nicht so.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben uns minutiös an die Regularien des Landes gehalten. Sie haben selbst erklärt, dass das Sponsoring danach auch in Ordnung ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Deswegen dürfen Sie, wie ich finde, von den Grünen keine Verantwortung für etwas einfordern, wofür sie schlicht und ergreifend keine Verantwortung tragen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist öfter so, dass sie keine tragen!)

In der Landesvertretung Baden-Württembergs in Berlin entscheiden nicht die Grünen, dort entscheiden auch nicht andere Parteien, sondern dort entscheide ich in meiner Verantwortung als Minister, und ich stehe dafür auch in der Verantwortung gegenüber den Fraktionen, dem Parlament und der gesamten Landesregierung. Ich entscheide dort und nicht die Grünen oder andere Parteien.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Deswegen gehen auch die Vorwürfe an die Grünen fehl.

Ich habe unmittelbar nach meinem Amtsantritt entschieden, dass alle Verträge mit Sponsoren so umgearbeitet werden, dass wir die Möglichkeit haben, die Öffentlichkeit über Art, Höhe und den Betrag vollständig zu informieren. Das war bis dato nicht so,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

obwohl die Anordnung des Landes Transparenz über die Einnahmen vorgesehen hat.

2012, 2013 und 2014 haben wir vollständig veröffentlicht, wer mit welchem Betrag und welcher Leistung die Stallwächterparty unterstützt. Mit dieser Veröffentlichung wurde zum ersten Mal die Transparenz gewährleistet, die sicherstellt – wie es auch in der Anordnung heißt –, dass jeglicher böser Anschein einer Einflussnahme vermieden wird. Deswegen haben wir unsere Grundwerte, nämlich die Herstellung völliger Transparenz, seit 2012 vollständig umgesetzt.

Ich freue mich, dass die gesamte Landesverwaltung mit dem Sponsoringbericht ab 2015 nun das macht, was wir in Berlin bereits seit 2012 machen. Das habe ich durch meine Entscheidung geändert, sodass wir vollständige Transparenz haben. Das ist, glaube ich, auch ganz gut so.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Übrigens ist es beim Thema Rüstung besonders absurd, eine Beeinflussung zu vermuten, da die Bundesländer in keiner Weise für Entscheidungen über Ausrüstung, Beschaffung oder Exportgenehmigungen zuständig sind. Hier gibt es schlicht und ergreifend keinen Interessenkonflikt.

Herr Hauk, ich habe nicht alles verstanden, was Sie hinsichtlich einer angeblichen Doppelmoral behauptet haben. Nach Ihrer Rede habe ich aber sehr gut verstanden, warum Sie sich nicht um die Spitzenkandidatur bewerben.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Offensichtlich gibt es erhebliche Defizite in der Realitätswahrnehmung. Gerade im Hinblick auf den Umgang mit militärischen Fragen überdrehen Sie Ansprüche und schieben sie dann den Grünen unter. Ich frage mich: Haben Sie eigentlich geschlafen, als eine rot-grüne Bundesregierung damals die ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr verantwortet hat?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja gerade der Widerspruch!)

Haben Sie damals geschlafen? Haben Sie eigentlich gar nicht mitbekommen, dass die Regierung Schröder/Fischer wegen Auslandseinsätzen damals im Bundestag die Vertrauensfrage gestellt hat – etwas, dem sich die Union damals verweigert hat?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine Doppelmoral!)

Sie sollten froh und dankbar über das kritische und verantwortungsbewusste Verhältnis von SPD und Grünen zu militärischen Fragen sein, weil es die Bundesrepublik vor außenpolitischer Verantwortungslosigkeit genauso bewahrt hat wie vor militärischen Abenteuern, in die Sie sich damals beim Irak gestürzt hätten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pröfrock?

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Gern.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Minister, nachdem Sie die Grünen jetzt zu den größten Befürwortern der Bundeswehr erklärt haben, frage ich Sie, wie Sie sich erklären, dass aus den Reihen der Grünen immer wieder die Forderung erhoben wird, Jugendoffiziere aus den Schulen in Baden-Württemberg zu verbannen,

(Zuruf von den Grünen: Das stimmt doch gar nicht!
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

und warum nun die Landesregierung angekündigt hat, dass Bundeswehrvertreter nur gleichberechtigt mit Friedensorganisationen – wer auch immer das sein mag – an die Schulen kommen dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erneut Doppelmoral!)

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Auch da gilt: Das ist eine Forderung, über die bei den Grünen diskutiert wird. Wir haben dazu eine Entscheidung getroffen, die Sie auch kennen. Deswegen gibt es auch hier keine Doppelmoral. Es ist vielmehr nach wie vor so, dass die Bundeswehr als Parlamentsarmee in der demokratischen Verantwortung weiterhin auch in den Schulen informieren darf. Ich sehe hier überhaupt keinen Widerspruch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Allein schon die Gleichsetzung!)

Das Sponsoring – auch das der Firma Diehl – widerspricht weder den Wertmaßstäben noch unserem Ziel, Rüstungsexporte zu verringern. Denn die Firma Diehl hat sich genau auf diesen Weg gemacht. Sie hat ihren zivilen Bereich und den Bereich der Spitzentechnik ausgebaut und den militärischen Anteil weiter reduziert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist jetzt gut, oder wie?)

Ich finde, das muss man schon zur Kenntnis nehmen. Deshalb sollte man keinen Widerspruch da konstruieren, wo er nicht hingehört.

Ich halte diese Debatte, wie sie jetzt insgesamt geführt wurde, für unangemessen und schädlich. Ich finde sie unangemessen, weil es keinen Skandal gibt. Es gibt auch keine Doppelmoral, auch wenn Sie das behaupten mögen. Ich halte sie aber auch deswegen für schädlich, weil Sie mit der Instrumentalisierung dieses Vorgangs auch Schaden für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg in Kauf nehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie sind so wild entschlossen, mit allem Möglichen und Unmöglichem diese Landesregierung zu diskreditieren, dass Sie wichtige Unternehmen und Technologieträger im Land dabei fahrlässig vor den Kopf stoßen. Wenn Sie hier moralische Ansprüche definieren, dass diese Landesregierung und Vertreter, egal, aus welchen Parteien sie kommen, überhaupt nichts mehr mit Unternehmen zu tun haben dürften, die „legale“ Militärgüter produzieren oder zuliefern, dann würde keiner von uns – auch Sie nicht, Herr Hauk – überhaupt noch zur Stallwächterparty kommen. Sie dürften in kein Flugzeug steigen, Sie dürften in kein Auto steigen und dürften noch nicht einmal mit dem Zug nach Berlin fahren. Wenn Sie Pech haben, müssen

Sie sogar barfuß hinlaufen, weil der Schuster Ihres Vertrauens vielleicht auch Sohlen für Bundeswehrstiefel herstellt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie sehen die Probleme nicht!)

Deswegen: Wenn Sie diese Debatte weiter führen und instrumentalisieren, dann wenden Sie sich gegen Unternehmen, die das Land in Berlin mitrepräsentiert haben, repräsentieren und die Landesregierung dabei unterstützen, Unternehmen aus den Bereichen Fahrzeugbau, Mobilität, Maschinenbau, Energieversorgung, Informations- und Kommunikationstechnologie. Alle diese Unternehmen haben uns unterstützt. Deswegen gehen aus meiner Sicht die Vorwürfe einer Doppelmoral absolut fehl.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sagen Sie der Grünen Jugend! Das ist richtig!)

Ich weiß nicht genau, wohin Ihr groß verkündeter Wertekompass inzwischen geraten ist. Doch an einen Satz erinnere ich mich, der wahrscheinlich auch für Sie gilt:

Du sollst kein falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten.

Insofern: Berücksichtigen Sie das in Zukunft auch bei der Debatte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, mit den Aussagen der Regierungskoalition, aber auch mit denen von Ihnen, Herr Minister Friedrich, haben Sie sich ein Stück weit selbst entlarvt. Wir kritisieren nicht das Verhalten der Landesregierung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was denn dann?)

Ich habe vorhin ausdrücklich gesagt: Das entspricht den Richtlinien, die sich die alte Landesregierung gegeben hat. Ich finde es höchst ehrenwert, dass Sie sich darauf berufen und dass Sie sich auf dem Boden befinden, den sie sich selbst gegeben hat. Wir kritisieren jedoch die eigenen Ansprüche, die Sie für sich formuliert haben, in diesem Fall vor allem seitens der Grünen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist denn Ihr Problem?)

Wir sind doch nicht diejenigen, die die Rüstungsindustrie verdammen und als schlecht diskreditieren. Wir sind doch nicht diejenigen, die Kriegseinsätze, Bundeswehreinätze diskreditieren, sondern es sind doch stets und speziell die Grünen, die hinter jede Frage von Heckler & Koch, von Blaser oder von Mauser in Baden-Württemberg immer große Fragezeichen setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was uns beschäftigt, ist, dass Sie Ihre eigenen Ansprüche und die Ansprüche Ihrer eigenen Anhänger nicht befriedigen und darüber hinaus in vielen Fällen – Kollege Rülke hat einiges gesagt; ich

(Peter Hauk)

habe einiges ausgeführt – auch die Ansprüche, die die Menschen an Sie stellen, nicht erfüllen. Ich könnte ein paar weitere Beispiele zum Thema Doppelmoral nennen.

Beim Thema „Innere Sicherheit“ ist diese Landesregierung mit der Aussage angetreten, es werde alles besser;

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: War auch so!)

die Polizei gehe mehr auf die Straße. Das war der Anspruch. Wahr ist: Den Anspruch haben Sie in der Tat erfüllt. Die Polizei ist häufiger auf der Straße, aber weniger bei den Menschen. Sie ist zwar häufiger auf der Straße, aber nicht bei der Arbeit. Das ist doch wahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Anspruch und Wirklichkeit.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie reden am Thema vorbei!)

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Wirklichkeit ist, dass die Zahl der Einbruchdiebstähle in Baden-Württemberg letztes Jahr um 30 % und bis dato, bis Mitte dieses Jahres, um 20 % zugenommen hat. Ist das die Gewährleistung innerer Sicherheit, ist es das, was Sie im Zusammenhang mit der Polizeireform versprochen haben, dass nämlich alles besser werde? Das Gegenteil dessen ist der Fall.

Anspruch und Wirklichkeit im Bereich der Energiewende: Nicht, dass wir für 1 000 Windräder wären. Das war Ihr Postulat. Das eigene Postulat haben Sie jedoch bisher noch nicht erfüllt. Nicht einmal 50 Windräder sind in den drei Jahren neu entstanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es Gestaltung der Energiewende, sich erstens nur auf den Bau von Produktionsanlagen und Windrädern zu konzentrieren, zweitens diese Zielsetzung nicht einmal annähernd einzuhalten und drittens alle anderen Bereiche zu vernachlässigen? Anspruch und Wirklichkeit. Das ist Doppelmoral. Sie gaukeln den Menschen vor, dass die Energiewende bei den Grünen in guter Hand sei,

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: So ist es halt!)

dass Verlässlichkeit der Stromversorgung, Bezahlbarkeit der Preise und Produktion miteinander in Einklang stünden, die Netzspannungen stimmten und dergleichen mehr. Doch Sie kommen dabei nicht zum Ende.

Anspruch und Wirklichkeit in der Frage „Kunst und Kultur“: Im Koalitionsvertrag schreiben Sie von Zukunftspakten. Tatsache ist: Sie gehen wie der Rasenmäher, im Prinzip wie der Berserker vor.

Ein aktuelles Beispiel aus dem letzten Jahr sind die Musikhochschulen. Ohne Vorwarnung, ohne Bürgerdialog, ohne die Menschen zu fragen, gehen Sie raus und machen in Trossingen und Mannheim einen Kahlschlag

(Zuruf von der SPD: Ha, ha, ha!)

und versuchen jetzt in einem einjährigen Prozess – bislang ohne Abschluss – wieder die Reparatur.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Hauk, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Peter Hauk CDU: Ist das Dialog? Anspruch und Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das kommt davon, wenn Gutmenschen regieren, Menschen, die es gut meinen, aber am Ende nur ihre eigene Meinung gelten lassen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Er soll mal zum Thema kommen!)

Was Sie betreiben, ist eine Bevormundungspolitik, ist ein Regieren von oben herab. Ich glaube, diese Debatte dient auch dazu, dies den Menschen in Baden-Württemberg transparent zu machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hauk, wie Sie von dem Vorgang, dass diese Landesregierung erst die guten rechtlichen Grundlagen für Windkraftanlagen schaffen musste, die Sie zuvor verhindert haben, und dem normalen Ablauf bei der Erteilung von Baugenehmigungen für Windkraftanlagen, was seine Zeit dauert, auf Doppelmoral kommen, das bleibt wirklich das Geheimnis Ihrer nicht vorhandenen Logik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wann es gewesen sein soll, dass alle Grünen gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gewesen seien, ist mir auch nicht schlüssig geworden. Ich war junge Ehrenamtlerin in Tübingen. Wir haben über den Kosovo-Einsatz und den Afghanistan-Einsatz diskutiert. Ich habe eine Veranstaltung zur Frage des Bundeswehreinsetzes in Mazedonien organisiert. Sie erinnern sich wahrscheinlich gar nicht mehr daran, dass das einmal ein Thema war.

Ich habe von der CDU dazu keinen Pieps gehört. Sie haben sich nur weggeduckt, sie haben diese Diskussion nicht geführt. Wir haben sie geführt, und wir haben sie entschieden. Es war unser Beitrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Gesellschaft draußen, die sich auch mit Krieg und Frieden beschäftigt – das hat die Deutschen umgetrieben –, die gibt es gar nicht? Gibt es nur Ihre Partei? Ist es nicht auch eine Aufgabe von Parteien, gesellschaftliche Diskussionen zu führen und sie für Bürgerinnen und Bürger zu öffnen? Diese Aufgabe haben Parteien, und die haben wir vollzogen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Rülke hat vorhin gesagt, die Grünen würden den Unternehmen Vorwürfe machen. Das ist nicht richtig. Die Grünen kritisieren politisches Handeln. Es geht um politische Entscheidungen derjenigen, die ein Amt haben.

Da geht es z. B. um Herrn Exminister Dirk Niebel, der jetzt Mitglied im Vorstand von Rheinmetall wird. Das Problem an diesen beiden Parteien, die sich da finden, ist nicht Rheinmetall, sondern ist Dirk Niebel. Es ist Dirk Niebel, der als Mi-

(Andrea Lindlohr)

nister für wirtschaftliche Zusammenarbeit geheimes Amtswissen erworben hat,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wie Joschka Fischer! – Abg. Volker Schebesta CDU: So wie Gerhard Schröder!)

und Mitglied im Bundessicherheitsrat war. Der Bundessicherheitsrat genehmigt die Exporte von Waffen und in diesem Fall auch Exporte von Rheinmetall.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da gab es mal einen Kanzler!)

Bei Mitgliedern Ihrer Partei, die aus dem Amt ausgeschieden sind, ist nicht das Feingefühl vorhanden, zu sagen: Mit dem Amtswissen, das ich im Bundessicherheitsrat erworben habe, ist es für mich eigentlich nicht gegeben, dass ich mich danach in der Rüstungsindustrie engagiere. Man sollte wirklich einsehen, dass das der Fehler ist. Der Fehler ist Dirk Niebel und nicht das Unternehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das sehen Schröder und Gazprom völlig anders!)

Dieses Verhalten schafft das Misstrauen, das Bürgerinnen und Bürger dann auch umtreibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier wieder einmal ein ganzes Sammelsurium von Vorwürfen gehört. Wir konnten nicht immer, nicht in jedem Fall erkennen, wo der Punkt ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es waren doch eure eigenen Leute! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie treibt weiterhin um, dass diese Landesregierung ein hohes Ansehen in der Bevölkerung hat. Sie kennen die neueste Umfrage des SWR, nach der 58 % der Bevölkerung mit der Landesregierung sehr zufrieden sind. Wir bauen weiter darauf auf, Sie kämpfen sich daran ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt haben wir in der zweiten Runde als einzigen Beleg für eine angebliche Doppelmoral Zitate einzelner Mitglieder der grünen Partei gehört.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

In unserer Gesellschaft gibt es Menschen, die sich von einer pazifistischen Grundeinstellung leiten lassen und deren Ziel eine Welt ohne Waffen ist. Deshalb ist die Herstellung von Waffen aus deren Blickwinkel nicht moralisch. Diese Menschen gibt es bei den Grünen, die gibt es in der SPD, und – da bin ich mir sicher – die gibt es auch in der CDU.

Dies zum Maßstab für eine angebliche Doppelmoral der Regierung zu machen, das ist völlig absurd, abstrus, konstruiert, hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Wo kämen wir denn

hin, wenn jede Entscheidung, die von einer Regierung getroffen wird, im Hinblick auf Doppelmoral daran gemessen wird, ob es Stimmen von Mitgliedern einer Regierungspartei gibt, die das anders sehen?

Wo wären wir denn dann beim Thema Stuttgart 21? Es ist in Ihren Augen doch klasse, wie sich die SPD im Landtag verhalten hat, obwohl ein beträchtlicher Teil der Mitglieder unserer Partei strikt dagegen ist. Da war von Doppelmoral keine Rede. Sie konstruieren die Dinge so, dass es wirklich abstrus ist, und dann verknüpfen Sie ein Sammelsurium von Themen ohne jegliche Substanz, und das geht immer nach derselben Leier.

(Zuruf von der SPD: Wie so oft!)

Die Aufgabe einer Opposition – wir kennen dies aus langer Erfahrung –

(Abg. Peter Hauk CDU: Das kommt schon wieder, keine Sorge!)

ist es erstens, praktikable Alternativen zu präsentieren, über die man sich sachlich auseinandersetzen kann.

(Minister Franz Untersteller zur CDU: Drei lange Jahre haben Sie das versäumt! – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Das haben Sie in ganz seltenen Fällen getan.

Zweitens geht es darum, die Regierung dann zu kritisieren, wenn sie Fehler macht. Jetzt üben Sie Kritik im Rahmen einer Aktuellen Debatte, obwohl sich die Landesregierung an Regeln und Normen hält, die Sie selbst aufgestellt haben.

Jetzt muss ich noch einmal das unterstreichen, was Herr Minister Friedrich gesagt hat: Wenn ich Daimler wäre, dann würde ich mir angesichts dieser Debatte wirklich überlegen, ob ich noch einmal eine Veranstaltung oder ein Projekt dieser Landesregierung sponsere.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Davon können Sie ausgehen, Herr Kollege!)

Sie fahren lauter Schmutzkampagnen. Sie malen Katastrophen und Skandale an die Wand und riskieren damit, dass auch Daimler mit hineingezogen wird.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Sie schaden den Interessen des Landes mit Ihrem billigen parteipolitischen Gezeter.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist es, was Sie tun.

Deshalb kann ich nur sagen: Nehmen Sie als Opposition eine andere Haltung ein.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir diskutieren doch nur das, was in der Zeitung stand!)

Es hilft dem Ansehen des Landtags nicht, wenn wir uns nun eine geschlagene Stunde lang mit Scheinthemen, Scheinproblemen, mit einem nicht vorhandenen Skandal beschäftigen und wenn Sie uns damit hier vorführen wollen. Die Regierung

(Claus Schmiedel)

hat richtig gehandelt; alles andere wäre falsch gewesen. Deshalb stehen wir zu dieser Entscheidung der Regierung.

Sie vergessen permanent den Unterschied zwischen der Herstellung von Waffen und dem Waffenexport. Die Herstellung von Waffen – für die Bundeswehr oder für NATO-Truppen – ist das eine; der Export von Waffen ist etwas anderes. Solange sich ein Unternehmen an die Exportrichtlinien hält, gibt es nichts einzuwenden. Es gibt allerdings auch Waffenfirmen – Sie haben vorhin eine genannt –, die im Verdacht stehen, sich nicht an diese Richtlinien gehalten zu haben. Eine solche Firma würde nach den Regeln des Sponsorings natürlich auch nicht zugelassen werden. Hier liegt ein Unterschied. Dies ist dann sachlich begründet. Wenn eine Regierung an dieser Stelle falsch gehandelt hätte, wäre es sinnvoll, sie zu kritisieren. Sie hat aber nicht falsch gehandelt. Deshalb hat sich das Thema einfach erledigt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht – Drucksache 15/5443

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/5504

Berichterstatter: Abg. Bernd Hitzler

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, in der Zweiten Beratung auf eine Aussprache zu verzichten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5443. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/5504. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Artikel 1 – Änderung der Heilverfahrensordnung Baden-Württemberg – bis Artikel 17 – Inkrafttreten, Übergangsvorschrift zur Änderung des Wassergesetzes – gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

Wer den Artikeln 1 bis 17 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den Artikeln 1 bis 17 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 23. Juli 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Mittagspause eintreten, noch zwei wichtige Hinweise.

(Unruhe – Zuruf von der SPD: Es ist erst Viertel vor zwölf!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wurde im Präsidium von Ihnen selbst so beschlossen: Nach Tagesordnungspunkt 3, zu dem ursprünglich eine Aussprache vorgesehen war, sollte die Mittagspause folgen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass während der Mittagspause die Veranstaltung zum Jubiläum des Gestüts Marbach stattfindet.

(Zurufe: Wir können Punkt 5 vorziehen!)

– Gut, dann ziehen wir Punkt 5 der Tagesordnung vor. Punkt 4 der Tagesordnung können wir nicht vorziehen, weil eine Regierungsbefragung immer im Anschluss an die Mittagspause stattfinden soll.

Ich rufe also nun **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht – Drucksache 15/5445

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/5486

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhard Löffler

Ich hoffe, dass die Redner hierzu anwesend sind.

(Zurufe: Keine Aussprache!)

– Ich weiß es doch. Das war ein Scherz.

(Heiterkeit – Unruhe)

– Meine Güte! Also gut. Wir werden keine Scherze mehr machen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben sich auch hier darauf verständigt, in der Zweiten Beratung auf eine Aussprache zu verzichten.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5445. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5486. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Architektengesetzes

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Ingenieurgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ebenfalls einstimmig angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 23. Juli 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Marbach vorziehen!)

Die Frage ist nun, ob wir Punkt 6 der Tagesordnung – Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach – ebenfalls noch vorziehen sollen. Ich meine aber, das wäre nicht gut. Die antragstellende Fraktion sieht das auch so. Es ist ja auch wichtig, dass die jeweiligen Redner anwesend sind.

Ich schlage daher vor, dass wir die Veranstaltung zum Jubiläum des Gestüts Marbach nun von 12:30 Uhr auf 12:15 Uhr vorverlegen.

Zudem habe ich noch eine wichtige Mitteilung: Die Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG treffen sich zu Beginn der Mittagspause der Plenarsitzung zu einer Sitzung im Sicherheitsraum. Dieser befindet sich, wie Ihnen allen sicherlich bekannt ist, im Tunnel zum Haus der Abgeordneten.

Um 12:15 Uhr wird also die Veranstaltung anlässlich des 500-Jahr-Jubiläums des baden-württembergischen Haupt- und Landgestüts Marbach stattfinden. Die Leistungen des Gestüts sollen mit dieser Veranstaltung gewürdigt werden, zugleich soll das lebensgroße Kunstwerk des Marbacher Champions „Lemberger“, das vor Kurzem im Kunstgebäude in den Räum-

lichkeiten des Landtags angebracht wurde, offiziell vorgestellt werden.

Ich lade Sie hierzu sowie zum anschließenden Stehempfang noch einmal herzlich ein.

Wir setzen unsere Sitzung nach der Mittagspause um 13:15 Uhr fort. Ich wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause. Schauen Sie sich den „Lemberger“ an. Sie können dazu wahrscheinlich auch einen Lemberger trinken.

(Unterbrechung der Sitzung: 11:49 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:16 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wir setzen die unterbrochene Plenarsitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema hat die Fraktion der FDP/DVP angemeldet.

Gewalt auf Sportplätzen

Ich darf Herrn Abg. Professor Dr. Goll ans Rednerpult bitten.

(Abg. Georg Wacker CDU: Wie soll da die FDP/DVP klatschen? – Minister Rainer Stickelberger: Das zuständige Regierungsmitglied ist noch nicht da!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche jetzt einmal ganz langsam; denn es könnte ja sein, dass der Innenminister, der noch gar nicht da ist, etwas zu diesem Thema sagen möchte. Ansonsten kann natürlich auch der allzuständige Justizminister das erledigen oder gar die Vertreterin des Olymps auf dem Reitzenstein, die gerade eintrifft.

(Minister Rainer Stickelberger: Ich bin zwar sportlich, aber nicht Sportminister! – Minister Reinhold Gall begibt sich zu seinem Platz.)

– Jetzt können wir loslegen.

Wir erleben ja eine sehr euphorische Zeit. Da freut sich jeder mit – ich natürlich auch. Die Fußballweltmeisterschaft war ein fantastischer Erfolg und ein Ereignis mit großer Ausstrahlung, sicher auch mit Ausstrahlung auf den Nachwuchs. Das ist die eine Seite. Daran gibt es gar nichts herumzumäkeln oder mieszumachen.

Aber man kann nicht übersehen, dass wir auf der anderen Seite des Spektrums ein völlig anderes Phänomen haben, das zunehmend Sorge macht. Am 11. Mai gab es die Ereignisse beim SV Slaven Möhringen, bei denen ein Schiedsrichter auf dem Feld attackiert wurde. Diese Fälle häufen sich, gerade auch bei uns im Land, wo es auf den Spielfeldern in den niedrigen, nicht professionellen Ligen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt.

Das ist in vielerlei Hinsicht bedenklich. Ich glaube, wir sollten die Gelegenheit ergreifen, die Landesregierung hierzu zu befragen, und zwar – dies sage ich ausdrücklich – in einer

(Dr. Ulrich Goll)

konstruktiven Form: Haben Sie das Problem auf dem Schirm? Wie gehen Sie dagegen vor? Haben Sie schon etwas getan? Werden Sie etwas tun? Es gibt sicherlich noch weitere Fragen. Denn die Folgen des Geschehens für den Nachwuchs und überhaupt für die Beteiligten in dem – im wahrsten Sinn des Wortes – Spiel können eigentlich nur verhängnisvoll sein.

Deswegen die Frage an die Landesregierung: Haben Sie dieses Problem schon auf dem Schirm, und was wird unternommen?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Für die Landesregierung darf ich Herrn Innenminister Gall ans Rednerpult bitten.

Innenminister Reinhold Gall: Werte Frau Präsidentin, wer te Kolleginnen und wer te Kollegen! Ich darf mich entschuldigen, dass ich ein bisschen später hier eingetroffen bin. Wir hatten eine Sitzung des G-10-Gremiums und müssen für die Sitzungen ja derzeit ziemlich weite Wege zurücklegen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir auch!)

Herr Professor Goll, Sie haben ein Thema angesprochen, das in der Tat auch uns durchaus Sorge macht. Mit „uns“ meine ich nicht nur diejenigen, die in der Politik Verantwortung tragen, sondern ich denke, das Thema sollte uns weit über den Themenkreis Politik und über die Verantwortlichkeit der Politik und der Sicherheitskräfte hinaus beschäftigen. Ich jedenfalls habe den Eindruck, das geschieht zwischenzeitlich auch.

Fußball gehört zur Gesellschaft, erfreulicherweise auch in Baden-Württemberg. Wir haben, was die großen Fußballmannschaften anlangt, einerseits die erfreuliche Entwicklung, dass wir in der kommenden Saison mit noch mehr Mannschaften in den oberen Ligen vertreten sind. Das geht aber einher mit den Problematiken, die uns durchaus bekannt sind. Das betrifft das Umfeld „Gewalt beim Fußball“, insbesondere auf den Anreise- und Abreisewegen – weniger im Stadion, aber das kommt auch nicht von ungefähr. Direkt im Stadion spielt sich Gewalt überwiegend – deshalb bin ich durchaus dankbar für diese Frage und die Feststellung – auf dem Sportplatz ab und nicht überwiegend auf den Rängen. Auf den Rängen findet Gewalt jedenfalls nicht in dem Maß statt, dass uns dies ernsthaft Sorge machen sollte, einmal abgesehen von dem Abbrennen von Pyrotechnik, was uns nach wie vor tatsächlich beschäftigt.

Aber gerade in unserem Bundesland gibt es inzwischen ein gutes Miteinander zwischen denen, die sicherheitspolitische Verantwortung tragen, den Sicherheitskräften vor Ort, den Ordnungsbehörden, der Polizei und den Verantwortlichen in den Fußballverbänden in Baden und in Württemberg, den Ligaverantwortlichen und auch den Vereinen. Unterschiede gibt es noch, wo es mehr oder weniger gut funktioniert, aber diese bewegen sich im Nuancenbereich. Es funktioniert auch besser als in anderen Bundesländern.

Deshalb sind wir, was die Auflagen anlangt, die wir miteinander vereinbaren – da rede ich jetzt nicht nur von der ersten und der zweiten Bundesliga, sondern das betrifft alle Ligen bis zur vierten Liga –, eigentlich ganz gut unterwegs. Auch die Deutsche Fußball Liga und der Deutsche Fußball-Bund werden sich zunehmend ihrer Verantwortung bewusst. Sie führen auch entsprechende Fanprävention und Fanprojekte durch. Es gibt

dazu auch Vereinbarungen zwischen den Ländern, den Ligaverereinen und dem Deutschen Fußball-Bund. Was die finanzielle Beteiligung anlangt, funktioniert es.

Was mir aber am Herzen liegt, ist Folgendes: Ich denke, wir sind gut beraten, die ganzen Fanprojekte auch einmal einer Evaluation zu unterziehen: Ist die Wirkung eigentlich so, wie wir sie uns erwarten? Kommen sie dem Auftrag, den wir damit verbinden, nach? Das muss man sich, denke ich, in absehbarer Zeit sehr sorgfältig anschauen.

Ihr Thema betrifft aber im Wesentlichen die Gewalt auf Fußballplätzen. Deshalb habe ich auch von einer Gesamtverantwortung gesprochen. Ich glaube schon, dass sich insbesondere die Akteure, die als Vorbilder in der Gesellschaft und gerade im Sport taugen sollten, dieser Rolle noch mehr bewusst werden müssen. Es gibt wohl einige, die dieser Vorbildrolle nachkommen. Aber man muss sich die Gesamtentwicklung anschauen.

Die Fußballweltmeisterschaft ist für uns sehr erfolgreich verlaufen. Aber auch dort waren Spielszenen zu erkennen, die nicht als Vorbild taugen, die nicht einmal im Ansatz als Vorbild für die junge Generation taugen. Ich fürchte, das wird irgendwann auf den Sportplätzen in den Kreisligen, bei den Jugendmannschaften entsprechend ankommen. Ein Beispiel haben Sie genannt.

Da kann die Politik, glaube ich, nicht sehr viel tun. Was wir gemacht haben und auch in der Zukunft machen werden, ist, zu versuchen, diejenigen, die für die Spielbetriebe verantwortlich sind, die Vereine selbst insofern in die Pflicht zu nehmen, als wir ihnen deutlich sagen, wer da nach unserer Auffassung Verantwortung trägt.

Sie haben einen Fall in Stuttgart genannt, bei dem ein Schiedsrichter regelrecht verprügelt wurde. Dabei hat es sich nicht nur um eine Kurzschlussreaktion gehandelt. Es wurde ja sogar eine entsprechende Freiheitsstrafe mit Bewährung verhängt.

Was nicht geht, ist – das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen –, dass die betroffenen Spieler nur mit einer zwei- bis sechsmonatigen Spielsperre bestraft werden. Der Haupttäter hat zwar eine 24-monatige Spielsperre erhalten, aber das reicht nicht, finde ich. Dort muss – das erwarte ich von den Vereinen bzw. den Verantwortlichen – konsequenter agiert werden. Wer einen Schiedsrichter verprügelt, der hat – nach meinem Dafürhalten jedenfalls – auf Sportplätzen nichts mehr verloren, weder nach drei Monaten noch nach sechs Monaten, noch nach zwölf Monaten. Ein solches Fehlverhalten ist im Sport nicht akzeptabel, gerade angesichts dessen, dass Fair Play im Vordergrund stehen sollte. Das will ich deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Paul Locherer CDU: Klare Ansage!)

Die Fußballverbände in Baden und in Württemberg sind da, denke ich, ein gutes Stück weiter, als dies vor Jahren der Fall gewesen ist. Beispielsweise haben sie die Platzordnungen, die Platzaufsichtsregelungen in der Spielordnung entsprechend verändert, und zwar in dem Sinn, dass beispielsweise auch die Ligaverereine bis zu den Mannschaften in der Kreisliga B sicht-

(Minister Reinhold Gall)

bar und erkennbar Ordner stellen müssen, die dann entsprechend eingreifen.

Ob dies schon vollumfänglich Wirkung entfaltet hat, kann ich nicht nachvollziehen. Wir haben die entsprechenden Informationen nicht. Ich habe jedenfalls den Eindruck, dass der Sport selbst Interesse daran hat, das Seinige dazu beizutragen.

Jetzt nenne ich noch einen Themenbereich, den ich für wichtig halte und der über den Bereich meines Ressorts weit hinausgeht. Dabei geht es um die Frage: Wer begleitet eigentlich die Kinder und die Jugendlichen nicht nur in ihrer sportlichen Entwicklung, beispielsweise wenn sie sich im Fußball von der F-Jugend bis zur A-Jugend oder zu den aktiven Mannschaften weiterentwickeln? Ich finde schon, es muss noch mehr Augenmerk darauf gelegt werden, dass dies nicht nur sportlich befähigte Menschen mit Trainerscheinen und allem, was man so braucht, sowie mit Herzblut und Begeisterung sind. Vielmehr muss, finde ich, die klassische Jugendarbeit in diesem Bereich noch viel mehr Einzug halten.

Deshalb ist es erforderlich, dass wir in diesem Bereich diejenigen, die sich der Verantwortung stellen, mit jungen Menschen zusammenzuarbeiten, entsprechend befähigen. Dabei geht es nicht nur um die Qualifikationen, die man als Trainer und Betreuer braucht, sondern auch um die Qualifikationen, die erforderlich sind, um Menschen zu führen, sie auf dem Weg ins Erwachsenenalter zu begleiten. Diese Personen brauchen Fortbildungsmöglichkeiten und -einrichtungen. Deshalb diskutieren wir auch in diesem Bereich darüber, was man seitens des Gesetzgebers noch tun kann, um die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Fortbildung ermöglicht werden kann.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion darf ich Frau Abg. Schmid das Wort erteilen.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Vielen Dank. – Sie haben uns mit vielem, was Sie jetzt angesprochen haben, eigentlich schon aus dem Herzen gesprochen. Das sind die Themen, die uns bewegen.

Ich habe eine Frage. Der Bremer Senat plant, in diesem Jahr die Deutsche Fußball Liga stärker an den Kosten für Polizeieinsätze bei Fußballspielen zu beteiligen. Wir sind der Meinung, dass dies erstens verfassungsrechtlich etwas schwierig wäre und es zweitens die Aufgabe des Staates ist, bei solchen Veranstaltungen für die Sicherheit zu sorgen. Gibt es von Ihrer Seite Planungen in dieselbe Richtung?

Zu dem zweiten Thema, das Sie auch schon angesprochen haben: Die Gewalt in Fußballstadien ist nicht zwingend ein Thema der Bundesligavereine, sondern betrifft die Regionalliga und die Ligen darunter.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Es war immer wieder eine Diskussion darüber im Gange, dass Vereine, die Fernsehgelder kassieren, einen Beitrag leisten sollen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Das wäre für einen Regionalligaverband oder einen kleineren Verein nicht möglich. Ich frage nach Ihrer Haltung dazu.

Das Thema Fanprojekte ist angesprochen worden. Ich glaube, dass diese Projekte sehr erfolgreich und sehr wichtig sind.

Gibt es Überlegungen, diese weiter auszubauen oder auch die Amateurvereine stärker mit ins Boot zu nehmen?

Danke schön.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte schön, Herr Minister.

Innenminister Reinhold Gall: Ich fange, werte Kollegin Schmid, einmal mit dem letzten Thema an. Diese Überlegungen stellen wir nicht neu an. Die Verhandlungen und Gespräche mit der Deutschen Fußball Liga, dem Deutschen Fußball-Bund in den zurückliegenden Monaten – insbesondere im letzten Jahr – hatten eindeutig das Ergebnis, dass sie nicht nur gewillt sind, sich mit 10 Millionen € am Ausbau der Fanprojekte zu beteiligen, sondern dies auch machen werden.

Ich bleibe trotzdem bei meiner Auffassung: Wir sollten schon sehr genau überlegen: Was passiert mit diesem Geld wirklich? Wird das, was wir beabsichtigen, damit bezweckt? Oder werden bestimmte Fanggruppierungen eher noch hofiert oder werden ihnen Möglichkeiten gegeben, das auszuleben, was sie für richtig halten?

Wir haben schon den Anspruch, dass mit den Präventionsprojekten, den Fanprojekten auch das Ziel der Gewährleistung bzw. der Erhöhung der Sicherheit in und um Stadien verfolgt wird. Dies muss messbar zum Ausdruck kommen.

Zu dem von Ihnen angesprochenen Thema: Es wird deutlich, dass die Sommerpause näher rückt. Das heißt, die Themen wiederholen sich komischerweise immer wieder. Dazu zählt auch das, was der Innensenator von Bremen vorgeschlagen hat. Dabei geht es übrigens nicht nur um Fußball. Das wäre in dieser Form jedenfalls, denke ich, auch nicht möglich. Vielmehr wird daran gedacht, bei Veranstaltungen, die von mehr als 3 000 Menschen besucht werden, entsprechende Kosten in Rechnung zu stellen. Da mag sich jeder einmal ausmalen, was dies in Baden-Württemberg, in Ihren Heimatregionen bedeuten würde. Dieser Tage habe ich das große Schützenfest in Biberach im Kopf. Ich denke beispielsweise auch an das Volksfest in Stuttgart, an das Landwirtschaftliche Hauptfest und, und, und. Wenn wir ein Bremer Modell zugrunde legen würden, wären alle diese Veranstaltungen davon erfasst. Ich glaube, das kann niemand ernsthaft wollen.

Die rechtlichen Möglichkeiten, ausschließlich den Bezahlfußball zur Kasse zu bitten, sind, glaube ich, sehr eingeschränkt. Ich bin mir ganz sicher: Auch das, was in Bremen ins Werk gesetzt wurde, wird einer gerichtlichen Überprüfung erst einmal standhalten müssen. Das will ich eindeutig sagen.

Konkret zu Ihrer Frage: So etwas habe ich nicht im Sinn. Ich habe immer gesagt: Für die Sicherheit im öffentlichen Raum – – Die Hauptprobleme bestehen auf den Anfahrtswegen; dort gibt es die Störer, und dort ist der Staat zuständig. Ob man unbedingt den Vereinen die Störerhaftung zuordnen kann, halte ich für eine sehr problematische Frage.

Deshalb haben wir uns – und zwar quer über alle Partei- und Ländergrenzen hinweg – auf der zurückliegenden Innenministerkonferenz sehr intensiv mit den Fragen befasst: Wie können wir tatsächlich auf den Hauptaustragungsort von Gewalt einwirken? Wie können wir darauf Einfluss nehmen, wie sich

(Minister Reinhold Gall)

die Reiserouten der anreisenden Fans gestalten? Wie können wir Dritttortauseinandersetzungen vermeiden, indem wir einfach Züge aneinander vorbeileiten?

Wir werden darüber noch einmal intensiv mit der Deutschen Fußball Liga, dem Deutschen Fußball-Bund diskutieren. Denn Gewalt im Umfeld von Stadien hängt häufig auch davon ab, wie groß die Gruppierungen sind, die anreisen, ob es Begrenzungen von Tickets gibt, ob es personifizierte Tickets geben kann und, und, und. Das sind Themenbereiche, mit denen wir uns beschäftigen werden.

Kostenerstattungen würden nach meinem Dafürhalten wirklich nur dann Sinn machen, wenn es eine bundeseinheitliche Regelung gäbe. Denn ich würde es nicht für richtig erachten, wenn wir die baden-württembergischen Ligavereine einseitig belasten würden. Gegenwärtig fehlt uns dazu auch die Rechtsgrundlage. Diese könnte man schaffen, wenn man es denn will. Ich habe im Moment nicht die Absicht, sie zu schaffen. Eine bundesweite Regelung bekommen wir nicht hin, solange es Fußballvereine wie Schalke 04 oder Borussia Dortmund gibt; ich könnte noch andere nennen. Die entsprechenden Länder haben auch schon glasklar erklärt, dass sie dies nicht wollen.

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Die Sicherheit im Stadion, Kollegin Schmid, gewährleisten die Vereine. Das machen sie zwischenzeitlich sehr, sehr umfangreich. Ich habe mir die Zahlen geben lassen. Beispielsweise waren bei meinem letzten Besuch beim VfB 600 Ordner im Stadion.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nur für Sie?)

– Nein, nicht für mich. – Das heißt, zwischenzeitlich sind Abertausende Ordner entsprechend eingesetzt.

Es kommt aber auch darauf an – dabei gibt es noch Verbesserungsbedarf; wir müssen mit den Vereinen darüber reden –, dass es auch qualifizierte Ordner sind, die wissen, was es im Fall der Fälle zu tun gilt. Denn immer wieder erleben wir auch – bisher nicht mit dramatischen Auswirkungen –, dass die Ordner mit bestimmten Entwicklungen und Situationen nicht zurechtkommen. Auch dort ist, glaube ich, ein gewisses Maß an Professionalität erforderlich. Da haben wir noch Gesprächsbedarf.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine weitere Wortmeldung von Herrn Professor Dr. Goll vor.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Es ist jetzt vieles in richtiger Weise angesprochen worden, auch zu dem aktuellen Thema Sportgroßereignisse.

Ich darf aber noch einmal zu dem Ausgangsthema zurückkommen. Sie haben von Vorbildfunktionen geredet. Dazu eine Vorbemerkung: Natürlich werden wir nichts daran verändern, aber ich habe es nicht als konstruktiv empfunden, dass ein Fußballspieler, der bei der Fußball-WM einen anderen in die Schulter gebissen hat, zwar anschließend für ein paar Monate gesperrt wird, aber sofort in einem Rekordtransfer zu einem der legendären Vereine wechselt. Da verliert man dann auch ein bisschen die Illusion.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Jetzt aber noch einmal kurz zu der Gefahr, die man so beschreiben könnte: Wenn es so weit kommt, dass die Eltern zögern, ihre Kinder auf den Sportplatz zu schicken, weil sie Angst haben, dass es dort zu Tötlichkeiten kommt, werden wir ein Problem haben. Ich würde diese Angst der Eltern nicht als fernliegend bezeichnen. Deswegen ist es nötig, dass man enger mit den Fußballverbänden zusammenarbeitet. Sie kennen die Themen ganz offensichtlich.

Bislang reden wir immer über die Warnweste. Die Einführung der Warnweste ist bisher eigentlich die einzige Tat. Sogar dort gibt es die Gefahr, dass das Ganze wieder ein bisschen versandet, entweder indem es nicht mehr umgesetzt wird oder die Leute nicht geschult werden.

Wir kennen das von anderen Gelegenheiten, z. B. dem polizeilichen Wegweisungsrecht oder Ähnlichem: Am wirksamsten ist immer eine bestimmte Beteiligung der Polizei, die der Sache Nachdruck verleiht. Ich weiß, dass da die Arbeitskapazitäten begrenzt sind. Trotzdem: Ein bisschen mehr Segen des Staates und des Innenministeriums zu diesen Aktivitäten der Verbände und vielleicht eine gelegentliche Präsenz auch bei Spielen der Kreisliga würden wahrscheinlich eine abschreckende Wirkung entfalten.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Kollege Goll, ich glaube, Sie nehmen mir ab – darauf lege ich auch Wert –: An dem Spielertransfer war ich nicht beteiligt.

(Heiterkeit)

So wichtig bin ich da nicht.

Zum zweiten Thema, das Sie angesprochen haben: Ich habe jetzt die direkten Vergleiche nicht, aber ich habe jedenfalls aus den Gesprächen, die ich auch auf der IMK mit den Kolleginnen und Kollegen führe, den Eindruck, dass gerade unser Bundesland in dem Bereich der Zusammenarbeit der Fußballverbände in Baden und Württemberg mit den Profivereinen schon mehr macht als andere. Ich kann das jetzt nicht belegen. Deshalb habe ich ausdrücklich gesagt: Das ist mein Eindruck.

In dem Ausschuss, den wir da gebildet haben, wo wir uns zusammensetzen – insbesondere auch jeweils vor Ort –, haben wir eine Dezentralisierung vorgenommen. Die Sicherheitskräfte, das heißt die Ordnungsbehörden – Stadt oder Gemeinde –, der Sportkreis vor Ort, der Verein und wir – mit „wir“ meine ich in diesem Fall die Polizei – sitzen an einem Tisch und tauschen uns im Vorfeld beispielsweise von Risikospielen über die Frage aus: Was muss und was kann gemacht werden?

Es sei mir trotzdem noch eine Anmerkung erlaubt: Ich sehe die Entwicklung wie Sie auch und mache mir tatsächlich Sorgen. Aber damit man da jetzt nicht den Maßstab verliert, weise ich einfach einmal darauf hin, dass wir in der zurückliegenden Saison in Baden-Württemberg rund 137 000 Spiele hatten. 40 Spiele wurden wegen Gewalt unter den Spielerinnen und Spielern abgebrochen, und 27 oder 29, also knapp unter 30, wurden wegen Tötlichkeit gegen den Schiedsrichter abgebrochen. Erfreulicherweise ist die Welt auf den meisten Fußballplätzen also schon noch in Ordnung. Deshalb dürfen wir uns aber nicht in Zufriedenheit wiegen.

Herr Goll, weil Sie von Präsenz gesprochen haben: Auch die zeigen wir, jedenfalls dann, wenn uns Erkenntnisse vorliegen,

(Minister Reinhold Gall)

wonach irgendetwas im Raum stehen könnte. Wenn wir entsprechende Informationen, Erkenntnisse erhalten – über das Internet, durch die Internetstreifen bei der Polizei, durch was auch immer –, zeigen wir auch in den unteren Ligen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten einmal Präsenz, und sei es nur durch Bestreifung des Revierdienstes. Aber da sind wir uns, glaube ich, auch einig: Das werden wir nicht flächendeckend an jedem Wochenende, an jedem Samstag und Sonntag auf allen Plätzen unseres Landes gewährleisten können.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann beende ich das erste Thema und rufe das zweite Thema auf, beantragt von der Fraktion der SPD:

Rechtlicher Umgang mit neuen Formen von Drogen, die nach der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs außerhalb der Strafbarkeit liegen

Ich darf Herrn Abg. Wahl ans Rednerpult bitten.

Abg. Florian Wahl SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir kennen ja – jedenfalls einige von uns – aus den Achtziger- und Neunzigerjahren die Berichte, wie in den Slums von Brasilien oder in den Slums von Moskau Kinder Klebstoff oder anderes geschnüffelt haben, Stoffe, die nicht für diesen Zweck vorgesehen sind und deren Schnüffeln eine Wirkung hat wie der Konsum illegaler Drogen.

Heutzutage stellt sich immer mehr das Problem, dass wir auch in Deutschland neue synthetische Drogen haben. Es werden Kräutermischungen, Badesalze, Raumluftfrischer oder Pflanzendünger konsumiert. Das stellt ein relativ großes Problem dar, allerdings ist ihr Konsum bis jetzt nicht illegal.

Deswegen möchte ich die Landesregierung fragen: Welche Stoffe fallen unter das Stichwort „Neue synthetische Drogen“? Wie erfolgt bisher die strafrechtliche Behandlung in Bezug auf diese Stoffe? Kann sich gerade nach dem EuGH-Urteil ergeben, dass eine neue Strafnorm notwendig wird? Wie könnte diese aussehen?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Stichelberger.

Justizminister Rainer Stichelberger: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wahl, ich freue mich über Ihre Frage, denn sie betrifft einen Themenkomplex, der in den letzten Monaten zunehmend an Bedeutung gewonnen hat: den Konsum von synthetischen Drogen, mit denen der europäische Markt und insbesondere auch Deutschland überschwemmt werden.

Das Thema hat eigentlich zwei Aspekte: einerseits einen kriminal- und strafrechtlichen Aspekt und andererseits den Aspekt der Prävention, Aufklärung und Verhinderung.

„Legal Highs“ – das ist der Fachausdruck für diese Drogen – werden synthetisch hergestellt. Sie kommen aus China, aber auch aus anderen Ländern. Sie sind mit einigen pharmakolo-

gischen Grundkenntnissen auch – so sage ich einmal – für jedermann und jede Frau in Deutschland nicht sehr schwer herstellbar und stellen ein zunehmendes Problem dar. Das Landeskriminalamt hat diese Fälle täglich auf dem Tisch, und es gab in den letzten Monaten drei Todesfälle aufgrund des Konsums dieser synthetischen Drogen.

Das Problem ist: Wie erfassen wir die Herstellung und den Vertrieb dieser Drogen strafrechtlich? Dabei handelt es sich mittlerweile um ein Millionengeschäft mit organisierten Vertriebs- und Herstellungsstrukturen, also, wenn Sie so wollen, um organisierte Kriminalität. Da stellt sich schon die Frage: Wie bekämpfen wir das? Da können wir nicht tatenlos zusehen.

Das Problem ist: Bei einer Strafbarkeit nach dem Betäubungsmittelgesetz konnte man früher entsprechend sanktionieren. Das scheidet mittlerweile als Reaktionsmöglichkeit weitgehend aus. Schon durch geringe pharmakologische Veränderungen in der Zusammensetzung dieser Drogen lässt sich das Produkt aus der Strafbarkeit herausnehmen, denn das Betäubungsmittelgesetz definiert in einer Anlage genau, welche Stoffe der Strafbarkeit unterliegen.

Man hat sich bisher damit beholfen, das nach dem Arzneimittelgesetz für strafwürdig zu halten und auch zu ahnden. Aber seit zwei Wochen – Herr Kollege Wahl, Sie haben es erwähnt – gibt es ein neues Urteil des Europäischen Gerichtshofs, der gesagt hat: „Eine Strafbarkeit nach dem Arzneimittelrecht kommt nicht mehr in Betracht, weil ein Arzneimittel in der Tendenz eben voraussetzt, dass dieses Produkt mittelbar oder unmittelbar der Gesundheit zugutekommen soll.“ Das kann man bei diesen Drogen weiß Gott nicht sagen, denn ihr Konsum führt in der Regel zu schweren körperlichen und geistigen Schäden bis hin zu Todesfällen; ich habe es bereits erwähnt.

Das Problem ist: Wenn Sie dieses Produkt über das Internet erwerben – das geht problemlos –, wissen Sie nie, was Sie eigentlich kaufen. Das ist im Grunde eine Art russisches Roulette. Sie können schon mit einem kleinen Briefchen, auf dem eine Kräutermischung abgebildet ist, eine hohe Zahl von entsprechenden Konsumeinheiten herstellen und beziehen.

Eine Strafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz kommt also seit zwei Wochen nicht mehr in Betracht. Damit haben wir eine echte Strafbarkeitslücke. Das heißt, jeder kann diese illegalen Drogen, die synthetisch hergestellt werden, mittlerweile verkaufen, wie er will, ohne dass er eine strafrechtliche Sanktion zu erwarten hat. Das darf natürlich nicht sein. Im Hinblick auf das hohe Gefährdungsrisiko müssen wir uns überlegen: Wie gehen wir damit um?

Es gibt deshalb Vorschläge, die auch in meinem Haus mitentwickelt wurden, eine Stoffgruppenstrafbarkeit einzuführen. Das heißt, man muss pharmakologisch-chemisch genau definieren, welche Stoffgruppen zur Herstellung dieser synthetischen Drogen infrage kommen, und dann kann man eine neue Strafbarkeit einführen.

Das Ganze ist sehr, sehr kompliziert und bedarf einer vielfältigen Prüfung, natürlich auch einer verfassungsrechtlichen Prüfung. Aber das bisherige Betäubungsmittelgesetz hat eben nicht ausgereicht, weil man gemerkt hat: Immer wenn man ei-

(Minister Rainer Stickelberger)

nen Stoff in die Liste der gefährlichen Stoffe aufgenommen hat, ist am nächsten Tag

(Abg. Dr. Marianne Engeser CDU nickt.)

– die Apothekerin nickt – ein neuer Stoff entstanden mit einer geringfügigen pharmakologischen Änderung, und damit war die Strafbarkeit entfallen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist wie beim Doping!)

– Ähnliche Phänomene haben wir beim Doping, Herr Röhm. Das ist richtig.

Wir arbeiten jetzt daran, Vorschläge zu entwickeln. Dabei wäre natürlich auch der Bundesgesetzgeber gefordert. Wir stehen mit dem Bundesministerium der Justiz in Kontakt. Federführend wird das Bundesgesundheitsministerium bei diesen Fragen sein. Wir müssen uns eng abstimmen, damit es zur Strafbarkeit kommt.

Baden-Württemberg bringt sich ein. Das Problem drängt uns auch. Wir haben aber gleichzeitig auch die folgende Frage im Blick: Was kann man – neben der Einführung der Strafbarkeit – noch machen?

Aufklärung ist gefordert, ist gefragt und ist gar nicht so leicht. Wir müssen die jungen Menschen erreichen.

Es gibt in anderen europäischen Ländern, etwa in der Schweiz und in Österreich, Modellversuche und Projekte. Ich nenne das Stichwort „Drug Checking“. Drug Checking bedeutet, dass sich jemand, der illegale Drogen konsumiert, testen lassen und dann sozusagen zu einer eigenen Risikoeinschätzung kommen kann.

Man muss genau prüfen, wie man so etwas organisiert. Auf den ersten Blick klingt es natürlich etwas verblüffend, sich vor dem Besuch eines Popkonzerts Rauschmittel zu besorgen, sich dann dort freiwillig einem Screening zu unterziehen und damit Gefahr zu laufen, entdeckt zu werden. Hierbei stellt sich außerdem die Frage, ob sich diejenigen, die den Check vornehmen, möglicherweise strafbar machen, wenn sie feststellen, dass jemand eine lebensgefährliche Droge konsumiert hat, und sie nicht einschreiten.

Das sind vielfältige Fragen, denen wir uns stellen und bei denen wir vorankommen müssen, weil wir da im Moment einen rechtsfreien Raum haben.

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Engeser das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Fachfrau!)

Abg. Dr. Marianne Engeser CDU: Herr Minister, meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, dass Sie das Thema „Legal Highs“ aufgegriffen haben, denn der Konsum dieser Drogen nimmt ständig zu und wird immer populärer, auch weil diese Drogen so leicht im Internet zu bekommen sind.

Wir haben dieses Thema im Sozialausschuss diskutiert. Deswegen richtet sich meine Frage eher an das Sozialministeri-

um; aber vielleicht können Sie die Frage weiterreichen oder auch beantworten.

Gibt es unter den neuen juristischen Aspekten Ideen, wie wir gegen diesen Drogenkonsum präventiv vorgehen können? Gibt es ein Konzept, wie wir das in die Gesamtdrogenprävention einarbeiten können?

Danke schön.

Justizminister Rainer Stickelberger: Frau Dr. Engeser, um ein fertiges Konzept vorzustellen, ist es sicherlich noch zu früh. Das Thema ist gerade in den letzten Monaten virulent geworden. Ich gehe davon aus, dass wir uns innerhalb der Landesregierung, mit Frau Kollegin Altpeter, sehr stark abstimmen und dann auch entsprechende Konzepte entwickeln.

Mein Part als Justizminister ist eher der strafrechtliche. Aber das wird hier nicht ausreichen. Wir müssen uns mit dem Sozialministerium, mit allen, die mit der Drogenproblematik zu tun haben, zusammentun. Auch viele freie Träger und ehrenamtlich Tätige kümmern sich um diese Probleme. Diese müssen wir mittel- bis langfristig natürlich auch einbeziehen.

Aber, wie gesagt: Wir stehen erst am Anfang. Wir haben jetzt einen Aufschlag gemacht und fühlen uns von der Fachwelt bestätigt, dass wir gemeinsam – sowohl strafrechtlich als auch präventiv – vorgehen müssen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit darf ich mich bedanken und das zweite Thema beenden.

Justizminister Rainer Stickelberger: Danke schön.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Wir kommen zum dritten Thema, beantragt von der Fraktion der CDU:

H o c h s c h u l p o l i t i k

Ich darf Frau Abg. Kurtz das Wort erteilen.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einem Jahr wurde die Beratende Äußerung des Rechnungshofs zu den Musikhochschulen in Baden-Württemberg bekannt. Der Rechnungshof regte u. a. eine Reduzierung der Zahl der Studienplätze und die Einführung von Studiengebühren für Studierende, die aus Staaten außerhalb der EU kommen, an.

Im Anschluss an diese Beratende Äußerung hat Frau Ministerin Bauer ein eigenes Konzept vorgelegt, wie sie die Musikhochschullandschaft in Baden-Württemberg reformieren will. Das hat zu einem Erdbeben im Musikland Baden-Württemberg geführt.

Sie hat im Anschluss an die massiven Proteste einen Diskussionsprozess mit verschiedenen Fachforen eingeleitet. Das fünfte Fachforum fand am vergangenen Montag in Karlsruhe statt. Gestern gab es zudem eine Anhörung des Wissenschaftsausschusses zu diesem Thema.

Wir sind nach zwölf Monaten – zum Glück – weitergekommen. Das ist auch dem umsichtigen Vorgehen der fünf Musikhochschulrektoren zu verdanken, die jetzt ein sehr kluges

(Sabine Kurtz)

Konzept vorgelegt haben und alle Interessen der fünf Standorte berücksichtigt haben.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es gibt jetzt die Vorstellung einer Balance von Kernangeboten, Profilangeboten und qualifizierten Zentren an den verschiedenen Standorten. Das entspricht im Grunde dem, was uns allen die Kunstkonzeption in der letzten Legislaturperiode als Auftrag erteilt hat, nämlich zu einer Profilbildung der verschiedenen Musikhochschulen zu kommen.

Es gibt jetzt also einen guten, einen konstruktiven Prozess. Aber es bleibt auch noch sehr viel im Vagen. Die entscheidende Frage, nämlich die nach den Ressourcen, ist noch völlig offen. In der heutigen Ausgabe der „Stuttgarter Zeitung“ wurde von „nebulösen Formulierungen“ gesprochen.

Der Rechnungshof hatte ein Einsparpotenzial von 4 Millionen bis 5 Millionen € erkannt. Auch die Regierungsfractionen haben dazu einen Beschluss gefasst.

Deswegen frage ich Sie, Frau Ministerin: Wie beurteilt die Landesregierung das Konzept, das die Rektoren ausgearbeitet haben? Wie wahrscheinlich ist seine Umsetzung? Wie stehen Sie zu der darin formulierten Forderung, dass die Musikhochschulen kein Sonderopfer zu erbringen haben? Wie stehen Sie zu dem Beschluss der Regierungsfractionen zu diesem Einsparpotenzial?

Vor allem stellt sich aber die große Frage: Wie können Sie das alles noch in die Solidarpaktverhandlungen einbringen? Erst im November wollen Sie das Konzept zur Reform der Musikhochschullandschaft endgültig vorstellen. Wie ist Ihr Zeitplan? Passt das zusammen?

Ich danke für Ihre Antworten.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Bauer das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Musikhochschulen waren hier gestern ausgiebig Thema, als der Wissenschaftsausschuss im Plenarsaal seine Anhörung durchgeführt hat und dabei den Blick zurückgeworfen hat auf die fünf Veranstaltungen im Rahmen der Zukunftskonferenz Musikhochschulen und auf den Ausgangspunkt der Debatte – Sie erwähnten es, Frau Abg. Kurtz –, nämlich die Empfehlung des Rechnungshofs, 4 Millionen bis 5 Millionen € einzusparen, indem man 500 Studienplätze an den Musikhochschulen zurückbaut und Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einführt.

Die Diskussionen in den Dialogforen, aber auch gestern die Anhörung im Wissenschaftsausschuss haben sehr gut belegt, dass wir einen großen Schritt vorangekommen sind. Es gibt inzwischen Einigkeit bei Fragen, die vor einem Jahr noch zu heißen Debatten geführt haben.

Es besteht Einigkeit, dass es, entgegen der Empfehlung des Rechnungshofs, gefährdend für die Qualität und gefährdend für unsere Standorte wäre, würde man Einsparungen realisieren, indem man auf der Basis einer etwas schwierigen Wirtschaftlichkeitsberechnung des Rechnungshofs mehr oder we-

niger gleichmäßig über alle Standorte hinweg weitere Kürzungen vornähme. Die Schwierigkeit bei der Berechnung des Rechnungshofs bestand darin, dass der Rechnungshof eine Relation zwischen den Zuwendungen des Landes für die Musikhochschulen und den jeweiligen Studierendenzahlen hergestellt hat.

Es ist nicht sinnvoll, so vorzugehen, da wir auf eine Entwicklung in den letzten Jahrzehnten zurückblicken, in denen die Musikhochschulen zum Teil Studierendenzahlen entgegen der Vereinbarung mit der Landesregierung und ohne entsprechende finanzielle Unterlegung ausgeweitet haben. Diejenigen, die sich selbst in eine prekäre und schwierige Situation gebracht haben, stehen damit in den Augen des Rechnungshofs auf einmal als die effizientesten und wirtschaftlichsten Musikhochschulen da und sollen beispielgebend für andere sein.

Diese Sichtweise ist inzwischen im Konsens zurückgewiesen worden und wird als nicht tauglich angesehen. Wir haben – über alle Standorte hinweg – Konsens, dass wir bei relativ kleinteiligen Musikhochschulen in Baden-Württemberg alle Standorte auch in Zukunft mit einer attraktiven Perspektive ausstatten wollen. Wenn man diese weiterentwickeln will, dann muss man Qualitätssicherung durch Differenzierung und Profilbildung betreiben.

Es sollte nicht an allen kleinen Standorten alles und in kleinen Mengen gehalten werden. Vielmehr sollte es neben dem Kern, der jede Musikhochschule kennzeichnen soll, unterschiedliche Profile und unterschiedliche qualitative Zentren geben. Die Profile weisen sehr stark auf Arbeitsteilung hin und basieren darauf, dass nicht alle Spezialitäten und Spezialisierungen überall gebraucht werden. Die qualitativen Zentren weisen darauf hin, dass wir gemeinsam daran arbeiten wollen, dass besonders starke Elemente einzelner Standorte gestärkt werden.

In nächster Zeit müssen und werden wir genauer beleuchten, was mit dem Konzept, das jetzt konsentiert ist und auch in den Hochschulräten vor Ort unterstützt werden muss, an arbeitsteiligen Strukturen aufgebaut werden kann. Wir werden es in den nächsten Wochen angehen, von den Musikhochschulstandorten in Erfahrung zu bringen, wie viel Synergien realisiert werden können, wenn man das Konzept der Profilbildung angeht. Wie viele kleine und Kleinstangebote werden an einzelnen Standorten aufgegeben, weil sie an anderen Standorten vorgehalten werden? Das ist mit Zahlen, mit konkreten Fachangeboten und Stellen zu unterlegen. Dann werden wir erkennen, wie viel Spielraum aufgrund dieser Konzeption entsteht.

Es ist mir wichtig, noch einmal zu betonen: Wir haben diese Debatte im vergangenen Jahr geführt, weil wir die Qualitätssicherung und die Qualitätsentwicklung in den Vordergrund stellen wollen. Im Vergleich zu der Debatte, in der es darum ging, ob man so sparen kann, wie es der Rechnungshof gefordert hat, oder ob man anders sparen kann, reden wir heute sehr viel mehr auch über neue Bedarfe, zusätzliche Aufgaben und über die Frage, wie man diese zusätzlichen Aufgaben angehen und mit den vorhandenen oder gar mit weniger Ressourcen realisieren kann.

Hierzu möchte ich Ihnen ein paar Beispiele nennen. Es ist deutlich geworden, dass in den Musikhochschulen bislang zu

(Ministerin Theresia Bauer)

wenig getan wird, um für den wachsenden Bedarf im Bereich der Amateurmusik und der Elementarmusikpädagogik, die nicht nur den Kleinen dient, sondern auch für die Erwachsenen wichtig ist, hervorragende Absolventen hervorzubringen.

Wir werden uns mit den Fraktionen darüber verständigen müssen, wie mutig und ambitioniert wir neue Bereiche ausgestalten wollen oder wie vorsichtig wir in dem einen oder anderen Bereich sein wollen. Das wird Auswirkungen auf die Frage haben, wie viele Ressourcen man einsparen kann oder ob zusätzliche Mittel benötigt werden.

Diese Debatte steht noch aus. Wir werden dies so weit präzisieren, dass wir bis November – so wurde es auf der letzten Konferenz angekündigt – ein Konzept auflegen können, das einen präzisen Rahmen setzt, um die Themen der Kerne, der Profile und der qualitativen Zentren in einem vertretbaren finanziellen Rahmen weiter umzusetzen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin! Die gestrige Anhörung war durchaus sehr ergebnisorientiert und auch sehr erkenntnisreich. Ich glaube, es ist allen klar geworden – nicht nur der Wissenschaftsausschuss, sondern auch das Ministerium wird diese Anhörung auswerten –, dass man großen Wert auf die Kernangebote gelegt hat. Zudem haben alle Musikhochschulen davon gesprochen, dass sie ein breites Fundament der grundständigen Studiengänge brauchen. Deswegen habe ich eine inhaltliche Frage.

Ich stimme Ihnen zu: Wenn es um die Frage der Profilbildung geht, kann nicht jede Musikhochschule an jedem Standort jedes Profil abbilden. Ich denke, das ist Konsens. Das ist ein wichtiger Dialogprozess, den die Musikhochschulen untereinander und vor allem auch mit dem Ministerium führen. Dass es am Ende ein abgestimmtes Konzept geben muss, ist vollkommen klar. Dabei gehen wir ergebnisoffen in die politische Diskussion.

Die Grundfrage – darauf möchte ich mich konzentrieren – ist nämlich die Frage der Kernangebote. Die Musikhochschulen definieren ganz klar, was für sie ein unverzichtbarer Bestandteil der Kernangebote ist. Dass die Musikpädagogik zweifelsohne dazugehört, ist unstrittig. In diesem Zusammenhang nimmt die Schulmusik natürlich einen ganz besonderen Stellenwert ein. Das betrifft nicht nur die Nachwuchsförderung für das allgemeinbildende Schulwesen, sondern auch das Musikland Baden-Württemberg insgesamt.

Deshalb habe ich hierzu die konkrete Frage an Sie: Wie definiert das Wissenschaftsministerium, wie definieren Sie persönlich die Bestandteile der Kernangebote, die unverzichtbar zur baden-württembergischen Musikhochschulandschaft gehören? Ich möchte Sie bitten, die Position Ihres Hauses und Ihre persönliche Position darzulegen. In diesem Zusammenhang habe ich die Frage: Welchen Stellenwert hat dabei für Sie die Schulmusikausbildung für die Zukunft der einzelnen Standorte?

Ich bedanke mich vorab für die Beantwortung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr höflich!)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Abg. Wacker, wir haben gestern auch festgestellt, dass es hinsichtlich der Schulmusik noch Diskussionsbedarf gibt.

Nun zu der Frage, ob die Schulmusik Bestandteil des Kerns eines jeden Standorts ist. Hierbei möchte ich mich der Auffassung der Rektorenkonferenz anschließen, die sich darauf verständigt hat, dass die Schulmusik nicht Bestandteil des Kerns ist. Sie hat sich dabei auch auf die Empfehlungen der Gutzeit-Kommission aus dem Jahr 2006 bezogen, die die Schulmusik nicht explizit zum Kern zählt. Es gibt bundesweit verschiedene Musikhochschulen, die keine Schulmusik anbieten, aber dennoch sehr anerkannte und erfolgreiche Musikhochschulen sind.

Es ist ein Unterschied, ob wir über Musikpädagogik oder über Schulmusik sprechen. Musikpädagogik umfasst einen sehr viel weiteren Begriff und muss selbstverständlich überall vorkommen. Schulmusik ist aber nicht zwangsläufig Bestandteil dieses Kerns. Entsprechend hat sich auch die Rektorenkonferenz der Musikhochschulen festgelegt.

Ich teile die Auffassung, dass die Schulmusik nicht zum Kern gehört, sondern in einen Bereich hineingehört, der zu den Profilen oder auch zu den Leuchttürmen gehören kann.

Wir haben beim Kultusministerium nachgefragt, wie dies quantitativ aussieht, wie viele Schulmusiklehrer für das Gymnasium wir in den nächsten Jahren brauchen. Uns wurde zurückgemeldet, dass es keine sinkenden Bedarfe geben werde. Die Datenlage ist relativ dünn. Dennoch nehmen wir das als Ausgangspunkt. Uns liegt kein Hinweis darauf vor, dass wir im Bereich der Schulmusik Studienplätze abbauen sollten oder müssten.

Die Frage des Umgangs mit der Schulmusik an den Standorten steht auch im Zusammenhang mit der Reform der Lehrerbildung insgesamt. Wie es bundesweit üblich ist, werden wir im Rahmen der Reform der Lehrerbildung Wert darauf legen, dass Lehrer in zwei Fächern ausgebildet werden. Die Lehrer sollten relativ gleichmäßig fachwissenschaftliche, didaktische und bildungswissenschaftliche Anteile erlernen. Deshalb bezieht sich die Frage, welcher Standort ein guter Standort für die Schulmusik ist, auch darauf, wo man das, was man für einen guten Lehrer und eine gute Lehrerin und für die Gesamtheit von zwei Fächern braucht, gut und vertretbar für Studierende anbieten kann.

Diese Diskussion ist im Moment noch nicht so weit, dass man sie konkretisieren kann; denn die Reform der Lehrerbildung ist noch nicht abgeschlossen. Die Rahmenverordnungen werden gerade erst erarbeitet. Deshalb werden wir erst zu einem späteren Zeitpunkt festlegen können, welcher Standort geeignet ist.

Darüber hinaus haben Sie zur Schulmusik und zu den Kernbereichen gefragt. Ich meine, dass die Rektorenkonferenz und die Gutzeit-Kommission zu Recht festgestellt haben, dass die Schulmusik nicht zum Kern gehört, aber enorm wichtig ist.

Es wird immer wieder betont, dass die Persönlichkeiten, die man für das Lehramt Schulmusik gewinnt, oft diejenigen sind, die sich in besonderer Weise an den Standorten engagieren.

(Ministerin Theresia Bauer)

Das sind diejenigen, die sich sowohl für das Hochschulleben als auch im regionalen Umfeld engagieren. Sie leiten beispielsweise Chöre und treten kommunikativ und engagiert in ihrem Umfeld auf, wie wir uns das von Lehrerpersönlichkeiten wünschen. Deshalb ist es für die Standorte eine sehr wichtige Frage, wo Schulmusik angeboten wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch die Stunden im Ergänzungsbereich!)

Ich habe gestern eine Überlegung in den Raum gestellt, die noch nicht abgeschlossen ist. Ich möchte Sie bitten, dies konstruktiv zu begleiten. Ich habe die Überlegung in den Raum gestellt, ob wir bei der Suche nach Persönlichkeiten, die engagiert, kommunikativ und interessiert an der Vermittlung von Musik und musikalischen Erfahrungen sind und dabei begeistern können, nicht etwas breiter vorgehen müssen und insbesondere angesichts der Notwendigkeit, den Amateurbereich mehr zu fördern, versuchen müssen, auf jeden Fall an jedem Standort Angebote zu unterbreiten, um diesen Persönlichkeitstyp anzubinden und nicht nur den auf die Orchesterausbildung oder auf das Solistendasein ausgerichteten Typus.

Ich glaube, dass wir mit einer solchen Debatte ein Stück vorankommen und den legitimen und sehr verständlichen Bedürfnissen eines jeden Standorts, solche engagierten Menschen zu haben, entgegenkommen können.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Frau Ministerin, ich hatte eingangs auch nach den Solidarpaktverhandlungen gefragt. Ich gehe davon aus, dass die Musikhochschulen darin auch einbezogen sind. Oder warum haben Sie die Frage noch nicht beantwortet? Auf jeden Fall aber muss sich die Lösung für die Musikhochschulen im Doppelhaushalt widerspiegeln. Insofern stehen Sie da unter einem gewissen Zeitdruck.

Sie haben vorhin noch einmal das zusätzliche Forum im November angesprochen. Wie passt jetzt dieser langatmige Prozess der Reform der Musikhochschullandschaft mit den anderen Prozessen – den Solidarpaktverhandlungen bzw. der Aufstellung des Doppelhaushalts – zusammen, oder hat das überhaupt nichts miteinander zu tun?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Der spannende Prozess läuft bis November weiter. Das stimmt. Wir führen gleichzeitig die Verhandlungen über die künftige, über die mehrjährige Finanzierung unserer Hochschulen, zu denen auch die Musikhochschulen gehören. Sie waren bislang Teil des Solidarpakts und haben daher bislang mit demselben Problem zu kämpfen wie die anderen Hochschulen auch, nämlich dass die Grundfinanzierung nicht mit der realen Entwicklung der Studierendenzahl Schritt hält.

Die Musikhochschulen haben an diesem Punkt ein etwas kleineres Problem als andere Hochschulen. Denn die Musikhochschulen haben im Vergleich zu den anderen Hochschulen einen besonders hohen Anteil an Personalkosten. Überall ist der Personalkostenanteil hoch, aber besonders hoch ist er an den Musikhochschulen. Die Personalkosten wurden bislang spitz abgerechnet. Daher waren Personalkostensteigerungen im Rahmen des Solidarpakts abgedeckt.

Wir verhandeln heute Nachmittag über die Nachfolgeregelung zum Solidarpakt. Deswegen werde ich jetzt an dieser Stelle diesen Verhandlungen nicht vorgreifen und hier nicht vorweg über Dinge reden, die wir heute Nachmittag in der Verhandlung präsentieren.

Ich will an dieser Stelle nur so viel sagen: Die Musikhochschulen waren Teil des Solidarpakts, und sie werden Teil der Nachfolgeregelung sein. Daher werden sie auch in entsprechende Weiterentwicklungen, die wir vornehmen, einbezogen sein. Über mehr kann ich zum jetzigen Zeitpunkt, da wir die Verhandlungen heute noch vor uns haben, hier nicht sprechen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile für eine weitere Nachfrage Frau Abg. Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich höre immer, Frau Ministerin, dass Sie verhandeln. Sie verhandeln mit den Regierungsfractionen, Sie verhandeln mit den Hochschulen, Sie verhandeln mit den Musikhochschulen. Irgendwann muss einmal eine Größenordnung gesetzt werden, damit alle anderen wissen, auf welcher Basis Sie verhandeln.

Wenn Sie heute Nachmittag verhandeln, müssten Sie ja vielleicht wissen, ob Sie bei den Musikhochschulen jährlich schon einmal die 4 Millionen bis 5 Millionen € einsparen müssen. Diese Größenordnung müssten Sie doch schon kennen, weil Sie sonst nicht realistisch und zuverlässig verhandeln können.

Vielleicht könnten Sie uns noch eine Aussage dazu machen, was Sie hinsichtlich des Einsparpotenzials von 4 Millionen bis 5 Millionen € bei den Musikhochschulen denken und wie Sie darüber mit den Regierungsfractionen zu verhandeln gedenken.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Wir verhandeln heute Nachmittag mit Vertretern aller Hochschularten über die neue mehrjährige Finanzierung, die die Grundfinanzierung aller Hochschulen ausmacht und in den nächsten Doppelhaushalt Eingang finden wird. Denn der Solidarpakt läuft Ende dieses Jahres aus.

Jetzt würde ich einmal vorschlagen: Haben Sie einfach noch ein wenig Geduld, sagen wir einmal, bis heute Abend um halb acht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dann sehen Sie erste Zahlen. Auf dieser Basis werden wir weiter verhandeln und präzisieren, was die Zahlen, auf die wir uns heute verständigen, für die einzelnen Hochschularten bedeuten.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für eine weitere Frage erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Frau Ministerin, bezüglich Ihrer letzten Antwort: Ist davon auszugehen, dass Sie dann auch Zahlen nennen, die einen konkreten Bezug zu den Musikhochschulen haben? So darf ich das verstehen. Wir sind gespannt darauf.

Ich darf aber noch einmal an die inhaltliche Frage von vorhin anknüpfen. Sie haben sich zur Schulmusik geäußert. Das möchte ich jetzt so stehen lassen. Aber Sie haben zu den Kern-

(Georg Wacker)

bereichen noch nicht klar gesagt, was Sie an jedem Standort einer Musikhochschule aus der Sicht des Ministeriums für unverzichtbar halten. Ich glaube, diese Frage von vorhin war noch offen.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich schließe mich der Definition der Kerne an, wie sie die Rektorenkonferenz auf der Basis der Ergebnisse der Gutzeit-Kommission vorgelegt hat. Insbesondere – das war ebenfalls Gegenstand der Debatte auch auf der Grundlage der Vorschläge, die wir vor einem Jahr vorgelegt haben – gehört zu diesem Kern die klassische Orchesterausbildung. Sie ist Bestandteil des Kerns und an jedem Standort zu halten.

Darüber hinaus gehören Fragen wie Komposition, Musikvermittlung, Musikpädagogik dazu. Da schließe ich mich dem an, was mit allen Rektoren auf der Basis der Ergebnisse der Gutzeit-Kommission konsentiert wurde.

Zu den Verhandlungen über die Nachfolgeregelung zum Solidaripakt: Warten Sie bitte einfach bis heute Abend. Das müsste doch möglich sein.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich sehe keine weiteren Fragen an Frau Ministerin Bauer. Dann darf ich mich ganz herzlich bedanken. – Das dritte Thema der Regierungsbefragung ist damit abgeschlossen.

Die Fraktion GRÜNE hat darauf verzichtet, ein Thema zu benennen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 – Regierungsbefragung – beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach und seiner Service- und Deckstationen im Jahr des 500-jährigen Bestehens – Drucksache 15/4946 (Geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Röhm für die CDU-Fraktion.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich riesig darüber, dass ich als original Marbacher, der im Gestütshof Offenhausen aufgewachsen ist, heute zu diesem Thema sprechen darf.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

– Kollege Walter, der Ministerpräsident hat dieses Missverständnis aufgeklärt. Er hat darauf hingewiesen, dass seine Mitarbeiterin einen „Migrationshintergrund“ hat; sie kommt aus Niedersachsen. Aber die Frage, wo sich das Haupt- und Landgestüt Marbach befindet, ist inzwischen geklärt, und die Antwort ist auch bei allen Grünen angekommen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hoffentlich!)

Der Herr Verkehrsminister kannte die Antwort bereits; er war schon einmal dort.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte dem Landtagspräsidenten ganz herzlich für die Worte danken, die er vorhin gefunden hat. Es war eine feierliche, würdige Veranstaltung. Ich möchte Sie, Herr Minister Bonde, zu dem, was Sie heute gesagt haben, ebenfalls ausdrücklich beglückwünschen. Das fällt mir nicht einmal schwer.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Wir hatten im Mai ein prächtiges Bild in Marbach. Der Ministerpräsident fuhr, begleitet von seiner Frau Gerlinde, mit dem Vierspanner ein, und mit an Bord war auch Minister Bonde. Sie wurden „verfolgt“, „bedroht“ von der Königlichen Hoheit, dem Herzog von Württemberg. Aber auf der Ehrentribüne haben Sie dann relativ rasch zusammengefunden und erkannt, dass man durchaus zusammenleben kann und niemandem eine schlechte „Gesinnung“ unterstellen muss.

Wieso erwähne ich die Frau des Ministerpräsidenten, Gerlinde Kretschmann? Sie war diejenige, die am fröhlichsten war, die sich schnell mit der Situation anfreunden konnte. Der Ministerpräsident hat zunächst etwas verunsichert gelächelt, ist dann aber allmählich aufgetaut. Minister Bonde war ja schon öfter dort. Er hat freundlich, interessiert dreingeschaut.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Warum sage ich Ihnen das, meine Damen und Herren?

(Unruhe)

Ich sage Ihnen das deswegen, weil damit endlich etwas erreicht wird, nämlich dass sich auch die Grünen in diesem Haus zum Haupt- und Landgestüt bekennen.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Schon immer!)

Ich verweise auf das Jahr 2005. Damals hatte Frau Homburger bei der FDP noch etwas zu sagen. Sie war für eine Privatisierung, und sie befand sich dabei in einem guten Bündnis mit den Grünen. Hier steht – ich zitiere die „Südwest Presse“, Frau Präsidentin –:

Das Haupt- und Landgestüt Marbach bleibt ein Staatsbetrieb. Wie der Landwirtschaftsausschuss des Landtags am 14. Dezember mitteilte, wurde ein Privatisierungsantrag der Grünen und der FDP

– das war nicht ein und derselbe –

abgelehnt. CDU und SPD hatten in der Diskussion um die Zukunft des Gestüts eine Privatisierung abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da möchte ich in ganz besonderer Weise einen Mann loben. Ich habe ihn vorhin draußen gesehen. Das ist unser ehemaliger Kollege Alfred Winkler, der durch häufige Besuche in Marbach mit dazu beigetragen hat, dass in den letzten Jahren unserer Regierungszeit auch die SPD dem betreffenden Haushaltsansatz zustimmen konnte. Also: Wir sind jetzt alle bei-

(Karl-Wilhelm Röhm)

inander und sind allesamt zu leidenschaftlichen Unterstützern des Gestüts geworden.

Werfen wir einen Blick zurück. Nur so kann man die Bedeutung des Gestüts überhaupt verstehen. Das Gestüt war noch bis in die Siebzigerjahre hinein die bedeutendste Landesprüfungsanstalt für Pflanzenzucht und Tierzucht. Bei der Pflanzenzucht war es in erster Linie die Saatgutvermehrung. Dazu braucht man viele Menschen, die den Flughafener herausziehen, damit das Saatgut eine entsprechende Qualität hat. Das Gestüt in Marbach ist auch eine Landesprüfungsanstalt für Pferde; es war dies – wohlgemerkt – auch für Rinder. Das Gestüt hatte einst fünf Kuhherden, eine Bullenprüfstation und auch Schweine und Schafe. Es hatte zwei Schafherden, und ein Hühnerprüfhof war ebenfalls da. Geblieben sind die Pferde und die Schafe.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch daran erinnern, dass die produzierte Milch, die Vorzugsmilch, schon vor mehr als fünf Jahrzehnten regional vermarktet wurde, nämlich im nahe gelegenen Milchwerk in Reutlingen.

Wie stellt sich die augenblickliche Situation des Gestüts dar? Es werden 1 000 ha ökologisch sinnvoll und – das ist mir sehr wichtig – im Sinne der Kulturlandschaftspflege bewirtschaftet. Der Ackerbau ist unverzichtbar, weil dadurch der anfallende Pferdemist umweltgerecht verwertet werden kann. Schon allein deswegen können solche Flächen weder veräußert noch verpachtet werden. Zudem – das sei nebenbei bemerkt – wirft die Bewirtschaftung dieser Flächen auch noch einen finanziellen Ertrag ab.

Ein zweites Standbein im Gestüt ist die Pensionspferdehaltung mit nahezu 250 Tieren, die relativ kostenneutral betrieben werden kann. Allerdings sind infrastrukturelle Erhaltungsmaßnahmen für jeden Haushalt im Gestüt besonders belastend. Man muss es sich so vorstellen, dass die Gestütsleiterin, Frau Dr. von Velsen-Zerweck, sich immer wieder in der Rolle einer Bürgermeisterin einer kleinen Gemeinde wiederfindet. Sie hat viele Kilometer Wasserleitungen, Abwassersysteme, Stromleitungen, Verbindungswege, Zuwegungen aller Art und Baumalleen ohne die dazu notwendigen Mittel zu bewirtschaften. Sie muss diese Aufgaben immer aus dem laufenden Haushalt bewältigen.

Zur Pferdehaltung: Meine Damen und Herren, ein Gestüt mit immer weniger Pferden würde erheblich an Anziehungskraft verlieren. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist das Gestüt aufgefordert, die Zahl der Pferde zu reduzieren. Wie kann man heute Pferdehaltung lohnend betreiben? Wollte man dies tun, müsste man mit einem Schockemöhle konkurrieren. Das hätte Millioneninvestitionen zur Folge: für den Ankauf herausragender Vererber, für die Anstellung prominenter Reiter, die mit einem Gestütswärtergehalt keinesfalls gewonnen werden könnten.

Was bleibt? Es bleibt die Fortführung der Stuten- und Hengsthaltung im bisherigen Umfang, vor allem auch im Sinne – das ist dankenswerterweise vorhin auch angesprochen worden – der Rassethaltung und zur Unterstützung der Pferdehaltung des Landes mit Service- und Deckstationen. Aber dabei – das ist die Meinung der CDU-Fraktion – darf es keinesfalls weitere Abstriche geben.

(Beifall bei der CDU)

Für uns, die CDU-Landtagsfraktion – ich sage das in aller Deutlichkeit –, kommt weder eine Veräußerung von Gestütsflächen infrage noch der Verkauf von Außenstellen oder Vorwerken. Für uns – das ist das Wichtigste – sind die Gestütsflächen ökologisch wertvolle Inseln inmitten des Biosphärengebiets Schwäbische Alb.

Herr Minister, wer für den Erhalt unserer Kulturlandschaft eintritt, muss auch beispielhafte Kulturlandschaftspflege betreiben. Dies gilt auch für das Land Baden-Württemberg an diesem Beispiel der Liegenschaften und der Kulturlandschaft rund um das Haupt- und Landgestüt Marbach. Die Bürger unseres Landes erwarten von uns allen gerade im Jubiläumsjahr ein klares Bekenntnis zu unserem – ich sage das ganz bewusst – Haupt- und Landgestüt Marbach.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

– Ja, Sie können stolz darauf sein. Sie unterstützen das Gestüt jährlich etwa mit 50 Cent, Kollege Heiler. Ich weiß, das ist es Ihnen ganz speziell auf jeden Fall wert. Ihnen wäre es noch mehr wert. Ich danke Ihnen dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Danke!)

Die CDU-Landtagsfraktion wird ihre Unterstützung bei der anstehenden Haushaltsdebatte deutlich zum Ausdruck bringen.

Mein Schlussappell, meine Damen und Herren: Ich bin zwar kein filigranes Reitpferd

(Heiterkeit – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Veritabler Hengst! – Zuruf: Schlachtross!)

– in manchen Fällen ein Schlachtross –, aber – das würde mir besser gefallen – ein kapitaler Karrengaul. Deswegen appelliere ich an alle, dass wir gemeinsam an einer guten Zukunft des Haupt- und Landgestüts arbeiten. Wir haben bereits 2017 das nächste große Jubiläum vor uns: 200 Jahre Weil-Marbacher Araberzucht. Darauf freuen wir uns alle schon heute.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Rösler das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Auch kein filigranes Reitpferd!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, wertere Kolleginnen und Kollegen! Das Haupt- und Landesgestüt Marbach

(Abg. Peter Hauk CDU: Landgestüt!)

ist eine Perle der Schwäbischen Alb. Es gehört zum Tafelsilber des Landes Baden-Württemberg, und Tafelsilber wird nicht verscherbelt.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Dieses Tafelsilber verbindet Mittelalter und Moderne: 1514 bis 2014. Ich glaube sagen zu dürfen, wir alle sind irgendwie auf unterschiedliche Art und Weise stolz auf dieses Kulturgut.

(Dr. Markus Rösler)

Aber, Kollege Röhm, ein kleiner Hinweis sei erlaubt. Die Drucksache aus dem Jahr 2005 habe ich vorliegen, und ich darf Ihnen aus der Begründung vorlesen:

Das Haupt- und Landgestüt Marbach ist eine für die Region wichtige und wertvolle Einrichtung, deren Bedeutung über die fachliche Funktion im Bereich der Pferdezucht weit hinausgeht. Die Fraktion GRÜNE setzt sich daher für einen Erhalt und eine Weiterentwicklung des Gestüts ein.

So weit zur Geschichte. Dieser Antrag hat mit Sicherheit dazu beigetragen, dass bestimmte Weiterentwicklungen im Konsens aller erfolgten, nämlich in Bezug auf die Fragen: Wie wird der Eigenanteil erhöht? Wie wirtschaftet das Haupt- und Landgestüt Marbach? Wie kann das Marbacher Gestüt in das Biosphärenreservat, eine seit 2005 seitens der Landesregierung übernommene Idee, integriert werden?

Folgendes darf man auch noch erwähnen: Als in den Neunzigerjahren die planerischen, juristischen, ökonomischen Grundlagen für dieses Biosphärengebiet gelegt wurden, war das Gestüt in Marbach ein wichtiges Kriterium für die Abgrenzung des Gebiets.

Denn es gibt eine weitere wichtige Funktion des Instituts, die noch nicht genannt wurde: Rund 600 ha Grünland werden dort naturverträglich bewirtschaftet. Dies stellt einen wichtigen Beitrag zur Offenhaltung der Kulturlandschaft dar und dient dem Naturschutz.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Diese 600 ha Grünland sind damals bei der Abgrenzung des Gebiets mit ein Grund gewesen, das Haupt- und Landgestüt Marbach ins Biosphärengebiet einzugliedern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Andreas Glück FDP/DVP)

Neben den historisch gewachsenen kulturellen Verpflichtungen – zu denen wir stehen – gibt es moderne Entwicklungen. Das Gestüt ist heute eines der größten und bedeutendsten Informationszentren für das Biosphärengebiet Schwäbische Alb und übernimmt eine Funktion, die weit über das hinausgeht, was ursprünglich historisch in dieser wichtigen Einrichtung angelegt war.

Als zuständiger Berichterstatter des Finanzausschusses muss und will ich auf den Gesamtverlauf der Debatte eingehen. Ich weise darauf hin, dass wir Grünen in der letzten Legislaturperiode dem Kapitel zum Haupt- und Landgestüt Marbach, wenn es im Finanz- und Wirtschaftsausschuss oder hier im Plenum zur Abstimmung stand, immer zugestimmt haben. Marbach war die einzige Landesanstalt, bei der wir kontinuierlich zugestimmt haben. Das zeigt, dass wir zu Marbach stehen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir wissen aber auch, dass es vom Rechnungshof einen Auftrag gibt, die Landesanstalten zu überprüfen, und dass das Haupt- und Landgestüt Marbach in das Projekt „Strategische Optimierung Landwirtschaftliche Landesanstalten“ – SOLL

genannt – integriert ist. Trotzdem sei es an dieser Stelle erlaubt, darauf hinzuweisen, dass das Personal im Marbacher Gestüt in den Jahren bis 2011 abgebaut wurde,

(Abg. Peter Hauk CDU: Einvernehmlich mit Ihnen!)

während wir in unserer Regierungszeit – da war es dann nicht mehr einvernehmlich – darauf geachtet haben, dass das 1 480-Stellen-Einsparprogramm bei den anderen Landesanstalten, nicht aber beim Gestüt in Marbach greift. Das heißt, wir haben darauf geachtet und werden darauf achten, dass diese wichtige Einrichtung des Landes erhalten bleibt, dass sie funktional erhalten bleibt, aber auch weiterentwickelt wird. Das schließt nicht aus, dass wie bei anderen Einrichtungen weiterhin Überlegungen sinnvoll sind – da hoffe ich auf Konsens –, wie man Mehreinnahmen generieren und wie man in dem einen oder anderen Fall auch bestimmte Abläufe noch optimieren kann. Ich hoffe, dass diesbezüglich Konsens besteht.

Darüber hinaus möchte ich wiederholen, was ich eingangs gesagt habe: Das Haupt- und Landgestüt Marbach ist eine Perle des Landes, und das soll auch so bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Abg. Käppeler.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt kommt das nächste Lippenbekenntnis! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Klaus Käppeler SPD: Abwarten, Herr Hauk!

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass heute anlässlich der Ausstellungseröffnung das Haupt- und Landgestüt auch in einer Plenardebatte gewürdigt wird. Heute herrscht hier im Landtag eitel Sonnenschein.

(Zuruf: Nein!)

Schade, dass die Opposition das 500-Jahr-Jubiläum, das Jubiläumsjahr dieser ehrwürdigen Einrichtung, die an keinem Tag zur Disposition stand oder steht, aus kleinkariertem Effekthascherei dafür missbraucht, politischen Nutzen aus einer selbst angezettelten Debatte zu ziehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Können Sie sagen, wen Sie damit meinen?)

– Das mache ich gerade, Herr Röhm. – Denn anders kann ich es nicht werten, wenn Kollege Andreas Glück und seine FDP/DVP aus einer Äußerung des Finanzministers, dass alle Landeseinrichtungen sparen müssen, ableiten, dass Marbach aufgelöst oder geschlossen wird. Die entsprechende Pressebegleitung vor der Bundestagswahl im vergangenen Herbst, der öffentliche Aufschrei und die Verunsicherung vor Ort waren ihm gewiss. Mir ist er so vorgekommen wie jener Feuerwehrmann, der immer als Erster am Einsatzort war, sich dafür fei-

(Klaus Käppeler)

ern ließ und den später die Kriminalpolizei als Brandstifter überführte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Ergebnis der FDP bei der Bundestagswahl ist ja allgemein bekannt. Landrat Thomas Reumann fühlte sich aufgrund dieser Vorgänge gedrängt, in einer öffentlichkeitswirksamen Pressekonferenz einen Brief der Bürgermeister und Abgeordneten an Ministerpräsident Kretschmann unterzeichnen zu lassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da waren Sie aber dabei!)

Ich selbst als Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz demonstrierte bei dieser Veranstaltung jegliche Schließungsabsichten uneindeutig. Auch der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Nils Schmid tat dies mit einer Pressemitteilung.

Dann, Herr Röhm, kam ein CDU-Fraktionsantrag dazu,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Mit berechtigten Fragen!)

moderater im Ton, aber mit der formulierten Zielsetzung,

hinsichtlich geplanter Einsparungen Klarheit zu schaffen und seitens der Landesregierung ein klares und unmissverständliches Bekenntnis zum Haupt- und Landgestüt zu erhalten.

Diese Formulierung in der Antragsbegründung, Herr Röhm, unterstellt, dass das Marbacher Gestüt anscheinend bei der Landesregierung zur Disposition stehe.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Man weiß nie! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Stellungnahme der Landesregierung – das haben Sie gelesen – lässt in dieser Frage nichts zu wünschen übrig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür sind wir dankbar!)

Ausführlich wird auf die besondere Stellung dieser Einrichtung hingewiesen; meine Vorredner sind schon darauf eingegangen. Daher nenne ich hier nur beispielhaft einige Superlative: ältestes staatliches Gestüt Deutschlands, mit geschätzt 500 000 Touristen die meisten Touristen in einem Landgestüt,

(Zuruf: Jawohl!)

2011 bester Fohlenaufzuchtbetrieb Deutschlands, größter Ausbildungsbetrieb für Pferdewirte in Deutschland, führend unter den deutschen Gestüten auf dem Gebiet touristischer Angebote. Ferner stammt das erfolgreichste Vielseitigkeitspferd aller Zeiten aus Marbach.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine verehrten Damen und Herren, Sie sehen: Die Stellungnahme des Ministeriums zu Marbach fiel eindeutig aus. Der Einsatz von 830 000 € für neue Zuchthengste, für kleinere bauliche Maßnahmen und für Investitionen in den Fuhrpark zeigt, dass das Land im Marbacher Gestüt nichts versäumt.

Unter Einsatz von Bundesmitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm wurden darüber hinaus 7,3 Millionen € investiert, die einer energetischen Sanierung und vor allem dem Bildungsbereich zugutekamen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Diese Mittel wurden damals von der Großen Koalition beschlossen, Herr Hauk.

(Abg. Peter Hauk CDU: Im Bund!)

– Genau.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die aktuelle Landesregierung ist nicht dafür verantwortlich!)

Auch die Landeszuschüsse zum Gestüt von jährlich 4 Millionen € sind gut angelegtes Geld in einer strukturschwachen Region.

(Beifall der Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE und Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wenn Sie befürchten, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, dass Effizienzsteigerungen und Einsparungen eine Erfindung von Grün-Rot wären, darf ich Sie daran erinnern, dass im Zeitraum 2005 bis 2011 – Herr Hauk, damals haben Sie die Verantwortung getragen – insgesamt elf Stellen in Marbach abgebaut wurden.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Ein weiteres Erbe Ihrer Regierungszeit sind die weiteren vier Stellen, die im Zuge des 1 480-Stellen-Abbauprogramms – das wurde bereits angesprochen – in den kommenden Jahren abgebaut werden müssen.

(Zuruf: Auch noch?)

Das muss man der Richtigkeit halber hier auch einfach einmal sagen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Dazu hat Herr Röhm gar nichts gesagt!)

Beim Festakt zum 500-Jahr-Jubiläum konnten auch Sie das klare Bekenntnis von Ministerpräsident Kretschmann hören, der übrigens an diesem Tag sehr ausführlich seinen Geburtstag gefeiert hat, und auch von Herrn Minister Bonde haben Sie deutliche Worte gehört.

Trotz der von Ihnen verursachten Misstöne erlebten wir alle eine Vielzahl schöner Veranstaltungen im Jubiläumsjahr.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Glück?

Abg. Klaus Käppeler SPD: Ich komme gleich zum Ende. Mir wird schon „Sprechzeitende“ angezeigt; deshalb vielleicht im Anschluss an meine Rede.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein, dann gibt es keine Zwischenfrage mehr.

Abg. Klaus Käppeler SPD: Zu diesen Veranstaltungen im Jubiläumsjahr gehören der schon erwähnte Festakt, das Hof- fest, die Eröffnung des Radwegs, der alle Gestütshöfe und Vorwerke in den vier Gemeinden verbindet, die „Marbach Classics“, dieses Jahr Open Air – es war ein Traum –, ebenso das einzigartige Ereignis am vergangenen Sonntag, als fast 1 400 Musiker und Musikerinnen des Blasmusikverbands Neckar-Alb in der Arena von Marbach spielten. Im Oktober wird auch der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz seine Sitzung in Marbach abhalten. Was braucht es noch mehr als entsprechende Zusicherungen, dass das Marbacher Gestüt nicht zur Disposition steht?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Geld im Haushalt!)

– Geld steht im Haushalt drin.

Ich komme zum Schluss und möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, namentlich Ihnen, Frau Dr. von Velsen-Zerweck, und Ihrem Stellvertreter, Herrn Freitag, mit der Bitte, diesen Dank und auch ein dickes Lob an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben. Wie erfolgreich dieses Haus arbeitet, zeigt nicht zuletzt Ihre Wahl, Frau Dr. Velsen-Zerweck, zur Vorsitzenden der Europäischen Vereinigung der Staatsgestüte ESSA, wozu ich Ihnen von hier aus herzlich gratuliere.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Thomas Blenke CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Vorbemerkung, Herr Kollege Käppeler: Ich war selbst lang genug und oft im Finanzausschuss. Es ist unsere Aufgabe, nachzufragen, was mit dem Bürgergeld geschieht. Wenn man das im Finanzausschuss nicht tut, dann hat man sich, glaube ich, die Frage gefallen zu lassen, warum man im Parlament ist. Das nur als Vorbemerkung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt: Stellen allein sind nicht das Entscheidende. Vielmehr sollte man – das sage ich vor allem in Richtung SPD – zwischen Qualität und Quantität unterscheiden können.

Ich möchte klarstellen: Baden-Württemberg steht für Denker, Dichter, Tüftler, steht für Tradition und Innovation, wie Bayern für Laptop und Lederhose steht.

Meine Damen und Herren, bei der Anhörung des Wissenschaftsausschusses zur Zukunft der Musikhochschulen, die gestern hier in diesem Saal stattfand, habe ich aus dem Blickwinkel des ehemaligen Amtschefs des Wirtschaftsministeriums darauf hingewiesen, dass es für die Zukunft des High-techlands, des Forschungs- und Kulturlands Baden-Württemberg für die Standortsicherung von elementarer Wichtigkeit ist, dass das Land zukunftsfähig bleibt. Der Standort Baden-Württemberg ist nicht nur wegen seiner guten Arbeitsplätze so attraktiv, sondern auch deshalb, weil es ein exzellenter Hochschulstandort und ein exzellenter Kulturraum ist. Das

Landgestüt Marbach ist Teil des Kulturlands Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Es steht für mich gleichberechtigt neben anderen Kulturgütern, neben Schlössern, Museen, Theatern und Kunstakademien.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Marbach ist ein Ort mit Tradition und hoher Reitkunst. Marbach hat sich in der Pferdezucht zu einem führenden Gestüt in Europa entwickelt und braucht den Vergleich nicht zu scheuen, weder mit Niedersachsen noch mit Nordrhein-Westfalen oder Bayern.

Schaute man vor 20 Jahren – Herr Röhm, seit 1988 schaue ich genau auf Marbach; seit meiner Zeit als parlamentarischer Berater in diesem Haus habe ich das Gestüt Marbach begleitet – neidisch auf Celle, auf Warendorf oder auf Schwaiganger, schauen diese heute respektvoll auf Marbach.

Nicht zuletzt die Investitionen während der schwarz-gelben Koalition in den letzten 15 Jahren und speziell auch die Komplementärfinanzierungsmittel des Bundes im Rahmen der Konjunkturprogramme haben mit dazu beigetragen, dass Marbach zum Juwel wurde.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber die Stellen sind weniger geworden!)

– Lieber Kollege, wenn Sie sich im Haushaltsplan 2010/2011 einmal im Kapitel 1245 den Titel 717 94 A anschauen – ich glaube, als das behandelt wurde, waren Sie noch nicht so oft im Finanzausschuss –, dann sehen Sie, dass dort 7,3 Millionen € für Investitionen in das Marbacher Gestüt bereitgestellt wurden. Daraus wurde etwas gemacht. Auch das ist eine sehr positive „Erblast“, von der ihr nie redet. Ihr redet immer nur dann von Erblast, wenn ihr glaubt, ihr müsst von eurem Versagen ablenken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

In meinen Worten möchte ich zum Ausdruck bringen: Die Marbacher Araberzucht genießt Weltruhm, Marbach trägt in erheblichem Maß zur Erhaltung der regionalen Pferderassen Schwarzwälder Kaltblut und Altwürttemberger bei, wobei die „Genreserve“ auch ein Thema ist.

Das Gestüt zählt mit 500 000 Besuchern im Jahr zu einem Anziehungspunkt in der ländlichen Region der Münsinger Alb. Die Anzahl der Besucher ist etwa vergleichbar mit der der Staatstheater Stuttgart. Dabei möchte ich für die Haushälter in diesem Haus nur nebenbei bemerken: Der Zuführungsbetrag des Landes zu den Staatstheatern Stuttgart beträgt rund 80 Millionen € pro Jahr; das sind ca. 180 € je Besucher, was wegen der Qualität und der Bedeutung okay ist. Der Zuführungsbetrag zum Landgestüt Marbach liegt bei etwa 4 Millionen € pro Jahr, was 9 € pro Besucher entspricht. Auch das ist okay, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wer sonst, wenn nicht Baden-Württemberg, muss sich ein solches Juwel auch zukünftig leisten können? Das ist allemal

(Dr. Friedrich Bullinger)

sinnvoller, als über den Länderfinanzausgleich solche Beträge an rot-grün geführte Landesregierungen zum Vervespern abzugeben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das Haupt- und Landgestüt Marbach ist in Deutschland – wir haben es gehört – der größte Ausbildungsbetrieb für den Beruf Pferdewirt. Zurzeit gibt es dort 41 Auszubildende. Über 20 Studenten pro Jahr verbringen dort ihre Praxissemester. Rund 50 Schülerinnen und Schüler sind dort jährlich zur Berufserkundung.

Das Gestüt in Marbach ist bundesweit für angewandte Forschung gefragt, etwa von den in der Tiermedizin sehr anerkannten Fakultäten der Universitäten Gießen und Hannover. Des Weiteren ist der Bachelorstudiengang „Pferdewirtschaft“ der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen mit seiner Praxiseinheit in Marbach vor Ort. Auch die überbetriebliche Ausbildung der Fachklasse Pferdewirt der Beruflichen Schule Münsingen findet in Marbach statt.

Ich fordere die Landesregierung auf, erstens Marbach für die schulische Naturerlebnispädagogik auszubauen, Kollege Stoch, zweitens in Marbach das therapeutische Reiten zu fördern, drittens Marbach zum Leistungszentrum für Pferdesport auszubauen, was sowohl dem Spitzen- als auch dem Breitensport zugutekäme, Herr Minister Bonde, viertens umgehend ein Gesamtkonzept für Marbach vorzulegen, um auch finanzielle Potenziale aus der Privatwirtschaft zu mobilisieren, und fünftens die Zusammenarbeit mit den Ministerien und die Förderung durch die Ministerien – das betrifft vor allem das MLR, das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie das Wissenschaftsministerium – zu verbessern.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Erfolg des Marbacher Gestüts hängt vor allem – das wurde heute schon gesagt – mit dem Engagement und dem Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen. Hohe Anerkennung und herzlichen Dank! Bitte, Frau Landesoberstallmeisterin, geben Sie dies an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Marbach weiter.

Die FDP/DVP-Fraktion steht ohne Wenn und Aber hinter dem Haupt- und Landgestüt Marbach. Das haben Andreas Glück und ich in der Vergangenheit immer wieder bewiesen. Glück auf für Marbach!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Jawohl, Glück auf!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Bonde das Wort.

(Abg. Peter Hauk CDU: Immerhin spricht Herr Bonde heute!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, so viel Einigkeit war im Landtag selten, und so viel Einigkeit war auch zum Thema Haupt- und Landgestüt selten.

Die Landesregierung ist stolz auf dieses wertvolle Wirtschafts- und Kulturgut in Baden-Württemberg.

Mit diesen Worten hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei der Jubiläumsveranstaltung des Gestüts gratuliert. Der Ministerpräsident macht damit sehr deutlich, dass das Haupt- und Landgestüt eine besondere Einrichtung des Landes Baden-Württemberg ist. Mit seiner Lage im Biosphärengebiet Schwäbische Alb, das zahlreichen Tier- und Pflanzenarten wertvolle Lebensräume bietet, mit seiner Bedeutung für die Pferdezucht und den Pferdesport, mit seiner Funktion als wichtiger Ausbildungsbetrieb, mit seiner Funktion als historische Erinnerung und als ein Stück gelebte baden-württembergische Geschichte, aber auch als regionaler Arbeitgeber und als touristischer Anziehungspunkt ist das Haupt- und Landgestüt für uns wichtig.

Ich bin froh, dass alle politischen Parteien uns dies zum Jubiläumsjahr ins Stammbuch schreiben. Ich bin auch sehr dankbar, dass es heute in einem würdigen Moment in der Mittagspause gelungen ist, mit dem Kunstwerk des Marbacher Champions „Lemberger“ hier im Parlamentsgebäude ein optisches Signal dafür zu setzen, dass das Haupt- und Landgestüt Marbach im Landtag seinen Stellenwert hat.

Es gab zu dem Thema viele Debatten, die parteipolitische Prägungen hatten. Ich glaube, dass es Sinn macht, darauf jetzt einmal einen Knopf zu setzen und das Jubiläumsjahr gemeinsam zu feiern, es nicht mit parteipolitischen Motivationen zu unterlegen. Die heutige Debatte gibt uns einen Ansatzpunkt, hier voranzugehen, das Gestüt weiter zu stärken. Es hat einen Wandlungsprozess durchgemacht. Es ist eine wichtige Pferdesporteinrichtung mit einem klaren Profil, einer klaren Rolle in der Vernetzung mit Akteuren des Pferdesports, mit der Wissenschaft, mit nationalen und internationalen Einrichtungen. Ich glaube, damit sind wir gut aufgestellt und können guten Mutes in die Zukunft blicken.

Ich kann Sie nur ermuntern, Marbach zu besuchen, seitens des Landtags auch das große Jubiläum auf dem Landwirtschaftlichen Hauptfest im Herbst zu unterstützen. Ich habe mich sehr gefreut, dass hier von allen Fraktionen die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Leiterin, Frau Dr. von Velsen-Zerweck, die hier eine lange Tradition aufrechterhalten, breit anerkannt wurden. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und ich glaube, es ist ein wichtiges Signal an die Region. Das Land steht zu seiner Einrichtung. Die Landesregierung und der Landtag stehen dazu. Ich gehe davon aus, dass wir das auch weiterhin mit einer adäquaten Ausstattung des Gestüts zum Ausdruck bringen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4946 (Geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – Drucksache 15/4749

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bayer das Wort.

Abg. Christoph Bayer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und Teilhabe; das ist inzwischen eine Binsenweisheit. Für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund allerdings ist sie nicht nur der Schlüssel zu Bildung und Teilhabe, sondern quasi das Eintrittstor in die neue Welt, die Voraussetzung, sich in dieser neuen Welt überhaupt erst zurechtzufinden.

Die Zahl der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen, die ohne Deutschkenntnisse zu uns nach Baden-Württemberg gekommen sind, ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, und sie wächst durch die aktuellen Flüchtlingszahlen weiterhin enorm an.

Das liegt aber nicht ausschließlich und allein an der zunehmenden Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen aus Krisengebieten, sondern auch daran, dass 2014 für Rumänen und Bulgaren die letzten Schranken auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefallen sind. Viele Menschen aus diesen beiden EU-Mitgliedsstaaten, aber auch aus Griechenland, aus Spanien und aus Italien kommen, um hierzubleiben, um hier ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Da die Kinder hierherkommen, um zu bleiben, sollten sie möglichst früh sprachfähig sein bzw. sprachfähig gemacht werden. Schülerinnen und Schüler, die aufgrund von Zuwanderung erst kurze Zeit in unseren Städten und Gemeinden sind, brauchen also ganz besondere Angebote, gerade im Bereich des Spracherwerbs. Sonst besteht die Gefahr einer systematischen Benachteiligung mit negativen Folgen für jeden Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes. Insbesondere der Caritasverband weist immer wieder auf diese Gefahr hin.

So weit die Problemskizze. Was wird nun getan? Die wesentlichen Instrumente sind Vorbereitungsklassen, Vorbereitungskurse, die Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe – die HSL – und das Qualifizierungs- und Vorbereitungsjahr.

Dazu nenne ich die Zahlen. Im Schuljahr 2013/2014 gibt es an öffentlichen Schulen 900 Vorbereitungsklassen, die ab zehn Schülern eingerichtet werden, mit 12 500 Schülerinnen und Schülern. Wo diese Mindestzahl nicht erreicht wird, gibt es die sogenannten Vorbereitungskurse mit nahezu 3 000 Schülerinnen und Schülern in – wie ich meine – 472 Kursen. Dazu kommen im Rahmen der Berufsschulpflicht Klassen des Vorqualifizierungsjahrs Arbeit/Beruf mit einem Schwerpunkt Spracherwerb. Hier wird der Spracherwerb zum Unterrichtsprinzip in allen Fächern. Auch die Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe bietet Aktivitäten von über 400 Trägern mit einem

Gesamtvolumen von 2,8 Millionen €. Das sind insgesamt 650 Deputate. Umgerechnet entspricht dies 32,5 Millionen €. Meine Damen und Herren, das ist eine Menge.

In Anbetracht der Verdreifachung der Flüchtlingszahlen klemmt es jedoch natürlich an allen Ecken und Enden. Die Landesregierung schaut hier nicht tatenlos zu. Diese Entwicklung wird ernst genommen. Man kann auch sagen: Das Problem ist erkannt. Es wird reagiert, und zwar in einer Größenordnung, die auch der Problematik angemessen ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Signale aus dem Ministerium sind hier eindeutig. Vielleicht hören wir nachher noch Näheres vom Minister.

Auch wenn die exakte Zahl möglicher Deputate noch nicht feststeht – ich kenne sie zumindest noch nicht exakt –, sage ich: Danke schön dafür, dass hier auf ein erkennbar signifikantes Problem erkennbar signifikant reagiert wird, pragmatisch, in die richtige Richtung und sofort. So, meine Damen und Herren, funktioniert gute Politik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte einen weiteren Punkt anfügen, der mir persönlich wichtig ist, nämlich die individuelle Sprachförderung dort, wo es keine Vorbereitungsklassen und keine Vorbereitungskurse gibt, also im pädagogischen Alltag der Schulen. Dort ist sie ein wichtiger integraler Bestandteil von Schule und Unterricht. Damit dieser Bereich verbessert wird, damit hier noch mehr Qualität hineinkommt, wurde das Kontaktstudium „Interkulturelle Bildung“ mit dem Schwerpunkt Sprachförderung eingerichtet. Von 2011 bis 2015 durchlaufen immerhin 175 Lehrkräfte diesen zusätzlichen Qualifizierungsgang und werden mit Sicherheit weitere wichtige und wesentliche Impulse in das System geben.

In diesem Zusammenhang ist mir wichtig, zu betonen, dass zur individuellen Förderung und zur Integration von zugewanderten Kindern auch die Arbeit mit den Eltern gehört. Dem wird aktuell dadurch entsprochen, dass pro Vorbereitungsklasse eine Entlastungsstunde angerechnet wird. Auch das ist ein wichtiger Baustein in einem aufwachsenden Konzept von Sprachentwicklung und Sprachförderung.

Der Philosoph Ludwig Wittgenstein hat einmal gesagt:

Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.

In diesem Sinn, meine Damen und Herren, gilt es, Grenzen abzubauen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen, gerade für Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Zuwanderung zu uns kommen.

Ich freue mich deswegen sehr, dass das Kultusministerium mit mutigen Entscheidungen hierzu die notwendigen Voraussetzungen deutlich verbessern wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Engeser das Wort.

Abg. Dr. Marianne Engeser CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Sprache ist der Schlüssel für erfolgreiche Integration“, schreiben Sie, liebe Kollegen von der SPD, ganz richtig in die Begründung Ihres Antrags zur schulischen Integration.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da haben sie recht!)

Ich möchte noch weiter gehen und sagen: Die deutsche Sprache ist sozusagen die Infrastruktur für ein gemeinsames Leben in unserem Land.

Wann fangen wir am besten mit dem Lernen an? Natürlich als Kleinkind, am besten spielerisch und selbstverständlich in der Kita. Doch die Zahlen der Zuzüge von 7- bis 25-Jährigen sind steigend. Es ist klar, dass wir auch diesen Kindern und Jugendlichen gute Angebote machen müssen.

Zum einen ziehen Fachkräfte mit Ihren Familien zu. Zum anderen handelt es sich auch – das weiß ich aus eigener Erfahrung aus meinem Wahlkreis – um den Familiennachzug, z. B. von irakischen Flüchtlingen. Das sind nicht selten Familien mit acht Kindern. Überhaupt suchen in diesem Jahr verstärkt Flüchtlinge und Asylbewerber die Sicherheit unseres Landes.

Manchmal sind dies Kinder und Jugendliche, die nicht nur kein Deutsch sprechen, sondern die auch noch nie eine Schule besucht haben. Alle müssen aber eine Schule besuchen. Das ist zugleich auch unsere Chance für die Sprachförderung. Diese ist dringend nötig, weil auch das pfiffigste Kind dem Unterricht nicht folgen kann, wenn es nichts versteht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja!)

Schulerfolg und gute Bildung sind aber Voraussetzungen, um sich wirklich am Leben, insbesondere am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Die Sprachförderung in der Schule sehen wir aus integrationspolitischer Sicht ganz klar in der Pflicht des Landes. So gibt es im Grundschulbereich, bei den Haupt- und Werkrealschulen sowie den Gemeinschaftsschulen Vorbereitungsklassen und – wenn es weniger als zehn Kinder sind – Vorbereitungskurse.

Soeben habe ich aus der Presse erfahren, dass Sie, Herr Kultusminister, die Deputate für die Vorbereitungsklassen aufstocken wollen. Das ist ein richtiger Schritt, den wir, die Opposition, auch immer angeregt haben. Wir unterstützen Sie in dieser Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Reiner Zufall, dass es 20 Minuten vor Beginn der Rede bekannt gegeben wird!)

Man erfährt es aus der Presse. Sie werden es nachher wahrscheinlich auch noch einmal thematisieren.

Die Förderung in Kursen ist natürlich weit weniger intensiv. Das können auch die Förderstunden im Ergänzungsbereich nicht ganz ausgleichen.

So kann es gerade im ländlichen Raum, wo weniger Kinder in einer Klasse sind, zur Benachteiligung kommen. Darauf muss das Ministerium achten. Wir dürfen das Augenmerk auch bei der Integrationspolitik nicht nur auf die großen Städ-

te richten, sondern müssen es auch auf die Kommunen richten, die ihren Beitrag z. B. zur Aufnahme der Flüchtlinge leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Zweifellos ist es die Aufgabe des Kultusministeriums, für die Chancengerechtigkeit im ganzen Land zu sorgen, sowohl in den Städten als auch im ländlich strukturierten Raum.

Ich habe meinen Blick noch auf die VABO-Klassen gerichtet. Dieses Angebot ist deshalb so wichtig, weil es sich an die älteren Jugendlichen richtet, die schon bald nicht mehr schulpflichtig sind und bald auf den Arbeitsmarkt entlassen werden. Wie aber eine Arbeit finden, wenn man kein Wort Deutsch versteht?

Man muss sich vorstellen, dass von den geschätzt 23 000 Flüchtlingen ca. 3,5 % – das sind 700 Schüler – berufsschulpflichtig sind. Dann kommen noch andere Flüchtlinge oder Zuwanderer dazu. In den VABO-Klassen sind also ungefähr 1 000 Schüler. Das entspricht 60 bis 70 VABO-Klassen im Land. Das ist viel.

Diese Kinder und Jugendlichen kommen nicht pünktlich zum Schuljahresbeginn. Sie kommen vielmehr das ganze Jahr über. Sprachförderklassen sind allgemein im Vorfeld schwierig zu planen, weil der Zuzug das ganze Jahr über stattfindet. Deswegen ist es auch für die Schulen schwierig, ad hoc Lehrkräfte zu bekommen. Das heißt, hier müssen wir Ausbildungs- und Förderkapazitäten erhöhen.

Aus den Schulen kommt auch der starke Wunsch nach besseren Kriterien für die Zuordnung der Schüler zu den verschiedenen Angeboten, damit die Schüler nicht nur aufgrund ihrer Defizite, also aufgrund ihrer fehlenden Sprachkenntnisse, sondern auch aufgrund ihrer unterschiedlichen Begabungen gut gefördert werden können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Das ist wichtig!)

Das Einbinden der Eltern ist richtig, es ist wichtig und unabhängig. Es sollte sogar im Elternhaus etwas Deutsch gesprochen werden, damit sich das in der Schule Erlernete verfestigen kann.

Neben der schulischen Sprachförderung haben Sie für Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe 2,8 Millionen € im Haushalt 2014 stehen. Ich denke, dass auch hier sehr gute Angebote gemacht werden können, auch von den freien Trägern, von den Kirchen. Aber dort werden natürlich nicht alle Jugendlichen erreicht; denn wie wir wissen müssen gerade die älteren Jugendlichen in großen Familien oft verschiedene Aufgaben übernehmen, auch auf die kleinen Geschwister aufpassen. Deswegen ist die Schule allein wegen der Schulpflicht der perfekte Ort, um Deutsch zu lernen.

Meine Damen und Herren, Integration erfolgt immer vor Ort in den Kommunen, und das Land darf die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe nicht alleinlassen. Ganz wichtig ist eine unbürokratische schnelle Hilfe, auch für die unterjährige Sprachförderung. Das wünschen sich alle Schulen, die Kinder und Jugendliche mit einer sehr unterschiedlichen Lebensgeschichte aufnehmen und begleiten wollen.

(Dr. Marianne Engeser)

Sprache ist also die Infrastruktur für unser gemeinsames Leben. Wir, die CDU, sind bekannt dafür, Infrastruktur gern, gut und solide auszubauen.

(Lachen der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, könnten Sie einmal den Redner anhalten, dass er sich angemessen anzieht! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz
GRÜNE: Was? Was soll denn das jetzt!)

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Hauk, ich nehme Ihre Anregung gern an. Vielleicht machen wir einmal einen „Hinstehkurs“. Vielleicht haben Sie noch Erinnerungen an Ihre Wehrdienstzeit. Ich habe den Wehrdienst nicht absolviert. Deshalb liegt es vielleicht daran.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Es ist auch keine Eingangsvoraussetzung hier im Haus. Aber das können wir vielleicht einmal woanders diskutieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich kann Ihnen helfen!)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion für diese parlamentarische Initiative zur Frage der Vorbereitungsklassen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das erträgt man ästhetisch wirklich nicht mehr!)

Es gibt Zuwanderung nach Baden-Württemberg – zum Glück –, Zuwanderung aus den EU-Staaten, Zuwanderung von außerhalb der EU, und es kommen natürlich – wie schon mehrfach erwähnt worden ist – Flüchtlinge nach Baden-Württemberg. Wir freuen uns auch, dass diese Menschen nach Baden-Württemberg kommen, denn das ist auch ein Beleg für den Erfolg und die Stabilität, die wir in Baden-Württemberg haben.

Wir müssen natürlich auch anerkennen, dass sich diese Menschen in einer besonderen Situation befinden, und zwar deshalb, weil viele von ihnen ihre Heimatländer nicht freiwillig verlassen haben. Aus Gründen der Sicherheit oder aber aus wirtschaftlichen Gründen haben sie diesen Zuzug nach Baden-Württemberg auf sich nehmen müssen. Diese Menschen haben natürlich Eingewöhnungsschwierigkeiten und stehen vor der Aufgabe, das Leben hier in Baden-Württemberg kennenzulernen, auch das Bildungssystem. Denn wie wir aus der Drucksache entnehmen konnten, befinden sich unter diesen Menschen auch viele Kinder und junge Menschen im Alter von sieben bis 25 Jahren, die wir in unser schulisches System und unser Ausbildungssystem integrieren müssen.

Im Jahr 2011 sind mehr als 44 000 Kinder und Jugendliche, im Jahr 2012 mehr als 53 000 Kinder und Jugendliche und im

ersten Halbjahr 2013 mehr als 25 000 Kinder und Jugendliche im Alter von sieben bis 25 Jahren aus dem Ausland nach Baden-Württemberg gezogen, und wir rechnen für die Zukunft mit weiterhin hohen Zahlen. Für diese jungen Menschen tragen wir natürlich eine besondere Verantwortung beim Spracherwerb, bei der Schulbildung und bei der beruflichen Orientierung.

Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass diese Kinder und Jugendlichen so schnell wie möglich und so früh wie möglich in die Schulklassen integriert werden können. Dafür stehen an Grundschulen, Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen flächendeckend im Land Angebote in erreichbarer Nähe zur Verfügung,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

und zwar Sprachförderklassen, also Vorbereitungsklassen, ab zehn Kindern pro Standort und an kleineren Standorten Vorbereitungskurse ab vier Kindern pro Standort. Derzeit nehmen insgesamt mehr als 11 000 Kinder das Angebot wahr.

An dieser Stelle ist es richtig, das besondere Engagement der Lehrkräfte zu erwähnen. Ich habe einige dieser Klassen besucht, die sich diesen vielfältigen Aufgaben stellen müssen. Es ist bereits erwähnt worden: Es geht darum, dass Kinder, die beispielsweise noch keinerlei Beschulung erfahren haben, Kinder, die schwer traumatisiert sind, die aus ihren Herkunftsländern fliehen mussten, die teils eine erschreckende biografische Erfahrung während der Fluchtphase machen mussten, Kinder, die keinerlei Deutschkenntnisse oder nur geringe Deutschkenntnisse haben, die sich teilweise über Wörterbücher mit Lehrern verständigen müssen, Kinder, die kein Deutsch sprechen, in einem intensiven Training – teilweise in Einzelbeschulung – individuell gefördert werden müssen, damit sie relativ schnell und zügig die Defizite beim Lesen – auch in anderen Fächern, aber insbesondere beim Lesen – und beim Sprechen nachholen können.

Herr Kollege Bayer hat einige der Möglichkeiten und Systematiken, die wir an den Schulen haben, bereits aufgezählt. Wir glauben, dass hier auch über die individuelle Förderung große Möglichkeiten bestehen. Dennoch müssen wir das System weiter stärken und verbessern; denn es gibt lokal immer wieder Engpässe, wenn beispielsweise im laufenden Schuljahr durch Zuzug zusätzliche oder neue Klassen eingerichtet werden müssen. Das ist, wie wir von der Ebene der Schulleiter hören, keine Frage der Ressourcen, sondern es besteht das Problem, dass nicht zu jedem Zeitpunkt geeignete Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen. Zudem muss es auch das Angebot für junge Menschen am Ende der Schulpflicht oder im Übergang zur Berufsschulpflicht geben, und dieses muss ausgebaut werden.

In Baden-Württemberg gibt es derzeit 33 sogenannte VABO-Klassen mit 537 Schülerinnen und Schülern. Wir sehen, dass die Stadt- und Landkreise derzeit kräftig an ihren Strukturen arbeiten und diese ausweiten. Das ist wichtig, damit wir auch in diesem Bereich unseres Bildungswesens sagen können: Kein Kind darf zurückbleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage, wie man angemessen ans Rednerpult tritt, ist immer schwer zu beantworten. Es gibt dazu keine Vorschriften. Die Vorschrift, die am Anfang der Legislaturperiode vereinbart worden ist, besagte, dass man die Krawatte weglassen kann, dann aber vielleicht nur den obersten Knopf offen lässt.

(Abg. Dr. Marianne Engeser CDU: Sie haben eine schöne Krawatte an!)

Ich will jetzt keine Rüge aussprechen.

(Zuruf: Doch!)

Aber ich würde sagen, man muss sich das überlegen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn es wirklich heiß ist, ziehen wir hier oben auch das Jackett aus, und dann ist klar, dass auch das Plenum das machen darf. Vielleicht kann man sich darauf einigen, dass man es so handhabt. Die weiblichen Abgeordneten sollen die Schultern etwas bedeckt halten. Das machen sie auch alle. Daher hoffe ich, dass die Männer es auch noch hinbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kann man den oberen Knopf versetzen? – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Nein.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Jetzt sollten wir eine Aussprache darüber führen!)

– Es wird halt mit Mehrheit entschieden, und ich weiß nicht, wie die Mehrheitsentscheidung ausfällt. Deswegen wäre ich jetzt vorsichtig mit einer allgemeinen Aussprache. Ich habe bloß auf den vorgegebenen Rahmen hingewiesen, und meine Bitte wäre, dass Sie sich einfach daran halten.

Für die FDP/DVP-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Kern das Wort.

(Abg. Walter Heiler SPD: Mit Krawatte!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ganz herzlichen Dank. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag habe ich interessante Zahlen vorgefunden. Im Schuljahr 2012/2013 besuchten 3 319 Schüler an einer Haupt- oder Werkrealschule eine Vorbereitungsklasse. Gemessen an einer Gesamtschülerzahl von 141 482 Haupt- und Werkrealschülern ist dies ein Anteil von 2,34 %. Gleichzeitig besuchten in diesem Schuljahr 29 Gemeinschaftsschüler eine Vorbereitungsklasse, was bei 2 063 Gemeinschaftsschülern insgesamt einen Anteil von 1,40 % ausmacht. Das heißt, gemessen an der Gesamtschülerzahl haben die Gemeinschaftsschulen einen um rund 40 % geringeren Anteil an Schülern in einem Vorbereitungskurs.

Zugegeben: Dies war das Startjahr der ersten Gemeinschaftsschulen; da ist es sicherlich zu früh, um einen Trend festzustellen. Aber die FDP/DVP hat beim Statistischen Landesamt nachgefragt, ob die Zahlen für dieses Jahr schon vorliegen. Und tatsächlich: Im Schuljahr 2013/2014 besuchten 3 959

Haupt- und Werkrealschüler eine Vorbereitungsklasse. Gemessen an der Gesamtzahl sind es 3,11 %. An den Gemeinschaftsschulen befinden sich 79 Schüler in einer Vorbereitungsklasse. Gemessen an der Gesamtzahl sind es 0,91 %. Und nun wird das Bild schon klarer.

Während die Haupt- und Werkrealschulen im laufenden Schuljahr trotz rückläufiger Schülerzahlen insgesamt die Zahl der Schüler in den Vorbereitungsklassen deutlich gesteigert haben und deren Anteil an der Gesamtschülerzahl um rund ein Drittel gestiegen ist, ist dieser Anteil bei den Gemeinschaftsschulen um rund ein Drittel gesunken.

Die Aktivität der beiden Schularten bei der Integration kommt auch durch die Zahl der gebildeten Vorbereitungsklassen zum Ausdruck. Bei den Haupt- und Werkrealschulen waren es 218 Vorbereitungsklassen im Schuljahr 2011/2012, 234 im Schuljahr 2012/2013 und 274 im Schuljahr 2013/2014. Bei den Gemeinschaftsschulen, deren Zahl zum jetzigen Schuljahr von 41 auf 128 gesteigert wurde, wurden 2012/2013 zwei und 2013/2014 sechs Vorbereitungsklassen gebildet.

Meine Damen, meine Herren, dieser Befund bestätigt eindrucksvoll, dass die Haupt- und Werkrealschulen den weitaus größten Anteil an der schulischen Integrationsarbeit leisten. Gleichzeitig muss man angesichts dieses Befunds in erheblichem Maß bezweifeln, dass die von Grün-Rot stark privilegierte und mit aller Macht vorangetriebene Gemeinschaftsschule Integration besser kann als die von Grün-Rot geschmähte Haupt- und Werkrealschule.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Lassen Sie uns einmal die Zahlen der Schulen aus Rottenburg, Tübingen und Mössingen abwarten! Dann unterhalten wir uns noch einmal!)

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Zumindest auf der Grundlage dieser Zahlen kann die Gemeinschaftsschule nicht den Titel „Beste Integrationschule“ für sich beanspruchen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Es geht auch um die Gemeinschaftsschulen, die jetzt erst diesen Status beantragt haben!)

Ihr Argument, die Gemeinschaftsschulen stünden erst am Anfang und müssten noch Aufbauarbeit leisten, kann nicht gelten. Immerhin bauen die Gemeinschaftsschulen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf Haupt- und Werkrealschulen auf. Da wäre es bei gutem Willen möglich und auch naheliegend gewesen, Vorbereitungsklassen und -kurse fortzuführen.

Wenn Sie nun einwenden, die Vorbereitungsklassen seien eine Form der Differenzierung und damit nicht mit dem Konzept der Gemeinschaftsschule vereinbar, will ich Ihnen Folgendes ins Stammbuch schreiben: Auch wenn Grün-Rot dies in der Öffentlichkeit mit Genuss anders darstellt, sind wir Liberalen nicht grundsätzlich gegen neue Wege in der Bildungspolitik. Aber die FDP wird jedem Versuch entschieden entgegengetreten, der einen bewährten Weg aus schlichter Verbohrtheit versperren will. Denn nach der „reinen Lehre“ der Gemeinschaftsschule hieße das ja, dass man keinen eigenen Kurs mehr für diejenigen anbieten darf, die ohne Sprachkenntnisse oder mit nur geringen Sprachkenntnissen zu uns kommen.

(Dr. Timm Kern)

Dass einzelne Gemeinschaftsschulen hier einen pragmatischen Weg gewählt haben und Vorbereitungskurse anbieten, zeigt im Grunde noch deutlicher die Absurdität und Weltfremdheit grün-roter Bildungspolitik.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Klassen waren halt an Schulen, die jetzt erst die Gemeinschaftsschule beantragt haben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, Sie sind mit Ihrer einseitigen Bildungspolitik auf dem Holzweg. Sie erweisen denjenigen, die von zu Hause aus weniger mitbringen, einen Bärendienst, wenn es um ihren sozialen Aufstieg geht, indem Sie ein differenziertes und leistungsorientiertes Bildungswesen durch ein Einheitskonzept ersetzen.

Sie verfolgen in Ihrer Bildungspolitik einen Kurs der besten Absichten. Wir bevorzugen eine Bildungspolitik der nachweisbar besten Ergebnisse im Interesse der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg. Dazu gehört für uns, das gegliederte Bildungswesen schlicht noch durchlässiger zu machen. Wenn Sie von der SPD-Fraktion mit Ihrer Bildungspolitik an diesem wichtigen Ziel arbeiten würden, statt das nachweislich erfolgreiche gegliederte Bildungssystem abzuschaffen, dann hätten Sie auch uns Liberale an Ihrer Seite.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Kultusminister Stoch.

(Zurufe von der SPD: Endlich! – Guter Mann!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Es freut mich, dass sich die SPD mit ihrem Antrag des wichtigen Themas der Kinder mit Migrationshintergrund, die in unser Schulsystem kommen, angenommen hat. Ich danke ganz ausdrücklich auch den jeweiligen Rednern, Herrn Kollegen Bayer, Frau Kollegin Engeser und Herrn Kollegen Lede Abal, für ihre sehr sachlichen Einlassungen zu diesem Thema. Es zeigte sich – auch bei Frau Kollegin Engeser –, dass sich dieses wichtige Thema nicht zu parteipolitischem Streit eignet. Denn wir teilen das gemeinsame Ziel, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gute Startchancen in unserem Schul- und Bildungssystem haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenn dagegen Herr Kollege Dr. Kern glaubt, in seiner Dauernummer die Gemeinschaftsschule auch unter der Überschrift Integration „bashen“ zu können, dann hilft ihm vielleicht folgendes Erklärungsmodell:

Gemeinschaftsschulen sind bisher überwiegend in ländlich strukturierten Gebieten entstanden, in denen der Ausländeranteil nachweislich geringer ist als in Städten. Wenn man dieses Faktum einbezieht, eignen sich die von ihm an den Haaren herbeigezogenen Zahlen in keiner Weise,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: An wenigen Haaren herbeigezogen!)

die Gemeinschaftsschule zu diskreditieren. Diese Versuche, Herr Dr. Kern, wirken nahezu hilflos.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, infolge der weltweiten Zunahme gewaltsamer Konflikte suchen immer mehr Flüchtlinge in Europa und damit auch in Deutschland und in Baden-Württemberg Zuflucht. Es ist unsere gemeinsame humanitäre Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Die Zahl der Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten, die in unserem Land Schutz vor den gewaltsamen Auseinandersetzungen in ihren Heimatländern suchen, nimmt stetig zu. In Baden-Württemberg stieg die Zahl der Asylanträge allein von 2012 bis 2013 um 75 % auf knapp 14 000. Diese Entwicklung wird sich – das zeigen die aktuellen Zahlen – noch fortsetzen. Schätzungen zufolge sind rund 20 % der zugewanderten Menschen schulpflichtige Kinder und Jugendliche.

Dabei steht außer Frage, dass wir diesen Menschen in ihrer Not helfen und sie in unser sicheres und wohlhabendes Land aufnehmen. Es steht auch außer Frage, dass wir versuchen müssen, all diesen Menschen in bestmöglicher Weise eine Integration in unser Gemeinwesen zu ermöglichen, und dass wir ihnen auch perspektivisch gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen – auch wenn ein Großteil dieser Menschen wünscht, möglichst bald, nach Ende der dortigen Krisen, in ihr Heimatland zurückkehren zu können.

Ich zitiere Papst Franziskus vom September vergangenen Jahres zum Umgang mit Flüchtlingen:

Sie einfach aufzunehmen reicht nicht. ... Es reicht nicht, Brötchen an eine Person auszuteilen, die nachher nicht die Möglichkeit bekommt, auf eigenen Beinen zu stehen. Nächstenliebe, die einen Armen so lässt, wie er ist, genügt nicht. Wahre Barmherzigkeit verlangt nach Gerechtigkeit. Integration ist ein Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Bei der Integration von Flüchtlingen und anderen Menschen mit Migrationsgeschichte spielt natürlich die Bildung eine zentrale Rolle. Für Kinder und Jugendliche gilt dies in ganz besonderem Maß. Für eine gelingende Integration ist Grundvoraussetzung, dass der Erwerb von Sprachkenntnissen gewährleistet ist.

Darüber hinaus gilt es aber auch, entsprechende Bildungsangebote bereitzustellen, um sowohl Erwachsenen als auch Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte erfolgreiche Bildungsbiografien zu ermöglichen. Für Kinder und Jugendliche ist unter Bildungsaspekten jedes Jahr, jeder Monat eine kostbare, nicht zu ersetzende Zeit. Deshalb dürfen bei Flüchtlingskindern der jeweilige Status oder die voraussichtliche Aufenthaltsdauer keine Rolle spielen, wenn es darum geht, ihnen Zugang zu Bildungsangeboten zu verschaffen.

Die von der Bundesrepublik unterzeichnete UN-Kinderrechtskonvention betont deshalb auch genau dieses Recht eines jeden Kindes, auch eines Flüchtlingskinds, auf Bildung. In Artikel 28 dieser Konvention verpflichten sich die Vertragsstaaten u. a. dazu, für alle Kinder den Besuch von Grundschulen und weiterführenden Schulen zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts der erheblichen Steigerungsrate bei der Zuwanderung gerade auch von Kindern und Jugendlichen muss auch die Landespolitik

(Minister Andreas Stoch)

auf diese Veränderungen reagieren. Deswegen stellt die Landesregierung die notwendigen Instrumente und Ressourcen zur Verfügung, um eine solche erfolgreiche Integration für möglichst alle Menschen zu ermöglichen.

Für das kommende Schuljahr – auch dies wurde bereits gesagt – stellt die Landesregierung daher 200 zusätzliche Deputate für Vorbereitungsklassen, Vorbereitungskurse und für VABO-Klassen, also für Schülerinnen und Schüler, die in berufliche Schulen kommen, bereit.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Unser Ziel ist es, dass Kinder aus Zuwanderungsfamilien eine kompakte Sprachförderung bekommen, um dann zügig in jenen Bildungsgängen ihren Platz zu finden, die ihren bisherigen Bildungsbiografien und vor allem ihren individuellen Potenzialen angemessen sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Für Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse stehen über die Vorbereitungsklassen und die VABO-Klassen im beruflichen Bereich Angebote zum Spracherwerb bereit. Die Vorbereitungsklassen können zurzeit – das ist die bisherige Regelung – an Grund-, Werkreal- und Hauptschulen sowie an Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden. Ich habe jetzt verfügt, dass auch an Gymnasien und Realschulen solche Vorbereitungsklassen eingerichtet werden können.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist tatsächlich einmal Gleichbehandlung! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat sie mir noch nie verweigert!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Eben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Aber er muss trotzdem seine Zustimmung geben, sonst erhalten Sie nicht das Wort. – Also: Ja. Danke.

(Heiterkeit)

Bitte.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister, ich kann allem zustimmen, was Sie in den letzten Sätzen gesagt haben.

Konkrete Frage: Wie sieht es im folgenden Fall aus? Ein 16-jähriger Junge – nennen wir ihn Stefan – aus Bulgarien konnte bisher an der örtlichen Hauptschule in eine Sprachförderklasse geschickt werden. Nach vier Wochen hat er bereits einen guten Fortschritt gemacht und sagt mir, es sei ihm relativ langweilig, er möchte nicht nur gefragt werden, wie er heißt und wie alt er ist. Was würden Sie mir empfehlen, was ich für diesen Jungen tun kann? Ich habe ihm schon geholfen, aber verrate Ihnen jetzt nicht, wie.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Herrschaftswissen von Karl-Wilhelm Röhm!)

Welche Ressourcen würden Sie mir dafür bereitstellen?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Röhm, Sie haben jetzt einen Ausschnitt geschildert. Grundsätzlich ist der Weg natürlich auch zu beschreiben, damit es jeder nachvollziehen kann. Die Schülerinnen und Schüler kommen im Zweifel an irgendwelchen zentralen Aufnahmestellen an, und dort wird, wenn feststeht, an welchen Ort die Schülerinnen und Schüler kommen, von Lehrkräften geprüft, welches Angebot für das jeweilige Kind bzw. den jeweiligen Jugendlichen das richtige Angebot wäre. Dann wird versucht, ein Angebot vor Ort – Vorbereitungsklasse, Vorbereitungskurs – zu finden. Diese Vorbereitungsklassen und Vorbereitungskurse sollen für die Kinder und Jugendlichen möglichst nur ein vorübergehendes Angebot sein, mit dem sehr komprimiert Sprachförderung betrieben werden kann. Deswegen besteht natürlich der grundsätzliche Wunsch, dass die Schülerinnen und Schüler dann, wenn sie die notwendigen Sprachkenntnisse haben, so schnell wie möglich in die regulären Bildungsgänge eingegliedert werden können.

In dem von Ihnen geschilderten Fall des Jungen Stefan ist dies – so nehme ich an – auch gelungen. Denn es hätte ihm nichts gebracht, noch länger in der Vorbereitungsklasse zu bleiben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Aber mit welchen Ressourcen? Das war die Frage!)

– Die Ressourcen, die jetzt zusätzlich in das System gegeben werden, werden zunächst dafür verwendet, die Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen zu stärken. Denn viele Klassen sind „vollgelaufen“. Wir werden neue, zusätzliche Klassen und Kurse bilden, die nicht bis zur Gänze aufgefüllt sind, weil wir wissen, dass – wie es Frau Engeser vorhin zutreffend gesagt hat – diese Kurse unterjährig wieder „volllaufen“. Gleichzeitig können wir Schülerinnen und Schüler in die Bildungsgänge bringen.

Wenn die entsprechenden Ressourcen im Bereich der Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen bleiben, dann ist zunächst einmal im Hinblick auf dieses Instrument die Förderung auch für die Regelschulen erledigt. Wenn dann noch zusätzlicher Förderbedarf bestehen sollte, dann muss geprüft werden, inwieweit ein Schüler, der dann schon in den Bildungsgang eingegliedert ist, noch durch ergänzende Sprachfördermaßnahmen unterstützt werden kann. Das ist Teil des Konzepts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es bereits gesagt: Manche dieser Kinder und Jugendlichen haben die Fähigkeit, relativ schnell auf eine Realschule oder ein Gymnasium zu wechseln. Aus diesem Grund habe ich mich entschieden, dass wir auch an diesen Schulen zukünftig die entsprechenden Klassen und Kurse einrichten können.

Klar ist, dass die Landesregierung die für die Vorbereitungsklassen und auch die VABO-Klassen notwendigen Ressourcen verlässlich zur Verfügung stellen wird, auch für das kommende Schuljahr. Die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache, auch was die Zuwanderung angeht. Auch für das kommende Schuljahr stellt die Landesregierung trotz einer, wie Sie wissen, angespannten Haushaltslage 200 zusätzliche Deputate für diese wichtige Aufgabe bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Minister Andreas Stoch)

In diesem Zusammenhang gilt es ausdrücklich auch die Lehrerinnen und Lehrer zu nennen, die auf diese herausfordernde Entwicklung noch besser vorbereitet werden müssen. Alle sechs Pädagogischen Hochschulen im Land bieten deshalb zusätzliche Angebote rund um das Thema Sprachförderung an. An der PH Ludwigsburg wird zudem das berufsbegleitende Kontaktstudium „Interkulturelle Bildung – Schwerpunkt Sprachförderung“ angeboten. 175 Lehrerinnen und Lehrer sollen bis 2015 speziell für dieses Thema qualifiziert werden.

Bildung für Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter ist besonders wichtig. Das wurde, glaube ich, in dieser Debatte wiederum sehr deutlich. Wir müssen aber auch gute Angebote für jüngere und ältere Menschen mit Migrationshintergrund schaffen. Deshalb bringen wir die Sprachförderung im frühkindlichen Bereich hier weiter voran. Wir investieren in den Ausbau der Weiterbildungsangebote in unserem Land. Vor wenigen Tagen war auch das Thema „Integrationskurse im Kontext der Volkshochschulen“ hier Gegenstand. Die vor Kurzem bekannt gegebene Erhöhung der Grundförderung auf den Bundesdurchschnitt innerhalb der nächsten zwei Jahre ist ebenfalls eine Maßnahme, die Menschen mit Migrationshintergrund zugutekommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bundespräsident Joachim Gauck hat in seiner Rede beim Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz am 30. Juni betont, dass es gerade bei Kriegsflüchtlingen mit einem vorübergehenden Schutz allein nicht getan sein kann. Ich zitiere:

Jene Flüchtlinge aber, die nicht zurückkehren können, weil sie sonst verfolgt oder gar getötet würden oder weil die Gewalt in ihrem Heimatland einfach nicht beendet ist, sie brauchen eine dauerhafte Lebensperspektive im Exil.

Mit unseren Investitionen in Bildungsangebote für diese Menschen tragen wir einen wichtigen Teil dazu bei, diesen Menschen eine dauerhafte Lebensperspektive in unserem Land zu geben.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bayer.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich wirklich über so viel Zustimmung im Allgemeinen und im Speziellen bei der übergroßen Mehrheit in diesem Haus. Lassen Sie es mich einmal so sagen: Das kernschie FDP/DVP-Mäkeln folgt einer Dramaturgie,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Die ist gut!)

zu der der Minister, glaube ich, die richtigen Worte gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich möchte die Debatte zum Anlass nehmen, auf ein artverwandtes Thema hinzuweisen, das zwar nicht unmittelbar eine Verlängerung dieses spezifischen Themas darstellt, das wir gerade diskutiert haben, aber wesentlich damit zusammen-

hängt. Es geht um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – sie werden mit dem grauenhaften, gruseligen Kürzel UMF belegt –, die in Ausbildung kommen könnten – was aber nicht geschehen kann, weil sie sehr große Sprachdefizite haben und deswegen dem normalen Berufsschulunterricht nicht folgen können.

Es käme für diese Gruppe von Jugendlichen etwas infrage, was man „Theoriegeminderte Ausbildung“ nennt. Das ist aber derzeit verpflichtend daran geknüpft, dass diese Jugendlichen als lernbehindert eingestuft werden. Das ist für diese Gruppe der Jugendlichen – sie ist nicht allzu groß, aber es gibt sie; ich habe große Jugendhilfeeinrichtungen besucht und mit diesen Jugendlichen auch sprechen können – diskriminierend. Lernbehindert sind sie nicht, allenfalls vielleicht im Zusammenhang mit erlebten Traumata.

Ich meine, hier müssten die verantwortlichen Stellen auf Landesebene und in den Regionen Ausnahmetatbestände vereinbaren oder eruieren, ob solche Ausnahmetatbestände infrage kämen. Das betrifft die Agenturen, die Ministerien, die Kammern. Auf lokaler Ebene könnte man runde Tische einrichten und pragmatische Lösungen im Interesse dieser Jugendlichen finden. Das möchte ich von dieser Stelle aus anregen. Ich selbst werde im Herbst einen Modellversuch im Raum Freiburg initiieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Antrag Drucksache 15/4749 ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich möchte Ihnen jetzt noch Folgendes bekannt geben: Die Fraktionen sind übereingekommen, den unter Tagesordnungspunkt 9 aufgeführten Antrag der Fraktion GRÜNE mit der Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“ –, Drucksache 15/4803 (Geänderte Fassung), von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und diesen gemeinsam mit der unter Punkt 8 der morgigen Plenarsitzung aufgeführten Beschlussempfehlung und dem Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. Juli 2014 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen –, Drucksachen 15/5430 und 15/5473, aufzurufen. Die Redezeit für die morgige Behandlung dieser beiden Punkte beträgt zehn Minuten je Fraktion.

Hintergrund für die gemeinsame Behandlung der beiden genannten Punkte in der morgigen Sitzung ist, dass der für Europa und internationale Angelegenheiten zuständige Minister heute Nachmittag nicht hier sein kann, weil er eine Verpflichtung in Brüssel hat. Morgen wird er aber hier sein. Daher ist es durchaus sinnvoll, die beiden genannten Punkte morgen gemeinsam aufzurufen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Förderung des Schienengüterverkehrs – Drucksache 15/4772 (Geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Kunzmann das Wort erteilen.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle kennen vielleicht die Geschichte vom deutsch-japanischen Wettrudern: Ein deutsches Unternehmen verabredete sich mit einem japanischen Unternehmen zum Wettrudern auf dem Rhein. Die Deutschen trainierten hart, aber die Japaner gewannen, und zwar haushoch. Die Deutschen waren betroffen, ihre Moral am Boden. Das Management des Unternehmens entschied, die Gründe dafür zu suchen, warum man so deutlich verloren hat. Eine interne Projektgruppe mit Fachleuten aus verschiedenen Abteilungen wurde gebildet, um das Problem zu untersuchen und Maßnahmen zu empfehlen.

Nach langwierigen Recherchen, Analysen, zahlreichen Gutachten fand man heraus: Während bei den Japanern sieben Leute rudern und einer steuert, rudert im deutschen Team ein Mann, steuern aber sieben.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sofort reagierte der deutsche Konzern: Ein Beraterbüro wurde eingeschaltet. Es sollte eine Studie über die Struktur des deutschen Teams anfertigen. Mehrere Monate vergingen, erhebliche Kosten hat es verursacht. Das Gutachten brachte dann an den Tag: Bei den Deutschen rudern einfach zu wenige und steuern zu viele.

Genau so kommt uns die Politik der Landesregierung bezüglich des Schienengüterverkehrs vor, wie sie sich in der Stellungnahme zu unserem Antrag darstellt.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das war aber ein langer Vorspann! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Die Lage ist klar, das Ziel ist klar, das Problem ist klar. Aber statt zu handeln, lässt die Landesregierung Gutachten anfertigen.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Das kann sie halt! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wie ist die Lage? Baden-Württemberg ist ein erfolgreicher Produktions- und exportorientierter Wirtschaftsstandort. Was produziert wird, das muss auch transportiert werden. Das geschieht immer noch vor allem auf der Straße. Mehr als 75 % der Transportleistung werden mit dem Lkw erbracht. Das belastet unsere Straßen, unsere Umwelt und auch uns Menschen. Der Güterverkehr nimmt stetig weiter zu. Die Belastung wird also steigen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Was wollen wir? Wir alle wollen Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern und den kombinierten Verkehr stärken, sodass die Vorteile jedes einzelnen Verkehrsträgers optimal genutzt werden können.

Wo ist das Problem? Der Schienengüterverkehr bzw. der kombinierte Ladungsverkehr ist im Hinblick auf den Preisdruck durch den reinen Straßengüterverkehr nur bedingt konkurrenzfähig.

Wir brauchen also faire Wettbewerbsbedingungen für den Schienengüterverkehr im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern. Wir brauchen einen funktionierenden Wettbewerb unter den Eisenbahnverkehrsunternehmen, ein leistungsfähiges und dichtes Netz auch in der Fläche, also die passende Infrastruktur, genügend leistungsfähige und gut erreichbare Terminals und Umschlagzentren, die auch profitabel wirtschaften. Wir brauchen ein optimales Zusammenspiel der einzelnen Güterverkehrsträger, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, funktionierende Verkehrssteuerungssysteme sowie einen Ausbau und eine bessere Nutzung vorhandener Kapazitäten. Ich denke, wir sind uns einig.

Und was passiert? Wir haben Sie, Herr Minister Hermann, gefragt, was Sie konkret unternehmen, um den Schienengüterverkehr zu stärken, sodass dieser mehr Verkehrsanteile von der Straße übernehmen kann. Sie haben auch geantwortet. Eine Antwort lautete z. B., für die Unterhaltung von Schienengüterverkehrsstrecken der NE-Bahnen – das sind die nicht bundeseigenen Bahnen – seien 2012 noch Zuschüsse in Höhe von 9,8 Millionen € geflossen, im Jahr 2013 nur noch 6,9 Millionen €. Aus Landesmitteln könne der Bau von Gleisanschlüssen bezuschusst werden, schreiben Sie weiter. Die Unternehmen aber verpflichten sich auf ein bestimmtes Frachtvolumen, und erreichen sie dieses Frachtvolumen nicht, müssen sie den Zuschuss zurückzahlen.

Bei den Umschlagstellen ist die Landesregierung vermittelnd tätig. In Einzelfällen kann sie durch Förderung Anreize setzen. Ich zitiere aus Ihrem Koalitionsvertrag:

Wir wollen den Kombiverkehr und insbesondere die Ansiedlung von dezentralen Umschlaganlagen fördern, um Spediteuren den Umstieg auf Schiene und Binnenschiff zu ermöglichen.

Jetzt sage ich einmal, was Sie auf die konkrete Frage, mit wie viel Sie dieses Vorhaben bezuschussen, geantwortet haben: mit insgesamt 80 000 € in zwei Jahren. Das, was Sie im Koalitionsvertrag als wichtiges Ziel bezeichnet haben, nämlich den Kombiverkehr und die dezentralen Umschlaganlagen zu fördern, verfolgen Sie mit einer Fördersumme von 80 000 € in zwei Jahren.

Darüber hinaus haben Sie – das geben wir zu – jede Menge Gutachten und Untersuchungen mit vertiefenden Betrachtungen in Auftrag gegeben, die sicherlich entsprechend Geld gekostet haben.

Das ist also alles; das ist die Leistungsbilanz einer grün-roten Landesregierung nach drei Jahren Regierungszeit.

Herr Minister Hermann, wir fragen Sie: Warum behandeln Sie den Schienengüterverkehr so stiefmütterlich? Güterverkehr und Logistik sind nicht nur wichtig, um Waren von A nach B

(Thaddäus Kunzmann)

zu bringen. Die Branche selbst ist ein bedeutender Wirtschaftssektor und ein wachsender Zukunftsmarkt. Die erweiterte Logistikbranche in Baden-Württemberg umfasst ca. 20 000 Unternehmen mit 380 000 Beschäftigten bei einem Umsatz von 35 Milliarden €. Die Regierung sollte Güterverkehr daher nicht nur als ein Umweltübel sehen, sondern die Logistikbranche selbst und unser Land als Logistikkreislauf im internationalen Wettbewerb stärken.

Anfang Juni hat das Bundesverkehrsministerium die Verkehrsprognose 2030 vorgelegt. Sie dient als Grundlage für den Bundesverkehrswegeplan in den Jahren 2015 ff. Prognostiziert werden mit einem Plus von 38 % überproportionale Zuwächse im Güterverkehr. Zum Vergleich: im Personenverkehr wird mit plus 13 % gerechnet. Für Baden-Württemberg wird ausgehend vom Jahr 2014 bis zum Jahr 2025 ungefähr eine Verdopplung des Güterverkehrsaufkommens auf der Schiene erwartet.

Dabei gibt es durchaus auch eine Trendwende zugunsten der Schiene. Unter den Verkehrsträgern wird dem Bahnverkehr mit 43 % der stärkste Zuwachs vorhergesagt, gefolgt vom Lkw-Verkehr mit 39 % und dem Schiffsverkehr mit 23 %. Trotzdem behält der Lkw-Verkehr seine Dominanz.

Ich brauche jetzt nicht zu wiederholen, was zu tun ist; eigentlich wissen Sie es auch selbst. Ich kann Sie an dieser Stelle nur aufwecken und daran erinnern, dass Sie regieren, Herr Minister Hermann. Sie sind in der Pflicht, zu handeln.

(Minister Winfried Hermann: Dass mir das einmal jemand sagt! Das hätte ich fast nicht gemerkt!)

Fangen Sie also an zu rudern, statt immer nur auf Gutachten zu warten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Raufelder das Wort.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte Sie zu Beginn eigentlich dafür loben, dass Sie diesen Antrag gestellt haben.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das dürfen Sie trotzdem machen! – Zuruf von der CDU: Das dürfen Sie!)

Angesichts der Antworten in der Stellungnahme hätten Sie in Ihrem Redebeitrag aber eigentlich einer anderen Logik folgen müssen.

Das Thema Konzepte wurde angesprochen. Konzepte waren leider nicht vorhanden; sie mussten für die Maßnahmen zur Förderung des Güterverkehrs erst erstellt werden. Sie liegen nun vor, werden umgesetzt und sind zum Teil schon auf fruchtbaren Boden gefallen.

Vielleicht noch eine Bemerkung vorab: Wir haben vieles für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Interessanterweise ist diese Fragestellung in Bezug auf den Bundesverkehrs-

wegeplan auch noch nicht richtig bearbeitet gewesen. Das wird erst jetzt durch Gutachten und Untersuchungen gemacht.

Ich erinnere Sie an die Korridorstudie. Ich hatte am vergangenen Montag die große Ehre, an einer entsprechenden Veranstaltung teilzunehmen. Vertreter des Bundesministeriums haben mir erklärt, dass sie erst jetzt die Korridorstudie zur Förderung des Güternahverkehrs in die Diskussion bringen, an der wir, das Land, beteiligt werden.

Ich habe auch noch erfahren – das war auch interessant –, dass die Maßnahmen, die das Ministerium für den Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagen hat, für Baden-Württemberg die richtigen waren,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

um z. B. den Knotenpunkt in Mannheim umzusetzen. Daher verstehe ich die Diskussion nicht. Wir sind uns doch einig, dass wir den Güterverkehr fördern müssen.

Ich fand die Fragestellungen, die Ihr Antrag beinhaltet, richtig. Ich sowie unser Arbeitskreis Verkehr hätten sie noch ergänzt z. B. um Fragen zu den Arbeitsverhältnissen von Lkw-Fahrern, den entsprechenden hygienischen Verhältnissen, zum Thema Autobahnraststätten usw. Es gibt noch viele Fragestellungen ergänzend zu Ihren, bei denen die Zuständigkeit aber beim Bund liegt.

In den Arbeitskreisen erkennen wir immer deutlicher, dass der Bund seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Statt immer wieder Tiraden gegen unseren Minister zu richten und zu sagen: „Der ist schlecht“, sollten Sie einmal in Ihrem eigenen Bundesministerium nachfragen, wie der Güterverkehr gefördert wird. Das ist traurig. Unser Minister und wir, der Arbeitskreis Verkehr der Grünen, haben sehr viele Impulse auf der Bund-Länder-Konferenz in Mainz gesetzt, bei der es gerade um die Förderung der Güterverkehre ging. Da wurde von den Unternehmen das, was wir immer wieder angeregt haben, nämlich all die Verkehrsträger einmal zusammenzubekommen, sehr gelobt. Einer von denen, die das gefördert haben, war Minister Hermann aus Baden-Württemberg. Wir, der Arbeitskreis, haben das natürlich auch unterstützt.

(Beifall bei den Grünen)

Ich denke – das haben wir gerade vorhin auch gesagt –, es wäre viel wichtiger, auch hier im Plenum wirklich einmal Sachdebatten zu führen, auch einmal die Diskussion zu führen: Wo kommt denn eigentlich das Problem her? Das ist leider im Grunde genommen jetzt wieder nur so eine Dresche, man mache wieder etwas verkehrt.

Aber wir müssen hier wirklich mit dem Bund zusammen diese Konzepte umsetzen, damit die Förderung von Schienenverkehren, von Schiffsverkehren vorangetrieben wird, weil wir letztendlich merken, dass gerade der Autoverkehr noch viele Probleme mit sich bringt. Dies gilt mit Blick auf die Arbeitsverhältnisse oder auch auf die Abstellmöglichkeiten. Insgesamt ist bemerkenswert, wie billig diese Transporte sind.

Zu der Trimodalität, die der Minister und auch Sie immer wieder einfordern, gehört, gerade die Standorte Mannheim als Hafengebiet, Stuttgart, Heilbronn, aber auch Karlsruhe wieder zu fördern und sie als Trimodale zwischen Schiene, Was-

(Wolfgang Raufelder)

serstraße und Straße weiter voranzutreiben. Das ist ganz sicher wichtig. Da gibt es jetzt ein Gutachten für die konzeptuelle Ausarbeitung, wie man das fördern kann.

Dieses Gutachten kam sehr gut an, auch bei den Kommunen. Es war jetzt die erste Runde hier in Stuttgart, und da ging es vor allem um die Frage: Wo kann man solche trimodalen Zentren hier im Großraum Stuttgart machen? Da sind die Kommunen recht aufgeschlossen und sehr konzentriert, und sie haben auch bei uns in den Diskussionen immer wieder gesagt: „Daran muss man weiterarbeiten.“

Ich denke, es muss unser Ziel sein, hier gemeinsam diese Trimodalität umzusetzen. Die Industrie – das muss man auch ganz deutlich sagen – ist da oft schon sehr viel weiter. Mercedes-Benz hat hier z. B. ein Logistikzentrum, wo morgens entschieden wird, welche Möglichkeiten genutzt werden sollen, ob die Produkte mit dem Schiff, mit der Bahn oder auf der Straße transportiert werden – je nachdem, wie die Verkehrsströme gerade sind. Das sind natürlich Dinge, die wir uns letztendlich auch zunutze machen müssen, um in der Politik bei diesem Thema voranzukommen. Daher bitte ich Sie, diesen Gesichtspunkt immer wieder mit einzubeziehen.

Klar ist, dass der Minister hier viel macht und dass wir hier insgesamt auch von grüner Seite aus viel machen. Es wäre schön, wenn die Opposition mithelfen würde, dies umzusetzen. Denn für die Bundespolitik sind nicht wir verantwortlich, sondern im Bund sind Sie mit Ihren Koalitionspartnern dafür verantwortlich, dass all dies umgesetzt wird. Es wäre schön, wenn Sie da antreiben würden und nicht immer bloß Schelte gegen einen Minister vorbringen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Habe ich nicht gesagt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Antrag wird auf eine Kernproblematik dieses Industrielands verwiesen: Wie viele Güter bringen wir auf die Schiene? Hier voranzukommen ist ein Ziel, das sich eigentlich alle Parteien gesetzt haben. Aber wir wissen, mit der Umsetzung hapert es schon ein bisschen. Das ist völlig unstrittig. Das hängt auch damit zusammen, dass einfach verschiedene politisch Verantwortliche unterwegs sind.

Zum einen sind gar keine ausreichenden Trassenkapazitäten vorhanden. Sie wissen alle: Vorrang hat der Personenverkehr, und wir haben zu wenig oder keine separaten Güterverkehrstrassen. Das heißt, wir haben in ganz geringem Umfang Zeitfenster, in denen der Güterverkehr abgewickelt werden kann. Das ist eines der Kernprobleme. Es fehlen Schienenverkehrswegekapazitäten. Das ist das eine. Das muss der Bund leisten.

Wir sehen am Beispiel Rheintal, drittes/viertes Gleis, wie zäh das alles ist, wie wir hinterherhinken und welche Konflikte mit der Bevölkerung dadurch entstehen. Im Rheintal geht es nicht mehr nur um Straßenlärm. Schienenlärm bewegt die Gemüter mehr denn je. Deswegen hat ja die DB zugesagt, neue

Bremsen etc. einzurichten. Aber das alles ist ein langwieriger Prozess, den wir alle, denke ich, gern beschleunigen würden.

Die andere Ebene ist die kommunale Seite. Wenn wir Güter auf die Schiene bringen wollen, brauchen wir Umschlagplätze. Die Planungshoheit für solche Umschlagplätze – das Thema Gefängnisbau lässt grüßen – hat die kommunale Ebene. Damit sind wir in einem Riesendilemma. Wer will denn schon ein solches Logistikzentrum, einen Güterumschlagplatz, der garantiert verbunden ist mit Verkehr, mit Lärm, mit Abgasen, und der den Kommunen kaum Gewerbesteuererinnahmen bringt?

Es bedarf, wenn wir solche Zentren errichten wollen – und das wollen wir –, eines äußerst behutsamen Vorgehens. Das ist klar. Deswegen ist es wichtig und richtig, hier mit den Kommunen einen behutsamen Kontakt zu pflegen. Überall, wo solche neuen Großanlagen errichtet werden sollen, muss auch abgewogen werden, quasi im Sinne eines Raumordnungsverfahrens: Was wäre denn die Alternative zum Standort A oder Standort B oder Standort C?

Wie viele Gutachten man dazu braucht, ist strittig. Ich persönlich bin da manchmal auch reserviert. Dass südlich von Stuttgart eine Anlage fehlt – Lob an den Professor, dass auch er dies herausgefunden hat. Aber damit sind wir der Lösung noch nicht näher. Wo soll ein solcher Platz denn hinkommen? Da brauchen wir die kommunale Ebene. Den Kommunen kann man aber nicht nur einen subjektiven Willen eines Ministers vorlegen, sondern der Minister muss das schon durch kompetente Analysen sachlich untermauern.

Das ist vom Minister gemacht worden. Das ist auf dem Weg, und wir hoffen und setzen darauf, dass es gelingt, hier im Land diese Güter vermehrt auf die Schiene umzuschlagen. Dabei sei auch erwähnt, dass die Industrie in unserem Land in nicht unerheblichem Maß Produkte fertigt, die weitgehend recht kleine Gütermengen darstellen. Bei mir in der Raumschaft werden beispielsweise Nadeln produziert. Es ist völlig illusionär, so etwas mit dem Zug transportieren zu wollen. Es sind vor allem Massengüter, die gut und preisgünstig in Kompaktzügen von A nach B transportiert werden können. Aber sobald Sie das Gut umschlagen müssen, mit Zuliefererbetrieben etc., wird es viel zu teuer und kompliziert.

Ein anderes Problem – das kann ich Ihnen auch aus meinem Wahlkreis schildern – betrifft ein ganz großes Verteilzentrum von Edeka. Edeka hat dort einen Bahnanschluss geschaffen. Aber was nützt es, wenn man auf der Seite der Zulieferer oder der Abnehmer keinen Anschluss mehr hat? Dann sind alle Wünsche und sinnvollen Investitionen tot. Da reichen dann schon auf der Abnehmer- oder Zuliefererseite einer oder zwei. Es ist der individuellen Entscheidung eines Unternehmers überlassen, wie er transportiert. Dann wird das Ganze jedoch schnell zur Makulatur. Deswegen müssen wir auch viel Überzeugungsarbeit leisten.

Klar ist: Der Vorwurf kann sich nicht an die Spediteure und die Logistiker richten. Die nehmen das Verkehrsmittel, das der Staat ihnen anbietet. Da haben wir durchaus noch Hausaufgaben zu machen. Aber ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

Besten Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank an die CDU-Fraktion für diesen Antrag, der ein wichtiges Thema aufgreift: die Bedeutung der Schieneninfrastruktur, der Logistik, der Straßeninfrastruktur. Dies ist für unseren Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg sehr wichtig.

Ich möchte auch Minister Hermann danken, dass er ein Gutachten zum kombinierten Verkehr in Auftrag gegeben hat, das im letzten Jahr veröffentlicht wurde. In der Stellungnahme zu dem Antrag heißt es jetzt, dass ein weiteres Gutachten folgt, das inzwischen wohl vorliegt oder in Kürze vorliegen soll, das die weiteren Standorte Eutingen im Gäu, Reutlingen und Plochingen bezüglich des kombinierten Verkehrs untersuchen und noch einmal stärker analysieren soll. Es wäre sicherlich auch interessant, dazu etwas zu hören.

Der Schlüssel – so das Verkehrsministerium – liegt in der Stärkung des Schienengüterverkehrs und in der Wettbewerbsstärkung. Wer würde dem widersprechen wollen? Ein zentrales Problem, das wir sicherlich im Schienengüterverkehr haben, sind extrem lange Laufzeiten und entsprechende Unpünktlichkeiten. Das wird oft unterschätzt. Nicht umsonst setzen deshalb Spediteure nach wie vor vor allem auf den Lkw. Da muss mehr passieren. Da brauchen wir auch mehr Finanzmittel vom Bund. Da müssen SPD und CDU ihren Einfluss geltend machen, damit wir die Mittel für die Schieneninfrastruktur aufbauen können.

In den vergangenen Jahren wurden viele Firmengleisanschlüsse zurückgefahren. Allein in der Region Stuttgart gab es Anfang der Zweitausenderjahre eine Straffung, eine – wie es so schön heißt – marktorientierte Optimierung des Angebots im Schienengüterverkehr der DB. Es gibt gerade noch acht Industriegleise in der Region Stuttgart.

Ich weiß, dass Unternehmen, die ein Interesse daran haben, wieder mehr Güter auf der Schiene zu transportieren, erhebliche Schwierigkeiten haben, dies umzusetzen. Teilweise gibt es hohe Auflagen, um Gleisanschlüsse zu ermöglichen oder zu reaktivieren. Ich glaube, auch hier kann das Verkehrsministerium einwirken, sodass Industrieunternehmen, die ein Interesse daran haben, stärker unterstützt werden.

Man muss schon fragen – Kollege Haller hat es auch angesprochen –: Wo sehen wir im Bereich der Schienengüterverkehrs Potenziale? Wo sehen Sie, Minister Hermann, die Potenziale? Wenn man den Ausbau der Oberrheinstrecke oder Ihr Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr betrachtet, stellt sich die Frage: Wo sind die Potenziale für den Güterverkehr?

An dem Gutachten „Konzeption zur Förderung des Kombinierten Verkehrs“ sehen wir bereits, welche Konflikte in der Metropolregion Stuttgart bestehen. Im Gutachten heißt es dazu:

Die Metropolregion Stuttgart verfügt über ein relativ dichtes Schienennetz, das vor allem im Zentrum von einer intensiven Mischnutzung durch den Regionalverkehr, die S-Bahn und den Schienenpersonenfernverkehr ge-

prägt ist. Der Schienengüterverkehr in der Metropolregion Stuttgart ... ist stark auf den nördlich gelegenen Umschlag- und Rangierbahnhof Kornwestheim sowie auf den Hafen Stuttgart konzentriert. Kornwestheim ist nach Mannheim die zweitgrößte Zugbildungsstelle in Baden-Württemberg und die zentrale Drehscheibe für den Schienengüterverkehr in der Metropolregion Stuttgart. Dies führt zu stark belasteten Zu- und Ablaufstrecken von und in Richtung Kornwestheim: Mehr als 40 000 Güterzüge jährlich (etwa 115 Züge täglich) verkehren unmittelbar nördlich von Kornwestheim.

Zu erwarten ist laut Gutachten ein weiterer Anstieg im Güterverkehr bis 2025 um bis zu 110 %. Eine Entlastung ist durch die Neubaustrecke Stuttgart–Ulm zu erwarten. Um den Ausbau der Schieneninfrastruktur voranzutreiben, müssen in der nächsten Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung des Bundes also Mittel generiert werden.

Das Stichwort Bahnlärm hat Kollege Haller ebenfalls schon genannt. Der Bahnlärm ist in diesem Zusammenhang, glaube ich, nicht zu unterschätzen.

Ein großes Potenzial sieht man bei der Kombination von Straßen- und Schienenverkehr sowie Straßen- und Wasserstraßenverkehr. In diesem Zusammenhang muss man den Ausbau der 26 Neckarschleusen ansprechen, den wir natürlich brauchen, um tatsächlich den kombinierten Verkehr zu intensivieren.

Wir setzen auf den Wettbewerb durch die Attraktivität der Verkehrsträger. Sowohl beim Güterverkehr als auch beim Personenverkehr sollte ein Modal Split selbstverständlich sein.

Abschließend in Erinnerung an die Aktuelle Debatte heute Morgen: Es ist wichtig, die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen, anstatt den Anteil konsumtiver Mittel im Bundeshaushalt immer weiter zu erhöhen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Och nö!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sie können noch so stöhnen. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, alle Redner haben deutlich gemacht: Der Schienengüterverkehr ist ein wichtiges Anliegen der Verkehrspolitik. Verschiedene Redner haben deutlich gemacht, dass es unterschiedliche Zuständigkeiten und Kompetenzen gibt.

Herr Kunzmann, weil Sie mich in Ihrer Rede mehrfach belehrt haben, möchte ich Ihnen auch einen Rat geben: Es gehört zur Kunst der Politik, dass man auf der richtigen Ebene mit den richtigen Vorschlägen ansetzt.

Die Landespolitik hat in Sachen Schienengüterverkehr nun einmal eine sehr begrenzte Kompetenz. Entscheidende Fragen sind auf Bundesebene, auf kommunaler Ebene oder von den großen Bahnverkehrsunternehmen zu klären. Es ist wenig erfolgversprechend, wenn man ausgerechnet diejenigen

(Minister Winfried Herrmann)

adressiert, die trotz begrenzter Kompetenzen einiges tun. Wir, die Landesregierung, tun alles, um unsere Möglichkeiten auszuschöpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thadäus Kunzmann CDU: Sie haben es doch in den Koalitionsvertrag geschrieben!)

Weil wir dies für ein wichtiges Anliegen halten, haben wir im Unterschied zu Ihnen bei der Bundesverkehrswegeplanung eine ganze Reihe von Strecken angemeldet, die wir für den Schienengüterverkehr wie auch im Schienenpersonenverkehr für dringend notwendig erachten; das betrifft die partielle Zweigleisigkeit oder auch die Elektrifizierung von Strecken. Sie können das nachlesen; ich möchte Ihnen das nicht alles vorbeten.

Wir haben hier im Haus schon mehrfach über den Ausbau der Rheintalbahn gesprochen, eine zentrale Güterverkehrsachse, die von der Landesregierung unterstützt wird. Etwa in Freiburg oder im Markgräflerland ergänzen wir die Bundesmittel sogar um 125 Millionen €, damit es vorangeht, damit der Schienengüterverkehr auch in Baden-Württemberg besser funktioniert als bisher.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Allerdings wird es dauern, bis wir die falsche Vorrangpolitik der vergangenen Jahre korrigiert haben. Die Bundespolitik hat sich in den letzten Jahren sehr stark am Ausbau des Personen-Hochgeschwindigkeitsverkehrs und zu wenig am Güterverkehr orientiert. Hier müssen wir jetzt dringend nacharbeiten und dies verbessern.

(Unruhe)

Wir, das Land, handeln nicht einfach. Wenn man kein Konzept hat, kann man nicht blind loslegen. Selbst wenn wir nicht viel Geld haben, sollten wir dieses Geld nicht hinausschmeißen, sondern wir sollten uns genau überlegen: Was ist sinnvoll? Wo können wir im Land etwas tun?

Deswegen war es dringend notwendig, dass wir zunächst eine Studie in Auftrag gegeben haben, die sich mit der Frage befasst: Wo sind geeignete Standorte z. B. für Terminals zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene oder auf die Wasserstraße? Wo ist das Potenzial in der Wirtschaft? Ist die Wirtschaft bereit, die Verkehre zu verlagern und entsprechende Transportwege zu nutzen? Wenn das geklärt ist, können wir sagen: Wir fördern das.

Übrigens können wir, das Land, auch das nur begrenzt fördern, weil die Kompetenz für kombinierte Terminals wie auch für die Strecken selbst beim Bund angesiedelt ist. Die Fähigkeit des Landes besteht darin, diese Koordinationsarbeit zu leisten, zu initiieren, Konzepte zu entwickeln, Leute aus dem Bereich der Wirtschaft, aus dem Bereich der Bahn, aber auch aus den Kommunen zusammenzubringen: Die Kommunen müssen letztendlich bereit sein, z. B. Flächen für Terminals zur Verfügung zu stellen.

Hier haben wir, glaube ich, einiges vorzuweisen. Sie haben es angesprochen: Die erste Studie ist abgeschlossen. Die zweite Studie wird im Sommer fertiggestellt. Wir werden dann sicherlich ein Konzept für Baden-Württemberg entwickeln.

Gestatten Sie mir noch ein paar Bemerkungen zu den Daten, die Sie mit dem vorliegenden Antrag abgefragt haben. Als wir die Stellungnahme zum Antrag verfasst haben, lag die Verkehrsprognose des Bundes noch nicht vor. Heute wissen wir schon einiges mehr. In gewisser Weise ist beruhigend –

(Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Sie haben das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir hören zu, Herr Minister! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Das merke ich nicht direkt. – Jedenfalls scheint es mir wichtig zu sein, sich die Zahlen und Prognosen genau anzuschauen. In frühen Prognosen ist man z. B. von extrem hohen Wachstumsraten ausgegangen. Jetzt zeigt sich jedoch, dass die Wachstumsraten in vielen Sektoren nicht annähernd so hoch sind wie gedacht. Das finde ich eher entlastend. Denn wenn die Prognosen von einst Realität würden, würden alle unsere Transportsysteme zusammenbrechen und nicht ausreichen.

Es gibt also moderate, gar nicht einmal kleine Zuwächse im Güterverkehr. Erfreulich ist die Prognose, dass im Schienengüterverkehr wirklich viele Möglichkeiten gegeben sind. Es besteht die große Erwartung, dass sich dieser entsprechend weiterentwickelt.

Der Anteil des Straßengüterverkehrs wird weiterhin sehr hoch bleiben. Bei einem Anteil von 72 % am Gesamtgüterverkehr ist völlig klar: Man wird die Güter nicht alle auf der Schiene transportieren, sondern der größte Teil wird auch weiterhin auf der Straße transportiert.

Aber wir können dort, wo Schienen vorhanden sind, die Zufahrten verbessern, und dort, wo Verkehre auf die Schiene verlagert werden können, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dies funktioniert.

Das alles tun wir. Das alles wollen wir anstoßen. Deswegen unterstützen wir kombinierte Terminals.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie haben zu Recht gesagt, dass es, wenn man Verkehre verlagern will, auch auf die Wettbewerbsbedingungen ankommt. Aus meiner Sicht ist hier entscheidend: Wie sieht es mit der Lkw-Maut aus? Die Einführung der Lkw-Maut hat zumindest dazu geführt, dass der Anteil des Schienengüterverkehrs, der vor der Einführung gerade einmal bei 12 % lag, nun immerhin auf 17 % gesteigert worden ist. Das ist ausschließlich auf die Veränderung der Bedingungen zurückzuführen, nämlich auf die Einführung der Lkw-Maut. Deswegen ist es von großer Bedeutung, ob wir die Lkw-Maut weiterentwickeln oder ob wir – wie es der Bundesverkehrsminister beabsichtigt – die Lkw-Maut in den nächsten Jahren sogar absenken. Wenn wir die Kosten auf der Straße wieder senken, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sich der Verkehr nicht auf die Schiene verlagert, sondern sich noch stärker auf die Straße konzentriert. Das halten unsere Straßen nicht aus. Das ist auch aus ökologischen Gründen nicht zumutbar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Minister Winfried Hermann)

Wir legen großen Wert auf den kombinierten Verkehr, weil in diesem Bereich tatsächlich Zuwächse erzielbar sind. In der Wirtschaft gibt es den Wunsch – auch im Zusammenhang mit dem Containerverkehr –, verstärkt auf einen sicheren Transportweg zu setzen. Mit Blick auf die zeitliche Planung ist die Straße inzwischen kein sehr sicherer Weg mehr, weil man nicht „just in time“, sondern „just verspätet“ ankommt, aber auf jeden Fall nie so, wie man es sich denkt. Der Transport über die Straße ist schon seit Langem viel unpunktlicher als über die Schiene.

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, Standorte zu finden und in Zusammenarbeit mit den Kommunen zu entwickeln. Im Süden des Ballungsraums Stuttgart gibt es entsprechende Möglichkeiten in Plochingen, Eutingen und Reutlingen. Das sind die drei zurzeit möglichen Standorte. Dort gibt es ein lokales Interesse, den Standort als solchen zu entwickeln. Dort gibt es auch keinen Bürgerprotest, sondern vor Ort heißt es: „Das könnten wir machen.“ Dort unterstützen wir die jeweiligen Initiatoren. Wenn aber die Kommune Eigentümerin ist und das nicht will, dann können wir gar nichts machen. Wir können nur helfen, fördern und unterstützen.

Dass wir Firmen durch einen Gleisanschluss unterstützen, ist gut. Es ist aber auch eine Selbstverständlichkeit, dass man das Geld nicht einfach ohne Förderbedingungen aus dem Fenster wirft. So wird verhindert, dass die Firmen nicht einfach nach zwei Jahren wieder mit dem Lkw fahren. Eine Förderung muss natürlich auch an die Nutzung gebunden sein. Das ist doch wirklich eine Selbstverständlichkeit.

In der Metropolregion Stuttgart haben wir das Riesenproblem, dass der Terminal in Kornwestheim dazu zwingt, durch den Stauraum zu fahren. Deswegen nutzen viele diesen nicht gern.

Ich finde, dass der Terminal der DB in Kornwestheim nicht auf dem neuesten Stand ist. Man muss sich das einmal anschauen. Vor einiger Zeit habe ich schon einmal erzählt, dass man an manchen Stellen des Bahnhofs den Eindruck hat, dass sich dort Tierarten aufhalten, die sich normalerweise anderswo aufhalten. Weil es dort aber so gemütlich ist, halten sie sich dort auf. Es ist also noch einiges mehr drin, wenn man diesen Terminal vorantreibt.

Ich kann dazu auch nur sagen, dass die DB bei dieser Frage nicht gerade besonders schnell handelt. Bei der DB haben wir es eher mit Bedenkenträgern zu tun, die bei neuen Terminals

die Sorge umtreibt, dass man andere Standorte gefährdet. Jedenfalls geht es deshalb oft nicht voran.

(Abg. Winfried Mack CDU: Bei Ihnen geht auch nichts voran!)

In Eutingen hängt es beispielsweise an der Bahn, weil sich diese bisher nicht bewegt hat.

Meine Damen und Herren, ich lade Sie herzlich ein zur Auseinandersetzung mit dem Gutachten für das ganze Land, das uns demnächst vorliegen wird. Ich möchte gemeinsam mit Kommunalpolitikern und mit möglichen Betreibern, aber auch mit der Wirtschaft auf der Grundlage dieses Gutachtens ein Handlungskonzept für einen nachhaltigen Güterverkehr und eine nachhaltige Logistik in Baden-Württemberg entwickeln. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung dabei. Ich habe heute noch nicht von Ihnen gehört, was Sie machen würden.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Wir auch nicht von Ihnen!)

Sie haben aber noch Zeit, Ideen zu entwickeln und einzubringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4772 (Geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 24. Juli 2014, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung verbunden mit dem Hinweis, dass heute um 19:00 Uhr ein Parlamentarischer Abend stattfindet. Eine Einladung hierzu haben Sie alle erhalten.

Vielen Dank.

Schluss: 15:58 Uhr